



**Der Feind
meines Feindes**
Heimliche Sympathie für
Israel am Golf
SEITE 3

**Israel, mon
amour**
Matthias Matussek über
seine Liebe zu Israel
SEITE 19



**Französische
Kollaboration**
Neue Ausstellung
in Paris
SEITE 31



WORT DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
die neue Ausgabe unserer und Ihrer Jüdischen Rundschau bietet der Redaktion und mir wieder jeden Grund, Ihnen unseren besonderen Dank für Ihr auch weiterhin wachsendes Interesse an unserer Arbeit auszusprechen.

Die weiterhin steigende Zahl unserer Leser ist für uns Belohnung und Ansporn zugleich. Besonders freuen wir uns über Ihre zahlreichen Zuschriften und Anregungen, die uns nicht nur in unserem Tun bestärken, sondern uns vor allem auch helfen in enger Verbindung mit Ihnen unsere redaktionelle Tätigkeit dem für uns richtungsweisenden Anspruch unserer Leser gerecht zu werden.

Unsere Mainstream-Medien, ihren einschlägig bekannten Israel-Diffamierungs-Kommentatoren und den ach so guten Freunde Israels aus unserer politischen Szene, die noch vor den Wahlen gegen den Kandidaten Netanjahu gehetzt haben, ist die kaum verhohlene Erwartung auf eine Abwahl des bisherigen Premierministers gründlich verdorben worden.

Es hätte keine größere Genugtuung, keine größere, hämischere Freude für die eingeschworenen Feinde des jüdischen Volkes und ihre westlichen Unterstützer geben können als eine Wahlkampf-niederlage Bibi Netanjahus.

Aber Israel hat gewählt und ein klares Votum für die Kontinuität der israelischen Politik abgegeben. Benjamin Netanjahu wird auch nach den Wahlen der Regierungschef des Staates Israel und seiner Bürger bleiben.

Angesichts der fortschreitenden, durch kein Sachargument getragenen, Israel-Delegitimierung ist es leider nicht wirklich verwunderlich, dass die in Wahrheit zutiefst Israel- und Juden-aversen Terrorverstärker aus unserer westlichen Heuchel-Politik und unsere mit deutlicher Anti-Israel-Tendenz behaftete Desinformationsjournalistik ungehalten sind, weil ihre ungebührlichen Einmischungsversuche in die Innenpolitik der israelischen Demokratie und ihre haltlose Hetze gegen den bisherigen und künftigen Premierminister Netanjahu seine Wiederwahl nicht verhindern konnten.

►► Fortsetzung auf Seite 2

Österreich 3,70 € Schweiz 4,60 CHF



Israel hat gewählt!



Von Ulrich Sahn

Trotz heftiger Kampagnen gegen den israelischen Premier Benjamin Netanjahu hat dieser die Wahl deutlich gewonnen. Offenbar sehen Israelis in ihm den Garanten für die Sicherheit Israels, ein Thema, das andere Probleme in den Schatten stellt.

Wie konnte es sein, dass Benjamin Netanjahu entgegen allen Prognosen, im Widerspruch zu einer feindseligen Presse, die u.a. Pro-Netanjahu-Kundgebungen verschwiegen hat, die Wahlen haushoch gewonnen hat? Wie konnte das geschehen, trotz des Druckes aus dem Ausland und persönlicher Attacken auf ihn und seine Frau Sara? Seine Likudpartei erhielt nach Auszählung von 99 Prozent der Wählerstimmen 30 Mandate, während das sozialistische „Zionistische Lager“ nur 24 Mandate bekam. Zusammen mit anderen Parteien des „rechten Blocks“ glaubt Netanjahu, „umgehend“ eine neue und stabile Rechtsregierung errichten zu können.

Die sehr ideologische linke Meretzpartei erhielt nur vier Mandate und lag knapp über der Sperrklausel von 3,25 Prozent. Die „vorzügliche Parlamentarierin“ Sahava Gal-On von Meretz wird zwar von Freund und Feind in der Knesset für ihre Geradlinigkeit hoch gelobt. Dennoch kündigte sie an, zurücktreten zu wollen. „Ein schwerer Verlust für die Knesset“, gesteht der Likudabgeordnete Ofir Akunis im Fernsehen.

Starkes Ergebnis für arabisches Parteienbündnis

Aiman Odeh feierte den überragenden Sieg seiner arabischen „Vereinigten Liste“ mit „großer Sorge“. 14 Mandate erhielt das Bündnis von vier arabischen Miniparteien. Die arabischen Islamisten, Kommunisten, Pro-Palästinenser und Nationalisten wollen in der nächsten Knesset „den Ton angeben“ und die Be-

dürfnisse der großen arabischen Minderheit von etwa 20 Prozent der Bevölkerung lautmachen. Doch selbst Odeh wagt nicht vorherzusagen, wie das Sammelsurium derart gegensätzlicher Ideologien zusammenhalten kann.

In einer kurzen Debatte am Morgen nach der Wahl sprach Odeh die „rassistische Angstmache“ Netanjahus und anderer Politiker an. Netanjahu dürfte dazugewonnen haben, nachdem er vor „Horden arabischer Wähler“ gewarnt hatte, die mit Bussen zu den Urnen gekarrt wurden, um geschlossen für die „Vereinigte Liste“ zu stimmen. Das stelle eine ernste Gefahr für die „Sicherheit Israels“ dar.

Schwache religiöse Parteien

Einen starken Rückgang verzeichneten die religiös-orthodoxen Parteien. Von 18 Mandaten sank ihre Macht auf nur noch 13 Mandate ab. Ein Grund dafür war die Spaltung der einst starken Partei frommer orientalischer Juden, der Schass-Partei. Eli Jischai, ehemaliger Innenminister, hatte sich wegen theologischer Differenzen über das Erbe des verstorbenen geistigen Übervaters der Partei, Rabbi Ovadia Josef, mit Arie Deri zerstritten. Jischais separate Partei „Ha'Am Itanu“ scheiterte an der Sperrklausel.

Mehrere Parteien sind weit abgeschlagen untergegangen. Ruth Colian zum Beispiel hatte mehr Aufmerksamkeit in europäischen Zeitungen wie der „Neuen Züricher Zeitung“, der „Zeit“ oder der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und anderen erhalten als die meisten anderen israelischen Politiker und Parteien. Colian ist eine ultra-orthodoxe Frau, die mutig für eine Vertretung frommer Frauen in der Knesset und in orthodoxen Parteien gekämpft hat. Bei Schass und dem „Vereinigten Thora-Judentum“ ist keine Frau auf der Parteiliste vertreten. In frommen Zeitungen werden die Frauengesichter vertuscht oder wegzensiert. Colian erhielt lediglich 1.858 Stimmen und ging unter.

Kampagne gegen Netanjahu

Netanjahu hat allen Unkenrufen zum Trotz gesiegt. In den Medien des Auslands, von der amerikanischen „New York Times“ und bis zum „Spiegel“, wurde eine Wahlkampagne gegen den israelischen Regierungschef betrieben. Da wurde mit falschen Fakten, Klischees und Emotionen Hass auf Netanjahu geschürt. Der müsse abgeschafft werden, um Israel zu retten. Zum „Bürgerkrieg“ gekürte Streitereien mit den Orthodoxen und zur „Überlebensfrage“ erhobene Friedensverhandlungen mit den Palästinensern, sowie die als „Panikmache“ dargestellte „Angst“ Netanjahus vor einer iranischen Atombombe entfachten im Ausland den Eindruck, als sei der Likud-Chef ein „Unglück“ für Israel. Allein anhand dieser Beispiele lässt sich darstellen, wie falsch und unrealistisch die Darstellung Israels in den Auslandsmedien war.

Die Orthodoxen leben in Israel teilweise in geschlossenen Ghettos in einer geistigen wie gesellschaftlich verschlossenen Welt. Diese Menschen interessieren sich nur für ihre Heiligen Schriften. Auf die Barrikaden gingen sie, als der ehemalige Finanzminister, Jair Lapid, sie durch Rekrutierung zum Militärdienst in die Gesellschaft und in den Arbeitskreislauf integrieren wollte. Die Orthodoxen sind politisch neutral oder desinteressiert bei der Siedlungspolitik oder dem Friedensprozess. Der „Bürgerkrieg“ waren lokale, begrenzte Aufstände, meist innerhalb der frommen Viertel, weil den Orthodoxen nach 67 Jahren Privilegien genommen werden sollten. In der Vergangenheit beteiligten sie sich fast immer an Koalitionen, jedoch ohne Minister zu stellen. Sie forderten lediglich Zuwendungen für ihre Bildungseinrichtungen und stimmten ansonsten mit der Regierung.

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Israel hat gewählt

Auf dem Boden der Wirklichkeit ist wenig Platz für politische Träume

Von Ulrich Sahn

Friedensverhandlungen sind Randthema

Die Friedensverhandlungen mit den Palästinensern sind gewiss wichtig. Doch muss man hier wohl die Proportionen wahren. Die Palästinenser haben mehrfach Krieg gegen Israel geführt. Die „Al-Aksa-Intifada“ ab dem Jahr 2000 hat mehr als 1.000 Israelis das Leben gekostet. Dann gab es trotz des völligen Rückzugs aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 mehrere Kriege der Hamas mit Tausenden Raketen auf Israel, zuletzt im vergangenen Sommer. Seit Zusammenbruch der vom US-Außenminister John Kerry geführten Friedensgespräche sind es die Palästinenser, die sich weiteren Gesprächen verweigern und sie umgehen, indem sie bei den Vereinten Nationen und internationalen Gremien Anerkennung als „Staat Palästina“ einfordern. Das wird in Israel als Vertragsbruch der Osloer Abkommen gesehen.

Eine Mehrheit der Israelis scheint zu keinen weiteren Konzessionen an die Palästinenser bereit zu sein.

Zudem sieht man in Israel ganz andere Gefahren mit Folgen für den jüdischen Staat: Im Libanon herrscht mit der Hisbaollah eine bis an die Zähne bewaffnete Miliz vor, die Israel und sogar Deutschland als Terror-Organisation definieren. Syrien befindet sich in einem Zustand der Auflösung mit grausamem Bürgerkrieg mit weit über 200.000 Toten. Der „Islamische Staat“ ist auf dem Vormarsch im Irak und kontrolliert den Jemen. Sogar im benachbarten Sinai, entlang der Grenze zu Israel, hat er Fuß gefasst. Die Hamas-Miliz im Gazastreifen wurde offenbar beim letzten Krieg im Sommer heftiger geschlagen als angenommen, während die übrigen Palästinenser hinter einer hohen Mauer sitzen und sich mit Terroranschlägen schwer tun. Vorläufig, aus eigenem Interesse, kooperieren sie sogar mit Israels Sicherheitskräften. Angesichts der riesigen Gefahren aus

der restlichen arabischen Welt, spielen die Palästinenser derzeit nur noch eine untergeordnete Rolle. In Israel gibt es Probleme, die den Menschen und deren Portemonnaie näher stehen und deshalb auch Wahlen entscheiden.

Angesichts der Schreckensnachrichten aus der sich selbst auflösenden arabischen Welt mit Massenmorden, gefilmten Enthauptungen, zerbombten Städten und Hunderttausenden fliehenden Zivilisten ist die Frage einer Zwei-Staaten-Lösung für den Durchschnitts-Israeli fast irrelevant. So lassen sich selbst linke Israelis derzeit nicht überzeugen, den Palästinensern noch mehr Territorium zu überlassen, um dann mit Raketen Tel Aviv, Jerusalem oder den Ben Gurion Flughafen bedrohen zu können. Den Israelis fällt es schwer, palästinensischen Friedenswillen zu entdecken, nachdem sie jetzt auch noch einen Boykott israelischer Waren beschlossen haben und in Ramallah nicht einmal linke propalästinensische

israelische Friedensaktivisten geduldet werden. Hinzu kommen die ständigen Terroranschläge und eine unbeschreibliche Hetze sogar von Seiten der Fatah-Partei und des „moderaten“ Präsidenten Mahmoud Abbas.

Und die iranische Atombombe? Angesichts der täglichen Drohungen des Iran, den Staat Israel auslöschen zu wollen und nicht zuletzt die regelmäßig im Internet präsentierte Produktion von Raketen mit Reichweite bis Israel weckt bei allen Israelis, rechts wie links, sehr ungute Erinnerungen an den Holocaust. Darin sind sich alle einig. Netanjahu werden da bestenfalls „Stilfragen“ vorgeworfen. So habe er US-Präsident Barack Obama mit dem unangemeldeten Auftritt vor dem Kongress düpiert. Netanjahu habe Israel so weiter in die „Isolation“ gedrängt. Aber sobald der Iran eine Atombombe besitzt und diese über Tel Aviv abgewirft – wie in Teheran angekündigt –, wäre das dann ziemlich irrelevant.

◀ Fortsetzung von Seite 1

Die unverhohlenen Drohungen mit Boykott und Isolierung gegenüber Israel – nicht aber etwa gegen die Israel ständig und massiv bedrohenden Terrororganisationen und Unrechtsstaaten – sind ein weiteres überdeutliches Symptom einer von offenkundigem antijüdischem Sentiment getragenen Israel-Diffamierung.

Gleiches gilt für das Ausmachen Benjamin Netanjahus als Friedenshindernis bei gleichzeitiger Ausblendung der unverhohlenen, als Doktrin verankerten Vernichtungsabsicht gegenüber Israel und dem jüdischen Volk durch die weiterhin auch von hier aus finanzierten und hofierten Terrorbanden wie Hamas u.a.m.

Dabei wäre für jeden, selbst für die hiesigen Berufs-Bedenkenträger – wenn sie es nur sehen wollten – erkennbar, dass weder der berechnete israelische Anspruch auf seine territorialen Rechte, weder die Juden noch Benjamin Netanjahu oder irgendein anderer denkbarer Premierminister Israels ein Hindernis für den Frieden in der Region darstellen.

Das wirkliche Friedenshindernis sind die sich am Dauerkonflikt mit Israel bereichernden Terroristen, Mörderbosse und Gangsterchefs der Hamas, der Terrorfreund und Olympia-Mord-Mitverantwortler Abbas und all die Terrorbanden und sich als Staaten gerierende, hier stets gern gesehenen und hofierten Unrechtsregime des Mittleren Ostens, die ihre eigene Bevölkerung radikalisiert und zu Geiseln gemacht haben.

Ein wirkliches Friedenshindernis ist nicht zuletzt auch die dem Iran und der sich zusehends islamisierenden IS-Unterstützerin Türkei willfährige Obama-Administration und die globale Islam-Appasement- und Finanzierungs-Politik der UNO und der EU.

Hier wäre eine Änderung der Haltung gegenüber dem demokratischen Staat Israel und eine Umbesinnung gegenüber dem islamischen Terror auch im Interesse aller übrigen westlichen Demokratien mehr als erforderlich.

Benjamin Netanjahu wünschen wir viel Kraft für sein schweres Amt.

Für Israel und die Juden in aller Welt bringt der bevorstehende Monat April (entsprechend den jüdischen Monaten Nissan und Iyar) gleich eine ganze Reihe von wichtigen Fest-, Feier- und Gedenk-

WORT DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

tagen, die das jüdische Volk an seinen Ursprung, seine Geschichte und neben vieler Freude auch an seine schwersten Tage erinnern.

Diese Tage verbinden alle jüdischen Menschen als jahrtausendealte Schicksalsgemeinschaft und lassen sie auch angesichts der heute erneut wachsenden antijüdischen und antiisraelischen Anfeindungen und Bedrohungen in besonderer Weise mit dem im letzten Jahrhundert nach den finstersten Schrecken der Schoah wieder erstandenen Staat Israel zusammenrücken.

Am 15. Nissan (4. April) beginnt mit dem traditionellen Seder und dem Lesen der Haggada im Kreis von Familie und Freunden das Pessachfest, das auch als Fest der Mazza bezeichnet wird und bis zum 22. Nissan (11. April) andauert. Auch dieses Fest erinnert die Juden an das Ende von Leid und Unterdrückung, die sie nur wegen ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volk im Ägypten der Pharaonen über Generationen erlitten, als Volk gegen den Machtanspruch ihrer ägyptischen Unterdrücker ohne Aufgabe ihrer Identität überlebt haben und aus der sie sich letztendlich befreien konnten.

Der Auszug der jüdischen Sklaven aus Ägypten markiert auch den Anfang ihres bereits in der Antike – lange vor der Entstehung des Römischen Reichs oder gar der Gründung der europäischen Staaten – vollendeten Weges in eine erste jüdische Eigenstaatlichkeit als späteres Königreich Judäa, dessen ursprüngliches Staatsgebiet als unbestreitbares Faktum die Regionen Judäa, Samaria, Galiläa und selbstverständlich die gesamte Hauptstadt Jerusalem umfasste.

Israel ist damit – unter Einschluss seiner archaischen seit jeher ungeteilten Hauptstadt Jerusalem und besonders auch der alten Städte und Stadtgründungen Betlehem, Nazareth, Jericho, Hebron – einer der historisch am längsten legitimierte Staaten der Region und der ganzen Welt.

Als Perverterung aller historischen Gegebenheiten ist daher anzusehen, dass Israel gleichzeitig der Staat ist, der seine staatlichen Existenz, seine territoriale Integrität und seinem legitimen Anspruch auf sein vollständiges Staatsgebiet, inklusive des Rechts auf seine

ungeteilte Hauptstadt, wie kaum ein anderer – heute mehr denn je – gegen unberechtigte territoriale Ansprüche ausgerechnet der Nachkommen geschichtlicher Eroberungs-Usurpatoren und gegen deren massive Vernichtungs-Bedrohung verteidigen muss.

Ein kaum noch zu leugnendes Zeichen antijüdischen Sentiments ist dabei die massive und wachsende Delegitimierung des durch UN-Beschluss von 1947 auf seinem historischen Gebiet bestätigten demokratischen Staates Israel bei gleichzeitiger, heute weitestgehend unbeanstandeter Legitimierung von Staaten, die ihr Staatsterritorium häufig erst in der Neuzeit durch Eroberungen, Raubzüge, gewaltsame Unterwerfungen und mit dem Begriff „ethnische Säuberung“ kleingeredete Eliminierung der Urbevölkerung zusammengeraubt haben.

So wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, Istanbul, das alte christliche Konstantinopel, in brutalster Weise und unter Entweihung und Sieger-Umwidmung der jahrhundertalten Kirche Hagia-Sophia in eine Moschee erst im 1453 von den Türken und dem eigenen Staatsgebiet einverleibt.

Bis zur industrialisierten Judenvernichtung reichender Juden Hass liefert den geschichtlichen Hintergrund für zwei weitere jüdische Gedenktage des diesjährigen Monats April.

Der 19. April 1943 markiert den Beginn des Aufstandes der durch die Nazis gefangenen, dezimierten und ausgemergelten Juden im Ghetto von Warschau gegen ihre Deportation in Vernichtungslager während der deutschen Besatzung Polens. Der heroische Widerstand der jüdischen Kämpfer konnte trotz der enormen Übermacht und Brutalität der Nazis erst nach 27 Tagen am 16. Mai 1943 gebrochen werden.

Der 27. Nissan (16. April) ist in diesem Zusammenhang der Auftakt für den Jom Ha-Shoa, die Erinnerung an die jüdischen Helden sowie die ermordeten Opfer des Holocaust und den Jom Ha-Sikaron am 3. Iyar (22. April), die Erinnerung an die gefallenen israelischen Soldaten und Opfer des Terrorismus.

Als besonders schmerzlich muss empfunden werden, dass trotz des Genozids

an dem jüdischen Volk vor nur etwa 70 Jahren, sich die Juden besonders in Europa schon wieder einer massiven Bedrohung und jüdenfeindlichen, bis zu Morden gehenden Angriffen gegenübersehen und der Staat Israel auch von der westlichen Politik zusehends delegitimiert und allein gelassen wird.

An Heuchelei kaum zu überbieten ist dabei die stereotype, stets einseitige Parteinahme gegen Israel durch die hiesigen – natürlich nur, wenn es um das Recht auf wehrhafte Verteidigung jüdischer Existenz geht – so intensiv friedensbewegten Schuld-an-Israel-Zuweiser aus Politik und Medien, die mit großer Regelmäßigkeit Mord und Terror gegen Israel relativieren, legitimieren und mit Geld und Ausrüstung unterstützen, sich aber gern unter Krokodilstränen mit einem Gedenktags-Alibi für die in der Vergangenheit ermordeten Juden kostümieren.

Die jahrtausendealte Geschichte der Juden hat trotz oder gerade wegen aller Widernisse und schwersten Schicksalsschlägen sowie allen Feinden und Antisemiten zum Trotz immer wieder den ungebrochenen Lebenswillen, Lebensmut und Lebensfreude des jüdischen Volkes bewiesen.

In diesem Sinne feiert Israel und mit ihm die Juden in der Welt am 4. Iyar (23. April) mit dem Freudentag Jom Ha'atzmauth die trotz aller geschichtlichen Angriffe, Unterwerfungen und Vertreibungen durch die Griechen, Römer und den Islam wieder vollzogene Wiedergeburt und Gründung des modernen, demokratischen Staates Israel im Jahre 1948.

Der Staat Israel ist trotz aller Anfeindungen bereit und in der Lage seine Bürger gegen den Hass seiner Feinde und den Terror zu schützen und der verlässliche Garant dafür, dass Juden nie wieder wehrlose Opfer eines antisemitischen Massenmordes sein werden – Am Israel Chai!

Die Redaktion und ich wünschen allen unseren Lesern und allen jüdischen und nichtjüdischen Freunden im Kreise ihrer Familien alles erdenklich Gute und ein gesundes und koscheres

Chag Pessach Sameach

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Der Feind meines Feindes

Israel und die Golfstaaten haben gemeinsame strategische Interessen

Von Jerome Lombard

Der geneigte Leser staunte nicht schlecht: Faisal Abbas, Herausgeber der regierungsnahen saudi-arabischen und eigentlich strikt anti-israelischen Zeitung „Al-Arabiya“, äußerte sich unmittelbar nach der Rede Benjamin Netanjahus vor dem US-Kongress Anfang März positiv über den Auftritt des israelischen Premierministers. In der englischen Ausgabe des Blattes schrieb Abbas prominent in einem Leitartikel: „Es ist für einen vernünftig denkenden Menschen ein seltener Umstand, mit irgendetwas, was der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu sagt oder tut, übereinzustimmen. Allerdings muss man zugeben, dass Bibi recht hat, zumindest wenn es um den Iran geht.“ Netanjahus deutliche Kritik an der Politik der Obama-Regierung gegenüber dem nach Nuklearwaffen strebenden Iran und speziell an dem von der US-Regierung und den UN-Vetomächten Russland, Großbritannien, Frankreich und China sowie Deutschland angestrebten Rahmenabkommen über eine Unterbrechung des iranischen Atomprogramms kam gut an in Saudi-Arabien und den anderen Staaten des Golfkooperationsrates (GCC).

Auch wenn die islamisch-sunnitischen Golfmonarchien Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Oman, Bahrain und Kuwait auf den ersten Blick nicht viel gemeinsam haben mit dem demokratisch verfassten jüdischen Staat, sehen doch beide in einem atomar bewaffneten schiitischen Iran eine der größten Gefahren für ihre eigene Existenz und die Stabilität der fragilen Machtbalance im Nahen Osten. Ein Abkommen, das nicht klipp und klar einen endgültigen Stopp des Nuklearprogramms der Islamischen Republik zum Ziel hat, kann weder für Israel noch für die GCC-Staaten akzeptabel sein. Entsprechend verärgert ist Saudi Arabien, nach Israel der wichtigste US-Verbündete in der Region, über den gegenwärtigen Kurs der amerikanischen Regierung. So ist es auch sicher kein Zufall, dass kurz nach Netanjahus Kongress-Rede ein Bericht auftauchte, nach welchem Saudi-Arabien angeblich Bereitschaft signalisiert hat, Israel bei möglichen Luftschlägen gegen iranische Atomanlagen zu unterstützen und den Luftraum für israelische Kampfflugzeuge zu öffnen. In dem Bericht, der in israelischen Medien kursierte, wird ein anonymes europäisches Diplomaten angeführt, der entsprechende Meldungen bestätigt. Er wird mit den Worten zitiert: „Hinsichtlich des Irans stehen die Regierungen Israels und Saudi Arabiens in enger Absprache miteinander.“ Ob dieser neuerliche Bericht nun ernst gemeint, oder eher als Finte und zusätzliches Druckmittel auf die Obama-Regierung zu verstehen ist, sei dahingestellt. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass Saudi-Arabien und die GCC-Mitgliedstaaten, obwohl sie Israel nie anerkannt haben und keine diplomatischen Beziehungen bestehen, in Sicherheitsfragen verdeckt mit dem jüdischen Staat kooperieren. Und das bereits seit mehreren Jahren. Versuche einer Aufnahme offizieller bilateraler Kontakte mit Israel, wie es der Oman und Katar eine Zeit lang angestrebt hatten, sind aber immer wieder an der Palästinenser-Frage gescheitert. Zuletzt 2008, als diplomatische Missionen Is-

raels in den beiden Ländern wegen der zweiten Intifada und dem Krieg gegen die Hamas schließen mussten.

Gemeinsame strategische Interessen

Sowohl Israel als auch die Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien, sehen im Iran eine existenzielle Bedrohung. Israel, weil die Mullahs wiederholt und unverhohlen mit der Vernichtung des jüdischen Staates gedroht haben und Saudi-Arabien, weil ein nuklear bewaffneter Iran die Vormachtstellung des sunnitisch-geprägten Islams auf der Arabischen Halbinsel gefährden würde. Während Saudi-Arabien und die anderen GCC-Staaten nicht un-

terstützt die sunnitische Regierung. In beiden Ländern ist also ein Stellvertreterkrieg im Gange.

Im Irak ist der Iran dank der Weigerung Präsident Obamas und der westlichen Verbündeten, auch Bodentruppen gegen die Terrormilizen des „Islamischen Staates“ (IS) einzusetzen, mit seinen Revolutionsgarden führend am Kampf gegen den IS beteiligt. Netanjahu hatte in seiner Kongress-Rede weitsichtig darauf hingewiesen, dass mit Blick auf Irak und den Kampf gegen den IS nicht der Eindruck entstehen dürfe, der Iran sei auf einmal auf der Seite der Guten. „Der Feind meines Feindes bleibt mein Feind“, hatte der Premier unter großem Applaus vor allem republi-

absehbare Zeit für unwahrscheinlich. „Wir müssen uns vergegenwärtigen: Selbst wenn es Kontakte zwischen Israel und Saudi-Arabien gibt, bestehen diese ausschließlich hinter verschlossenen Türen fernab aller Öffentlichkeit. Saudi-Arabien wird niemals einen bilateralen Friedensprozess mit Israel starten“, schreibt Doktor Michal Yaari, Experte für saudi-arabische Politik und Dozentin an der Open University in Israel in einem Beitrag für die „Jerusalem Post“. Israels Politiker sollten sich keine Illusionen machen: Solange es keine Lösung in der Palästinenser-Frage gibt, sei ein Kurswechsel Saudi-Arabiens und der anderen GCC-Staaten nicht zu erwarten und eine „Covert Partnership“ die einzig



Soldaten von Katar vor eindrucksvoller Kulisse.

mittelbar einen iranischen Angriff auf ihre Territorien befürchten müssen, sehen sie ihren Einfluss und ihre nationale Stabilität gefährdet. Alle GCC-Mitgliedsstaaten verfügen über eine schiitische Minderheit. Im mehrheitlich sunnitisch-wahabistischen Saudi-Arabien sind rund 12 Prozent der Bevölkerung Schiiten. In Bahrain regiert das sunnitische Königshaus sogar über eine schiitische Bevölkerungsmehrheit. Ein Umstand, der dort in der Vergangenheit immer wieder zu Unruhen geführt hat. Erinnert sei nur an den von schiitischen Gruppen und Parteien getragenen und vom Iran mit Wohlwollen unterstützten Aufstand des Jahres 2011, der nur durch eine Intervention saudischer und emiratischer Truppen niedergeschlagen werden konnte. Bis heute sind Militäreinheiten beider Staaten in dem kleinen Königreich stationiert. Eine Iran-freundliche Regierung in einem GCC-Mitgliedsstaat können die sunnitischen Herrscherhäuser am Golf unter keinen Umständen akzeptieren. Auch so steht der Iran schon unmittelbar vor ihren Pforten. Der Einfluss der Islamischen Republik auf der Arabischen Halbinsel hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. In Syrien stützt der Iran seinen alawitischen Verbündeten Assad. Saudi-Arabien rüstet (islamisch-konservative) Gruppen der Anti-Assad-Koalition aus. Im Jemen haben die schiitischen Huthi-Rebellen die Macht an sich gerissen. Saudi-Arabien

kanischer Abgeordneter gesagt. Es gehe dem Iran nicht um die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, sondern um die Führungsrolle im internationalen Dschihad. Angesichts des Terrors, den die iranische Führung nach innen gegen Oppositionelle und Andersdenkende ausübt und in Form von Organisationen wie der Hisbollah weltweit mit dem Ziel der Ideologie-Expansion verbreitet, eine plausible Lesart. Erst kürzlich hatte der saudische Außenminister, Prinz Saud Al-Faisal, davor gewarnt, dass „der Iran den Irak übernimmt“ und die USA dies tatenlos hinnehmen würden. Damit stimmte er Netanjahu indirekt zu. Auch die Kritik am nachlassenden Engagement Obamas und seiner Regierung im Nahen Osten und der mangelnden Führungsrolle Amerikas unter dem demokratischen Präsident teilen Israel und Saudi-Arabien gleichermaßen.

„Covert Partnership“ oder bilaterale Beziehungen?

Auch wenn Israel und die sunnitischen Monarchen vom Golf gemeinsame strategische Interessen haben und die gegenwärtige regionale Situation ähnlich einschätzen, bedeutet dies noch lange nicht, dass beide dieselben Schlussfolgerungen aus alledem ziehen. Eine Partnerschaft, die über akute Sicherheitsfragen und den Austausch von Geheimdienstinformationen hinausgeht, halten Experten genauso wie die Etablierung diplomatischer Kontakte auf

mögliche Option. Auch in dieser Hinsicht sei also die Wiederaufnahme eines echten Friedensprozesses mit den Palästinensern von größter Wichtigkeit, so Yaari. Unstrittig ist, dass speziell Saudi-Arabien mehr als jedes andere islamisch-arabische Land von der Meinung der Umma, der weltweiten Gemeinschaft der Muslime, abhängig ist. Als Hüter der heiligen Stätten von Mekka und Medina kommt dem Wüstenkönigreich eine besonders wichtige Bedeutung zu. Eine israelische Hoheit über Jerusalem und damit den Tempelberg, die drittheiligste Stätte des Islam, wird die saudische Führung daher wohl nie akzeptieren.

Aber auch rein rational-geostrategisch gedacht, ist Israel für die Saudis und die anderen GCC-Monarchien kein unabdingbarer Partner in spe. So bemühen sich insbesondere Saudi-Arabien und die Emirate seit Jahren um enge Beziehungen zu Pakistan. Zwar kann das südasiatische Land Amerika als Schutzmacht nicht ersetzen, dennoch schafft die Gewissheit einer sunnitischen Atombombe Sicherheit. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Golfmonarchien einen strategischen U-Turn vollziehen und sich wieder direkt gegen Israel wenden und dessen Atomprogramm heftig kritisieren, wenn sie dies als opportune Beschwichtigungstaktik gegenüber dem Iran ansehen. Im Ernstfall sollte Israel daher nicht mit der Unterstützung der Potentaten vom Golf rechnen.

Der Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb

Die Mullahs rufen die Zeichner der Welt bereits zum zweiten Mal

Von Klaus Faber

In der Islamischen Republik Iran ist ein Wettbewerb für Holocaust-Karikaturen ausgeschrieben worden. Die Karikaturen sollen bis zum 1. April 2015 eingereicht werden. Großzügig dotierte Preise sind vorgesehen. Als „Thema“ der Karikatur wird im Ausschreibungstext die Gegenüberstellung oder Verbindung von Hitler und Netanjahu angegeben. Man sei nicht Antisemit und leugne auch den Holocaust nicht, habe aber wichtige Holocaust-Fragen, wie beispielsweise diejenige, weshalb der Westen Forschern und Historikern nicht erlaube, den Holocaust zu erörtern, wenn er doch für die Freiheit der Meinungsäußerung keine Begrenzung kenne. Außerdem sei man wegen anderer Holocaustfälle besorgt, wie über den „atomaren Holocaust“ sowie über „Holocaustereignisse im Irak, in Syrien und in Gaza“, so der Text weiter.

Als graphisches Motto und entsprechende Anregung zeigt der Ausschrei-



bungstext aufeinander gestapelte Stahlhelme mit dem Davidstern und mit der Hakenkreuzfahne von NS-Deutschland.

Aus dem früheren iranischen Holocaust-Wettbewerb im Jahr 2006 mit offen antisemitischen Aussagen und Tendenzen haben die Verantwortlichen in der Islamischen Republik Iran nicht viel „gelernt“ – sofern sie jemals die Absicht gehabt haben sollten, im Sinne der Menschenrechtsbeachtung und der Antisemitismusbekämpfung etwas lernen zu wollen. Ihre ausschließlich formale Abgrenzung gegenüber der Holocaust-Leugnung und -relativierung sowie gegenüber der Antisemitismus-Agitation widerlegen sie deutlich bereits im eigenen Ausschreibungstext für den zweiten, aktuellen Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb von 2015. Wer Fragen stellt, ob nicht „Forscher und Historiker“ den Holocaust „erörtern“ sollten, wer die Kriege in Syrien, im Irak oder um den Gazastreifen mit dem Holocaust in eine Vergleichskette bringt oder wer zu einer Gegenüberstellung von Netanjahu und Hitler auffordert, kann sich im Kontext des Holocaust-Karikaturen-Wettbewerbs nicht mit Erfolg auf den salvatorischen Vorbehalt berufen, man verfolge keine antisemitischen Tendenzen und leugne oder relativiere den Holocaust nicht.

Es ist überhaupt ein politisches und mediales Märchen, mit dem iranischen Präsidenten Rohani sei nach Achmadi-nedschad ein ausgeprägtes „moderater“ Politiker an die Macht gekommen. Der Karikaturen-Wettbewerb zum Holocaust stellt keine einmalige Entgleisung des Mullah-Regimes im Iran dar. Das Regime der Islamischen Republik Iran verletzt systematisch fundamentale Menschenrechte und Völkerrechtsprinzipien – und daran hat sich auch mit Rohani nichts geändert. Dazu gehört die Diskriminierung der Frauen, die Verfolgung von

Homosexuellen, die Unterdrückung von religiösen, ethnischen und politischen Minderheiten sowie die ständige Androhung der Vernichtung Israels, gegen die sich die Regierung Israels immer wieder zur Wehr setzen muss. Auch die umfassende Terrorismusförderung, wie sie u. a. in der Unterstützung der antisemitischen Hisbollah-Terrororganisation sichtbar wird, verstößt gegen Völkerrechtsprinzipien. Mit über 700 Hinrichtungen im Jahr 2014 hat die Islamische Republik Iran zudem einen neuen Rekord im nach innen gerichteten Terror erreicht.

Danach sind Fragen durchaus berechtigt, ob mit einem derartigen Staat überhaupt Verträge über den Abbau der iranischen atomaren Aufrüstung oder auch andere Vereinbarungen zur Friedenssicherung oder zu Menschenrechtsfragen mit belastbaren Erfolgsaussichten abgeschlossen werden können. Zu einem Nein tendieren auch viele Kommentatoren, die Netanjahu im Umgang mit dem US-Kongress und mit dem US-Präsidenten taktische Fehler vorhalten, die von ihm gestellten Iran-Fragen aber durchaus für begründet halten.

Jedes belastbare Abkommen mit dem Iran über die atomare Abrüstung müsste durch strenge, unbefristete und durchsetzbare Aufsichtskontrollen gesichert werden. Außerdem ist im Rahmen des Abkommens zu fordern, dass der Iran seine Aggressionspolitik nach innen und nach außen einstellt. Bis zum Abschluss und zur Umsetzung eines derartigen Abkommens sind die Sanktionen gegen den Iran aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls zu verschärfen. Der iranische Antisemitismus und der iranische Israelhass sollten ebenso wie die atomare Aufrüstung der Islamischen Republik Iran und ihr weltweiter Terrorexport Folgen für die Sanktionspolitik gegenüber dem Mullah-Regime haben.

Falls die Islamische Republik Iran in dem beschriebenen Sinne zu einer grundsätzlichen Politikänderung weg von der Aggression nach innen und nach außen bereit wäre, wären selbstverständlich Zwischenschritte hin zu einer Annäherung und am Ende auch andere, weitergehende Abkommen denkbar. Die Staatsbezeichnung „Islamische Republik Iran“ und das damit in der iranischen Verfassung festgeschriebene System einer schiitisch-theokratischen Diktatur würde in diesem Szenario und unter den danach gegebenen Umständen immer weniger der Realität entsprechen. Eine grundsätzliche Systemöffnung würde bei einem derartigen Entwicklungsmodell einen friedlichen Weg zu einem Regimewechsel im Iran einleiten.

Man darf sich in diesem Zusammenhang aber keinen Illusionen hingeben. Die Verfassung der Islamischen Republik Iran erklärt zentrale Bestimmungen der Staatsordnung für unveränderlich. Dazu gehören Regelungen zur religiös-theokratischen Staatsorientierung (Zwölfer-Schia als Staatsreligion) und zur entsprechenden Ausrichtung der Streitkräfte sowie die grundsätzliche Struktur der religiös-politischen Willensbildung. Eine Abkehr von Irans schiitisch-imperialistischer Aggressionspolitik ist unter der geltenden, in den hier relevanten Bereichen unabänderbaren Verfassung gar nicht möglich. Notwendig wäre dafür vielmehr ein Verfassungsbruch, der in der Islamischen Republik Iran selbstverständlich strafbar wäre und wohl zur Hinrichtung der Aufständischen führen würde. Er könnte nach Lage der Dinge

nur mit der Unterstützung eines wesentlichen Teils der iranischen Streitkräfte erfolgreich durchgeführt werden. Die Interventionspolitik, die der Iran zurzeit im Libanon und in Syrien (jeweils mit Unterstützung der vom Iran gesteuerten, offen antisemitischen Terrororganisation Hisbollah) sowie im mehrheitlich schiitischen Irak führt, und seine kontinuierlich israelfeindliche Ausrichtung lassen leider keinerlei Anzeichen für eine Öffnung zu friedlichen Zukunftsperspektiven erkennen.

Nahezu grotesk ist dabei, dass die Obama-Regierung zurzeit offenbar über-

dem Mullah-Regime durchaus zugesetzt haben. Das wird auch von Sicherheitsexperten aus den USA betont.

In der Bewertung der iranischen Gefahr gibt es übrigens in Israel in den Grundsätzen durchaus Übereinstimmung zwischen Netanjahu, dem alten und wohl auch neuen Regierungschef, und dem Führer der Zionistischen Union, Herzog. Auch in der Frage von Friedensverhandlungen im Verhältnis zur arabisch-palästinensischen Seite gibt es zwar zwischen Likud und Zionistischer Union unterschiedliche Auffassungen, die aber in der Praxis vielleicht weniger



Eine der Karikaturen vom letzten Wettbewerb 2006

legt, den Iran und Hisbollah wegen ihres Beitrags zur ISIS-Bekämpfung und wohl auch, um das Klima in den P5+1-Verhandlungen mit dem Iran zu verbessern, von Terrorvorwürfen zu befreien, wie sie durch die Aufnahme in entsprechende US-Listen zum Ausdruck kommen. Keine der bislang zu Recht kritisierten, vom Iran, von Hisbollah oder von beiden zu verantwortenden Terrorkampagnen wird in den Einzelfällen oder in der allgemeinen politischen Orientierung vom Iran oder von Hisbollah in Frage gestellt und korrigiert. Im Gegenteil: Die antisemitische Hisbollah-Terrororganisation kündigt immer wieder neue Terrorangriffe auf Israel an und der Iran erneuert seine Erklärung, Israel auslöschen zu wollen. Welche Glaubwürdigkeitssignale würden mit der Streichung von Iran und Hisbollah aus den US-Terrorlisten ausgesandt? Kann die Obama-Regierung nach einem derartigen opportunistischen und unsinnigen Schritt gegenüber Menschenrechtsverletzern wie Iran und Hisbollah sich jemals wieder glaubwürdig zu Menschenrechts- und Terrorismusfragen oder auch allgemein zu Sicherheitsfragen im Nahen Osten äußern?

In die Irre führt ebenso das in deutschen Medien und von Obama-Unterstützern häufig zitierte Argumentationsmuster, zu einem – notfalls weniger gelungenen – Atomvertrag mit dem Iran gäbe es nur die Alternative eines Krieges gegen den Iran. Wer so argumentiert, gibt der Islamischen Republik Iran in den Atomverhandlungen einen Blankoscheck, mit dem sie sich jederzeit gegenüber ihren Partnern durchsetzen könnte. Politik ist in den wenigsten Fällen alternativlos. Man sollte gegenüber einer Macht wie der Islamischen Republik Iran nicht den Eindruck erwecken, man sei von ihr abhängig, weil man unter allen Umständen einen Vertragsschluss erreichen will. Eine halbwegs akzeptable Vertragsregelung wird man auf diese Weise nicht erzielen. Wenn ein vertretbares Minimalergebnis in Verhandlungen nicht durchgesetzt werden kann, dann bleiben immer noch die Sanktionen, die

weit auseinandergehen, als dies in der öffentlichen Kommentierung dargestellt wird. Eine große Mehrheit der Israelis wäre zu großen Zugeständnissen, auch, wie früher (Sinai, Gaza), zu einem Rückzug aus „Siedlungen“ bereit, wenn es dafür eine tatsächlich tragfähige Friedens- und Sicherheitsregelung gäbe. Eine noch größere israelische Mehrheit rechnet aber nicht damit, dass es dafür in der nächsten Zeit die dafür notwendigen Voraussetzungen bei den arabischen Verhandlungspartnern geben wird.

Präsident Obama wollte, so seine ursprüngliche, auch in Berlin als Präsidentschaftskandidat proklamierte Absicht, die Atomwaffen weltweit abschaffen. Das ist ihm nicht gelungen. Im Gegenteil: Wahrscheinlich werden die jetzt, auch dank Netanjahus Rede im US-Kongress, bekannt gewordenen Umriss für ein P5+1-Abkommen mit dem Iran die für vollen Touren laufende atomare Bewaffnung des Iran nicht stoppen können. Saudi-Arabien und andere arabische Staaten sowie eine nicht geringe Zahl von westlichen Kritikern sehen die Gefahr eines atomaren Wettrüstens in der Nahostregion. Es gibt durchaus ein größeres Übel als einen Krieg gegen den Iran: den atomaren Krieg in Nahost.

Krieg ist, um das zu wiederholen, nicht die einzige Alternative zu einem unzureichenden, von einem naiven US-Fehlkalkül getragenen P5+1-getragenen Vertrag mit Iran. Schärfere Sanktionen stehen dabei an erster Stelle. Das Szenario eines atomaren Kriegs, direkt oder indirekt ausgelöst durch die Islamische Republik Iran, zeigt aber, um was es am Ende geht. Der Weg dazu ist vom Iran mit antisemitischen Kampagnen, mit ständigen Vernichtungsdrohungen gegen Israel und mit der gegen Israel gerichteten atomaren Aufrüstung bereits eingeleitet worden. Änderungen kann man auch im Iran-Fall nicht für alle Zeiten ausschließen. Ein Regimewechsel wäre die beste Lösung. In absehbarer Zeit ist die Islamische Republik Iran allerdings kein glaubwürdiger Vertragspartner für die atomare Abrüstung.

Es wird schlimmer statt besser

Der Antisemitismus nimmt zu – vor allem in einer Gruppe

Von Monika Winter

Auch wenn der rechtsextreme Antisemitismus nach wie vor eine Gefahr für jüdisches Leben darstellt, darf nicht verschwiegen werden, dass der Antisemitismus des Islam geradezu explosionsartig weltweit zugenommen hat und in seinen schlimmsten Erscheinungsformen auftritt.

Über das Zusammenspiel zwischen Nazis und Islamisten während des Dritten Reichs gibt es mittlerweile gute Bücher und Fernsehdokumentationen. Und somit ist mittlerweile bekannt, dass der Mufti von Jerusalem, Muhammad Amin e-Husseini (1893-1974) mit dem NS-Staat eng zusammenarbeitete und sich der Propaganda der Nationalsozialisten anschloss. Die Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“ fanden 1938 auf Konferenzen der Muslimbruderschaft zusammen mit einer Übersetzung von „Mein Kampf“ Verbreitung.

Die arabische Welt liebt Deutschland (auch aus Gründen, die Deutschland heute eher peinlich sind) und Deutschland verliert sich mit Rücksichtnahmen auf die arabische Welt mehr und mehr. Dafür werden wieder einmal die Juden geopfert, weshalb sollten sonst bei vielen Juden Gedanken aufkommen, nach Israel zurückzukehren? Mit den „zionistischen“ Juden in Israel hat man es hierzulande aber auch nicht so, da steht eine Armee der europäischen Mittelschicht, linker Gutmenschen, einiger Politiker und Medien, im Bann der palästinensischen Ideologie bereit, kritisiert und boykottiert oder ignoriert den Staat Israel auf der Landkarte. Glücklicherweise ist Israel ein starkes Land und wird sich davon nicht beeinflussen lassen.

Rechtsextreme und Islamisten verbinden gemeinsame Ideologien und den Wunsch nach einer jüdenfreien Welt. Eine weitere Übereinstimmung findet sich in der Holocaustleugnung bzw. dessen Relativierung. Der islamistische Antisemitismus tritt oft erst einmal als Antizionismus auf, dem Wunsch den Staat Israel aufzulösen und die Juden ins Meer zu treiben. Er formuliert sich aber weiter, in seinem Hass gegen alle Juden, gleichgültig wo sie anzutreffen sind. Oft wird behauptet, der gewalttätig ausgeprägte Antisemitismus – insbesondere bei Jugendlichen – mache sich wegen des Nahostkonfliktes bemerkbar. Das ist richtig und zugleich falsch, die Sprache des Islamismus ist deutlich, sie strebt einen Genozid an, und gemeint sind eben nicht nur Juden in Israel, sondern die jüdische Gemeinschaft, überall dort, wo Juden anzutreffen sind. Das zeigen uns weltweite Morde und Überfälle auf jüdische Zivilisten und auf die Unschuldigen der Unschuldigen, nämlich Kinder.

Seit vielen Jahren ist auch zu beobachten, dass die deutsch-europäische Judenfeindschaft der vergangenen Jahrhunderte von arabischen Staaten mithilfe des Satelliten-TV, des Internets und islamistischer Organisationen in Europa Fuß fassen konnte. Das gleiche geschah und geschieht durch antisemitische verabscheuungswürdige Karikaturen aus Quellen des christlichen Antisemitismus und den anti-jüdischen Schriften des Dritten Reichs wie dem „Stürmer“. Bilder werden verändert und aktuellen Themen angepasst und kehren dann irgendwann nach Deutschland zurück. Juden erfahren Darstellung als Spinnen, Kraken, Raben, Wölfe, oder als kinderbluttrinkende Monster.

Eine solche Karikatur gelangte 2010 an die, insbesondere den Kölner Lesern sicherlich bekannte, „Klagemauer“ des Walter Herrmann in Köln. Eine Karikatur auf einem Demonstrationsplakat, das von einer Frau hochgehalten wurde, griff zurück auf die Blutlegende des christlichen Antisemitismus. Zu sehen war ein Mann dessen Latz einen Davidstern trug und der gerade ein palästinensisches Kind auf seinem Teller teilte und aß, dabei sein Blut aus einem Glas trank. Nach mehreren Strafanzeigen wurde das Bild von dem Initiator entfernt. Die Kölner Staatsanwaltschaft erkannte jedoch keinen Antisemitismus und stellte fest, dass die Klinge des Messers den Schriftzug „Gaza“ trug und der Kopf der Gabel farblich der US-amerikanischen Nationalflagge („Star and Stripes“) nachempfunden war, so dass sie schnell zu dem Ergebnis kam, das Plakat zielt nicht auf „die Juden“ schlechthin ab, sondern auf die israelische Militärpolitik und deren Unterstützung durch die US-amerikanische



Eine Mickey-Mouse-Kopie der Hamas erklärt den ganz Kleinen die Welt.

Regierung. Die Staatsanwaltschaft erkannte den Antisemitismus des Bildes nicht.

Genau hier liegt ein großes Problem, Nichterkennen von Antisemitismus führt letztendlich zur Zulassung „Macht mal weiter so, euch passiert nichts, wir nennen es freie Meinungsäußerung“.

Der Initiator verwies darauf, dass es sich um ein dpa-Foto antiisraelischer Proteste in Indien handelte. Der Fall liefert deutlich auch ein typisches Beispiel dafür, dass ein Bild aus Zeiten der christlichen Ritualmordbeschuldigung nach Indien gelangte und den Weg wieder zurück nach Deutschland fand.

„Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, „Hamas, Hamas – Juden ins Gas“, schallte es im Sommer 2014 auf deutschen Straßen. Hier vertrat sich, gemeint sind Juden allgemein, nicht ausschließlich Israelis. In arabischen Fernsehsendungen werden Juden als Affen, Schweine und Kindermörder dargestellt. Al-Aqsa-TV, der Sender der Hamas trägt zur Radikalisierung von Muslimen in Deutschland bei und hat sich bereits seit 2006 zur Aufgabe gemacht, den Hass auf Juden auch in die Herzen der Kinder zu pflanzen.

Die Terror-Maus Farfur wurde gestylt nach der berühmten Disney-Maus. Sie war Star eines TV-Programms für Kinder, erfunden von der Hamas, um Kinder zu ermutigen terroristische Anschläge zu verüben. Nach Empörung des Hauses Disney endete die letzte Episode der Farfur, indem sie zu Tode geprügelt

wurde, natürlich durch einen Israeli. Damit starb sie den Märtyrertod.

Danach wurde Cousine Nahool erschaffen, diesmal eine Biene nach Disney. Nahool erklärt den Kindern, sie wolle den Weg des Farfur weitergehen, Islam wäre die Lösung, der Pfad des Heldenmutes, des Martyriums, der Dschihad-Krieger. Sie und ihre Freunde gingen weiterhin den Weg des Farfur und in seinem Namen treffe ihre Rache die Feinde Allahs, die Mörder der Propheten (Juden), die Mörder unschuldiger Kinder (Juden) bis Al-Aqsa von ihrem Schmutz befreit werde.

Assud, der sich ein rosa Hasenkostüm aus Plüsch anzog, sah wie der lebensgroße Bugs Bunny aus. Der Star der Sendung „Pioniere von morgen“ kündigte schon bei seinem ersten Auftritt an, er wolle sich vom zionistischen Unrat befreien und die Juden vertilgen. Eine Moderatorin war dabei, etwa 12 Jahre alt, im Hintergrund Kinder als Zuschauer. Eine Hass-Sendung von Kindern für Kinder.

Heute gibt es mehrere dieser Sender, Al-Aqsa-TV live ist auch bequem per Internet zu sehen, sicherlich nicht der einzige Hetzsender.

Dann kann auch eine Nachricht in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 5. März 2015 nicht verwundern, nämlich dass muslimische Grundschüler mit schlimmsten Hetzparolen in einer Grundschule in Neu-Ulm auffielen. So äußerten neun- oder zehnjährige Kinder in einer Diskussion über die Terroranschläge in Frankreich auf das

Magazin „Charlie Hebdo“ und einen koscheren Lebensmittelladen, dass man Christen töten müsse oder dass die Opfer islamistischer Anschläge ihren Tod verdient hätten, Juden ständen auf der Stufe von Schweinen. Die brisantesten Aussagen stammten laut Schulleitung von Kindern, die eine örtliche Moschee besuchen, die dem Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) angehört.

Ein Sprecher der Moschee (VIKZ) sagte auf Anfrage der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, er könne sich nicht erklären, wie die Kinder zu den fraglichen Aussagen kommen. Am 7. März berichtet BR Schwaben, laut einem Polizeisprecher werde wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen Unbekannt ermittelt. Konkrete islamische Organisationen und Koranschulen aus dem Raum Neu-Ulm stünden aber derzeit nicht im Fokus der Ermittlungen.

Der SWR berichtete am 10. März, dass es sich offenbar um keinen Einzelfall handelte. An Schulen im Ostalbkreis kam es wohl zu ähnlichen Vorfällen.

Nach dem Terroranschlag in Paris auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ äußerten auch muslimische Schüler in Frankreich Sympathie für die Attentäter. Frankreich ist besonders stark betroffen.

Wie Israelhayom exklusiv für JNS.org am 15. März berichtete, kam es auf einem jüdischen Friedhof in Malmö (Schweden) zu einer Reihe von antisemitischen Vorfällen durch muslimische Jugendliche, die sich in einem nahe ge-

legenen Gebäude versammelten und trauernde Personen schikanierten. Aus diesem Grunde blieb der Bruder eines verstorbenen jüdischen Mannes auf dem Friedhof, um dessen Körper zu schützen. Die Gruppe muslimischer Jugendlicher versuchte zu der Trauergemeinde vorzudringen. Statt Trauer Belästigung. Ein Sprecher der Bezirkspolizei äußerte, ständig mit der jüdischen Gemeinde in Dialog zu stehen. 137 antisemitische Vorfälle hätten in den letzten zwei Jahren stattgefunden, mehr als alle Fälle in den Vorjahren zusammengekommen.

Terroranschläge, An- und Übergriffe radikaler Islamisten auf Juden in Frankreich, Belgien, Schweden, Großbritannien, Bulgarien, Niederlande, Österreich, Deutschland und weiteren Ländern müssen uns aufschrecken lassen. Auch vor dem Sport macht Antisemitismus nicht halt, 2014 kam es zu antisemitischen Ausschreitungen türkischer Zuschauer gegen israelische Fußballer.

Beinahe täglich hören oder lesen wir von geschändeten jüdischen Friedhöfen, Hakenkreuzen an Häuserwänden, Beschimpfungen und Bedrohungen, insbesondere im Internet. Die Botschaft des Staates Israel oder der Zentralrat der Juden in Deutschland werden täglich übersättigt mit Hassmails. Das Wiedererstarken des Antisemitismus ist erschreckend. Was den islamistischen Antisemitismus angeht, so wurde jahrelang unterlassen ihn beim Namen zu nennen und rechtliche Konsequenzen aus seiner Erstarkung zu ziehen, demgegenüber wird der rechtsextreme Antisemitismus immer mit Namen genannt.

Im Juni 2014 berichtet die „Zeit“ von 2.000 gewaltbereiten Zivilisten in Deutschland, die auch durch den Dschihad in Syrien das Töten lernen. Gemeint war die Salafistenszene.

Im Juli 2014 warnt die Bundesregierung vor erhöhter Terrorgefahr im Zuge einer „Rückreisewelle“ radikaler Islamisten aus dem Krieg in Syrien, speziell von der Terrororganisation „Islamischer Staat“.

Am 8. September 2014 berichtet die „Hamburger Morgenpost“: „Der Verfassungsschutz rechnet mehr als 43.000 Menschen dazu. Die Szene ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen – vor allem durch den Zulauf bei den Salafisten, einer besonders konservativen Strömung innerhalb des Islams. Rund 6.000 Leute werden der Salafisten-Szene zugerechnet. Besonders stark ist diese in Nordrhein-Westfalen vernetzt, vor allem in Köln, Bonn, Wuppertal und Solingen.“

Die „Frankfurter Allgemeine“ berichtete am 27. Oktober 2014, dass der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, Anfang des Monats vor dem Unterausschuss für zivile Krisenprävention des Bundestages die Größenordnung auf mehr als 6.200 Salafisten bezifferte. Das war am 6. Oktober 2014. Ein Wochenende später sprach er in einem Interview bereits von „weit über 6.300“. Er rechnete mit 7.000 Salafisten bis zum Jahresende.

Das sind lediglich die Zahlen für Deutschland, sie sind nachzulesen auf der Online-Seite des Verfassungsschutzes. Zuerst betroffen sind immer Juden, danach sicherlich auch Christen, Demokraten und moderate Moslems. Es wird dringend Zeit zum Handeln des Staates und seiner Behörden. Die Zeit für Appeasement-Politik ist endgültig vorbei.

„Wir haben unsere Klagemauer errichtet“

Kaum jemand half den kleinen Leuten von Chaschtschuwate

Von Irina Marmer

An die untenstehenden Informationen ist die „Jüdische Rundschau“ ganz zufällig gekommen. Es fing damit an, dass unsere russischsprachige Schwesterzeitung „Evrejskaja Panorama“ in ihrer ersten Ausgabe eine kurze Agenturnachricht über eine Gedenkstätten-Eröffnung in dem ukrainischen Dorf Chaschtschuwate abdruckte. Gleich danach rief bei der Redaktion eine aufgebrachte Leserin an, die die Redakteure der Faktenverdrehung beschuldigte. Bei dem Gespräch bestritt die Frau vehement die Behauptung, dass die jüdische Gemeinde und die Kommunalverwaltung vor Ort die Errichtung des Mahnmals tatkräftig unterstützt hätten. Wir haben die Leserin um Kontaktvermittlung gebeten und freuen uns, unseren Lesern die von der ukrainischen Journalistin Irina Marmer erzählte Geschichte von der Errichtung eines den größten Mahnmale Europas für ermordete Juden präsentieren zu können.

So lange ich lebe, gab es noch nie eine solche Situation: Dass wir an den Gräbern unserer unschuldig ermordeten Vorfahren stehen und nicht daran denken, wie wir deren Andenken verewigen, sondern darüber, ob heute noch weitere unsere Landsleute umgebracht und unsere Häuser zerstört werden. Bei so einem traurigen Hintergrund empfindet man das Geschehen vor 73 Jahren in dem kleinen Dorf im Kirowograder Gebiet, wo mehr als tausend friedliche jüdische Menschen – Frauen, Greisen und Kindern – umgebracht wurden, als besonders symbolisch auch für die Gegenwart.

Im Gedächtnis für die Ewigkeit

1945 ging der Krieg zu Ende und die Männer kehrten von der Front nach Chaschtschuwate zurück. Dort haben sie weder ihre Häuser noch ihre Familien vorgefunden. Aus dem selben Lehm, in dem ihre Eltern, Frauen und Kinder begraben wurden, haben sie auf dem Ort der Tragödie ein kleines Denkmal errichtet, das dort bis heute steht.

70 Jahre später, als man bereits auf lange zugeschütteten Schießgruben Kartoffeln anpflanzte und fast keiner der Augenzeugen der Tragödie mehr am Leben war (genau so wie die Juden von Chaschtschuwate, die in die weite Welt ausgeflogen sind), entschieden sich die Nachfahren, das Andenken an die Opfer gebührend zu verewigen, damit man sich ewig an die im Februar 1942 begangenen Verbrechen erinnert. Nur wenn das Gedenken daran erhalten und von Generation zu Generation weitergegeben wird, besteht die Hoffnung, dass solche Tragödien sich nicht wiederholen.

„Ich und meine Schwester waren noch kleine Kinder, als unsere Mutter uns hierher brachte und uns von dem tragischen Mord an den Juden von Chaschtschuwate erzählte. Noch damals habe ich ihr versprochen, dass wir es nie vergessen werden. Die Idee, ein Mahnmal zu errichten, war keine plötzliche Entscheidung. Aber wir haben gemerkt, dass jedes Jahr zu unserem traditionellen Treffen am 9. Mai immer weniger Menschen kamen. Und wir dachten darüber nach, wie wichtig es wäre, diesen Ort zu verewigen – für Jahrzehnte oder Jahrhunderte. Die Idee, die uns vereint, ist global und zeitlos“, sagt der Autor des Projekts, Boris Taschlyckij. Seit 40 Jahren lebt und arbeitet er im russischen Woronjesch, leitet dort eine große Baufirma. Von Woronjesch aus leitet er auch die Bauarbeiten in Chaschtschuwate. Für ihn und seine Landsleute, die an diesen Arbei-



ten persönlich teilnehmen, stehen hinter den bekanntgewordenen Zahlen und Fakten ganz persönlichen Geschichten.

„Das Gute ist unsere Zukunft“

Am 9. Mai 2014 war das Mahnmal wie geplant feierlich eröffnet worden. Allem Misstrauen der Pessimisten war Trotz kamen zu der Eröffnung sehr viele Menschen – sowohl aus dem Ort selbst als auch von auswärts. An dem Fleck der Erde, wo die Opfer des Nazi-Genozids ihre letzte Ruhe gefunden haben, steht auf einer Erhöhung eine riesige Granitstele von 9,5 Tonnen Gewicht. Bei der Stele stehen zwei unterschiedlich gestal-



tete Mauern aus Stein. In einer Mauer sind schwarze Steintafeln mit den Namen der Opfer eingemauert. Zu der Stele und beiden Mauern führt eine breite Steintreppe. Sie fängt an einem kreisförmigen Platz an, in dessen Mitte sich ein riesiger Davidstern aus schwarzem, grauem und weißem Granit befindet.

Die symbolische Bedeutung und den Sinn der einzelnen Elemente des Mahnmal-Komplexes erklärt der Journalist Efim Marmer: „Die Mauer ist ein jüdisches Symbol – die Klagemauer. Wir haben unsere eigene Klagemauer errichtet. Sie ist so gemauert, wie es in dieser Gegend üblich war. Wir wollten das örtliche Kolorit beibehalten. Auf der linken Mauer sind die Namen der hier ermordeten Menschen und Familien verewigt. Die Liste ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Kurz vor Eröffnung fügten wir noch einen Namen hinzu, kurz nach der Eröffnung noch zwei weitere. Wir haben noch freien Platz gelassen, um dieses Martyrologium zu vervollständigen.“

Auf der Granitstele, die am Ort der Tragödie in Chaschtschuwate zum Himmel ragt, steht ein für diese Gegend ungewöhnlicher Buchstabe. Der hebräische Buchstabe „Chet“ – ein Analog des kyrillischen Buchstaben, der am Anfang

des Wortes „Chaschtschuwate“ steht. Dieser Buchstabe hat auch eine zweite, symbolische Bedeutung – das Gute. An diesem schrecklichen Ort, wo so viele Menschen umgebracht wurden, haben wir „Das Gute“ geschrieben, weil das Gute unsere Zukunft ist, das Gute wird immer das Böse bekämpfen. Zumindest möchten wir daran glauben...“

Das Andenken an die Tragödie von Chaschtschuwate wird bis jetzt gehütet, weil im Dorf noch Menschen leben, die die Ermordeten persönlich kannten. Die Lehrerin der Dorfschule und deren Direktorin, Elena Wdowitschenko, machen alles in ihrer Macht stehende,

um auch künftigen Generationen dieses Andenken nahezubringen. Der Vorgänger von Wdowitschenko, der selbstlose Lehrer Leonid Solgutowskij, hat in der Schule ein Museum der 5. Panzerarmee, die den Ort befreit hat, errichtet. Ein Teil des Museum widmet sich der Tragödie von Chaschtschuwate.

Man ist auf sich gestellt

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war Chaschtschuwate, das im Jahre 1362 zum ersten Mal urkundlich erwähnt wurde, ein jüdisches Shtetl. In dem Schulmuseum befinden sich zwei Paare von selbstgebastelten Puppen: ein jüdisches und ein ukrainisches Paar in Volkskleidung. Sie sollen als Symbol des friedlichen Zusammenlebens beider Völker dienen, das die Einzigartigkeit der hiesigen Gemeinde darstellte. Die Einzigartigkeit, die durch die Tragödie von Chaschtschuwate zerstört wurde. Von der Bevölkerung des Dorfes ist nach dem Krieg weniger als die Hälfte übriggeblieben. Heute lebt in Chaschtschuwate nur eine einzige betagte Jüdin. Früher gab es hier eine jüdische Kolchose, eine jüdische Schule und eine lebendige Synagoge, deren Gebäude bis heute im Ort steht.

„Als ich zur Schule ging, hatten wir unter 28 Schülern 18 Juden in der Klasse“, erinnert sich der Ortsbewohner Viktor Bewzenko, der die Bauarbeiten am Mahnmal vor Ort geleitet hat. „Meine Schuld Freunde, die leider heute alle außerhalb der GUS leben, besuchen Chaschtschuwate am 9. Mai. Viele von ihnen wohnen dann bei mir. Sonst kommunizieren wir öfters per Internet.“

Der Gedenkstätte von Chaschtschuwate ist von Experten als die größte ihrer Art in Europa anerkannt. Das Projekt wurde von einigen in Chaschtschuwate geborenen Menschen gesponsert. Unter ihnen der bereits erwähnte Boris Taschlyckij aus Woronjesch, Geschäftsmann Leonid Kupitman aus Odessa und die Familie des bekannten Schlagerkomponisten Igor Krutoj. Fast die gesamten 100.000 US-Dollars, die hier verbaut wurden, stammen ausschließlich aus großen und kleinen Privatspenden.

Keine einzige Wohltätigkeitsstiftung, keine einzige jüdische Einrichtung, kein einziger ukrainischer Oligarch jüdischer Abstammung und keine staatliche Institution wollte das Projekt unterstützen. Die ukrainischen Rentner und deren in unterschiedlichen Ländern lebende Kindern haben das Projekt in Eigenregie gemeistert, wofür jedem von ihnen tiefe Dankbarkeit gebührt. Sie haben eine gute Tat geleistet. Leider nur sie...

Die Initiatoren haben versucht, Hilfe von außerhalb zu holen: bei der Claims Conference, bei der deutschen Botschaft in der Ukraine. Sie haben auch an die Bundeskanzlerin geschrieben, weil sie gedacht hatten, dass zumindest eine symbolische Teilnahme Deutschlands an einem solchen Projekt einer menschlichen Logik entspreche. Aber sie wurden in „bester“ Beamtentraditionen von einem Kanzleramtreferenten wieder an die Botschaft verwiesen, die wie erwartet mit dem Hinweis auf Mittellosigkeit die Bitte abgelehnt hat. Die Mittel sind auch heute noch sehr notwendig. Nicht so sehr für den Bau selbst. Aber an der Gedenkstätte sind noch landschaftsbauliche Maßnahmen nötig, um sie bequemer für Besucher zu machen. In vorigem Herbst wurden hier Büsche und Bäume gepflanzt. Für die Zukunft ist ein Landschaftspark geplant – der Park der Andacht.

„Wir machen auf jeden Fall fertig, was wir angefangen haben“, ist Boris Taschlyckij sicher. „Unsere Kinder, Enkel, Urnenkel und alle, die an diesem einmaligen Denkmal gearbeitet haben, sollten darauf stolz sein. Bei uns darf es nicht so sein, dass die Kinder in weiter Welt das bessere Leben für sich suchen, aber die Gräber ihrer Eltern ungepflegt und vergessen zurücklassen. Wir, die Nachfahren der Opfer von Chaschtschuwate, können uns das nicht leisten.“

Nach der Veröffentlichung dieser Geschichte in der „Evrejskaja Panorama“ trat das Familienzentrum „Zion“ der Jüdischen Gemeinde zu Berlin an uns heran mit der Bitte um Kontaktvermittlung nach Chaschtschuwate. Aus diesem Kontakt hat sich ein hervorragender Abend am 5. Februar ergeben, der o. g. Geschichte gewidmet wurde. Alle Leser der „Jüdischen Rundschau“, die mehr über die Gedenkstätte in Chaschtschuwate erfahren möchten oder bereit sind, das Projekt zu unterstützen, verweisen wir auf den Leiter der ukrainischen gemeinnützigen Stiftung „Die Gedenkstätte der Tragödie in Chaschtschuwate“, Herrn Efim Marmer, erreichbar unter der Email-Adresse marmer.st@gmail.com.

Schändung des jüdischen Friedhofes im Elsass

Anschlag hat linksextremen Hintergrund

Von Monika Winter

Wenn fünf Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 Jahren ca. 250 der insgesamt 400 jüdischen Grabsteine und ein Holocaust-Mahnmal schänden, handelt es sich um einen „antifaschistischen Akt“, keinen Antisemitismus, wie sie selber ausführen.

Im Februar 2015 wurde der jüdische Friedhof in der Ortschaft Sarre-Union im Verwaltungsgebiet Nieder-Rhein, in der Region Elsass von 5 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren schwer geschändet und nebenbei ein Holocaust-Mahnmal beschädigt. Der Friedhof ähnelte einem großen Trümmerfeld.

Nach einer Meldung der dpa verurteilte der französische Innenminister Bernard Cazeneuve diese abscheuliche Tat aufs Schärfste, Premierminister Manuel Valls bezeichnete die Tat auf Twitter als antisemitisch und schändlich, auch Präsident Hollande verurteilte die Tat laut einer Erklärung des Elysée-Palastes aufs Schärfste.

Nach einer weiteren dpa-Meldung vom 17. Februar 2015 wurden fünf verdächtige Jugendliche festgenommen, nachdem sich einer von ihnen gestellt habe. Laut Staatsanwaltschaft stammen alle Jugendlichen aus der elsässischen Region.

Staatsanwalt Vannier bemerkte in einer Pressekonferenz, die Jugendlichen dachten, der Friedhof würde nicht mehr genutzt, sie hätten versichert, keine Antisemiten zu sein.

Die französische Zeitschrift „Le Figaro“ berichtet am 19. Februar 2015 von den Andeutungen des sozialistischen Vorsitzenden der Region Nieder-Rhein, Philippe Bies, der diesen antisemitischen Akt auf Twitter in Zusammenhang mit dem Aufstieg des Front National sah.

Gaetan Wilsius, ein Mitschüler behauptete sogar, dass Pierre B. der „Füh-



rer“ der Bande unter ansonsten „normalen“ Menschen zwar etwas „seltsam“ erscheine. Pierre war in der Antifa-Szene aktiv und tat dies auch mit seinem äußeren Erscheinungsbild durch „antifaschistische“ Symbolik an seiner Kleidung kund.

Die Vandalen hätten alle keine Vorstrafen und stammten aus guten Familien, stellten gar kein Problem dar, so der Anwalt der Bande. Sie wirken jung und diskret, keine Totschläger und sie hätten nichts Besonderes an sich, das einen schlechten Charakter auszeichne.

Wir kennen es aus Deutschland, dass Teile der „antifaschistischen“ Linke mit ihren Aufrufen „Nie wieder“ tote Juden meinen, während sich gleichzeitig ihr

Kampf gegen lebende Juden in Israel richtet, um sich mit „Palästina“ zu solidarisieren, ein Land, das es nicht gibt. Erinnern wir uns an die Terrororganisation der RAF in Deutschland und der „Revolutionären Zellen“, so ist das Verhältnis der „Linken“ zu Antizionismus und gleichzeitigem Antisemitismus sehr deutlich sichtbar. Während der Entführung des Fluges 139 der Air France, der von Tel Aviv über Athen nach Paris führen sollte, trennten die Entführer jüdische von nichtjüdischen Geiseln. Antifaschisten können sehr wohl Antisemiten sein.

Die Täter werden als sehr ruhig dargestellt, kommen aus gutem Umfeld – einer ist der Sohn einer Lehrerin, ein anderer der Sohn des Direktors eines Gymnasi-

ums. Trotzdem war das Gewaltpotential so groß, dass es ihnen gelang rund 250 der insgesamt 400 jüdischen Gräber zu beschädigen, Stelen umzuwerfen, Grabplatten zu zerschlagen und ein Erinnerungsmahnmal für während des Zweiten Weltkrieges deportierte französische Juden zu beschädigen. Die Tat fällt eindeutig unter die Rubrik antisemitischer Vorfälle.

Nicht ausschließlich islamistische und rechtsradikale Ideologien stellen eine Gefahr für jüdische Gemeinschaften in Europa dar, sondern auch linke Ideologien. Aufgabe aller Verantwortlichen muss die Beobachtung und Bekämpfung derer sein, die der jüdischen Gemeinschaft Schaden zufügen wollen.

Gratulation zur Wahl, Mahmud Abbas!

Von Nathan Warszawski

Wer gegen Antisemitismus ist, muss auch gegen Islamophobie sein! Aus Gründen der politischen Korrektheit geht es deshalb nicht an, dass nur Benjamin Netanjahu zu seinem Sieg zu den israelischen Parlamentswahlen beglückwünscht wird. Schließlich beherrscht Israel nur einen Teil des halben Palästinas westlich des Jordans. Auch Palästinenser haben Wahlen abgehalten und gewonnen.

2005 hat Mahmud Abbas bei den ohne Gegenbewerber demokratisch geführten Präsidentschaftswahlen gesiegt. Er befindet sich somit im 11. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit. 2006 haben die letzten palästinensischen Parlamentswahlen stattgefunden, die ebenfalls im Turnus von vier Jahren erfolgen. Somit befinden sich die geheim und demokratisch und palästinensisch gewählten Abgeordneten im 10. Jahr ihrer vierjährigen Amtszeit. Nicht einmal Netanjahu oder Merkel können diesbezüglich den Palästinensern das Wasser reichen!

Wenn schon aus unerfindlichen Gründen – die Juden sind immer schuld – die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Arabisch-Palästina unregelmäßig stattfinden, so soll dem demokratisch gewählten palästinensischen Präsidenten

und palästinensischen Abgeordneten alle vier Jahre auch ohne erneute Wahlen gratuliert werden. Neuwahlen in Palästina schließen nämlich nicht aus, dass exakt dieselben Politiker wiedergewählt werden, selbst wenn sie zwischenzeitlich gestorben sind.

In den Hochzeiten der Demokratie, als der Glaube überwiegt, dass alle Kriege der Vergangenheit angehören, wenn die Staaten demokratisch werden, da militärische Auseinandersetzungen zwischen Demokratien theoretisch undenkbar sind, haben demokratisch gewählte Regierungen Schlange gestanden, um dem Sieger einer demokratischen Wahl zu gratulieren. Netanjahu bleiben überschwängliche Reaktionen seiner Amtskollegen verwehrt.

Es sind nicht allein politische und wirtschaftliche Interessen, die die demokratischen Verbündeten Israels bewegen, die einzige Demokratie im Nahen Osten abzustrafen. Es ist die Mischung von Holocaust und Verwüstungskrieg, die den jahrtausendealten Hass gegen Juden für eine Weile neutralisiert und den die Juden mit Philosemitismus verwechseln. Mit dem Tod der Zeitzeugen verblasst der Holocaust und der Krieg tritt an seiner Stelle. Israel kann dank schlechtem Gewissen seine Stärke und Unabhängigkeit aufbauen. Das Schick-

sal der arabischen Palästinenser weckt in den demokratischen Staaten nur ein minimales Maß an Mitleid, welches genauso gering ist wie das Schicksal der Tschetschenen, der Muslime Myanmars und der Tamilen Sri Lankas. Keinem demokratischen Staat würde es in den Sinn kommen, für diese verfolgten Minderheiten einen eigenen Staat zu fordern. Selbst den Kurden, die für den Westen und sich den IS bekämpfen, wird kein unabhängiger Staat in Aussicht gestellt. All diese Völker verdienen keine Zuneigung der demokratischen Bevölkerungen, allein weil ihnen die Gelegenheit fehlt, gegen Juden zu kämpfen.

Niemand kann den Herrschenden über die Palästinenser in vielen Ländern Asiens und nun auch Europas verdenken, wenn sie das Schicksal ihrer Untertanen instrumentalisieren, zu ihrem eigenen Vorteil nutzen, statt das Leben der ewigen Flüchtlingen und Heimatlosen zu verbessern. Doch die demokratischen und undemokratischen Herrscher müssen sich beeilen, da die Geschichte nicht stillsteht. Das Interesse an Palästinensern lässt stark nach. Andere Flüchtlinge, die nicht über vier Generationen schutz- und rechtlos in Lagern islamischer Staaten vegetieren wollen, drängen nach Europa. Die brutalen Kriege des IS zwingen die

gefährdeten Demokratien adäquat zu handeln. Eine Atommacht Iran bedroht nicht alleine Israel, sondern mehr noch die sunnitischen Staaten, deren Erdöl trotz Energiewende und Fracking noch lange Zeit zum Erhalt des Luxus Europas benötigt wird, will man nicht die Demokratie aufs Spiel setzen.

Der Sieg des konservativen Zionisten Netanjahu wird von vielen Regierungstreuen und unabhängigen Medien demokratischer Staaten benutzt, Israel an den Pranger zu stellen, um den Judenstaat mit Hilfe der an sich machlosen Palästinenser zu schwächen, sogar zu vernichten. Die Zeit drängt, da der Krieg zwischen Sunniten und Schiiten nicht nur im Irak, sondern auch am Südpol der Arabischen Halbinsel in vollem Gang ist. Die USA und die anderen Demokratien schlagen sich alternativlos auf Seiten der reaktionären Sunniten.

Es ist an der Zeit, dass alle Demokrati- en den Kampf um das Fortbestehen ihrer Staatsform aufnehmen und Armut, Unrecht und Diktatur in ihren eigenen Reihen angehen. Als erster Schritt sollten sie vom ganzen Herzen und aus Überzeugung dem demokratisch gewählten neuen Ministerpräsidenten Israels gratulieren, der ihnen den Weg zum Erhalt ihrer freiheitlichen und reichen Lebensweise vorzeigt.

Unerwartete Bekanntschaften

Die Kippa kann in Deutschland ein Türöffner sein

Von Chaim Noll

Keine dieser Begegnungen werde ich vergessen. Sie waren vollkommen überraschend. In Israel, in der Negev-Wüste lebe ich unter Muslimen, meine Nachbarn sind Beduinen (so heißen sie auf unserer Seite des „Zauns“) oder Palästinenser (so werden ihre Vettern auf der anderen Seite genannt), Begegnungen mit ihnen sind alltäglich. Doch erst hier, in einem anderen Land, gehen sie auf mich zu und sprechen aus, was sie zu Hause niemals sagen würden.

Ich reise seit zehn Jahren zweimal im Jahr nach Deutschland zu Lesungen und Vorträgen, und in all diesen Jahren trug ich die Kippa offen. Tue es immer noch. Obwohl jüdische Funktionäre die deutschen Juden vor einiger Zeit aufgefordert haben, ihre Kipot besser zu verbergen. Unter einer Baseball-Mütze oder anderen Kopfbedeckung. In Frankreich, so berichteten israelische Zeitungen, hätte ein findiger Kopf Kipot erfunden, die mit künstlichem Haar bedeckt sind, in Farbe und Struktur der natürlichen Haare des Trägers angepasst, weshalb sie sich übelloser Wahrnehmung entziehen und trotzdem ihre traditionelle Funktion erfüllen.

Für mich keine Versuchung. Ich lebe nicht in Europa. Wenn die Kippa in Frankreich oder Deutschland kein geduldetes, allgemein respektiertes Accessoire mehr ist – nun, dann komme ich halt nicht mehr. Ich trage sie zu Hause in Israel, setze sie morgens auf wie meine Brille, jeden Tag, wie Hunderttausende Israelis, und wo ich sie nicht tragen darf, da ist nicht mehr mein Zuhause. Doch das ist nur ein Grund, warum ich der gut gemeinten Empfehlung der deutschen Gemeindefunktionäre bisher nicht folge. Der andere Grund ist Neugier. Weil mir, wenn ich die Kippa versteckt tragen würde, unheimlich viel entginge. Was? Nur, wer die Kippa offen trägt, wird in dieses Geheimnis eingeweiht.

Das Geheimnis liegt in der Offenheit des Vorgangs. Sie schafft Vertrauen. Selbst bei Menschen, vor denen wir uns fürchten. Sie wird, obwohl sie zu tragen nur ein minhag ist, ein Brauch, ein Kleidungsstück, im heutigen Kontext wie ein Bekenntnis verstanden. Daher setzt sie auch bei anderen Bekenntnisse in Gang. Unverhoffte Bekenntnisse von Fremden. Sie können etwas Erschreckendes, Schockierendes bedeuten. Etwas, worauf man nicht gefasst ist. Eigentlich geht man ihnen lieber aus dem Weg.

Die erste Annäherung überraschte mich in der Meinecke-Straße in Berlin, nahe Savignyplatz. Ein „arabisch aussehender Mann“ – so registrierten ihn meine mit Vorurteilen belasteten Sinne – näherte sich mir in eiligem Schritt, trat in meinen voraussehbaren Weg, worauf ich ohne nachzudenken, ebenso eilig, zur Seite auswich, fast sprang, und, meinen rollenden Koffer im Schlepptau, davon lief. Bis heute sehe ich sein enttäushtes Gesicht. Es war nicht die Enttäuschung eines verhinderten Attentäters, sondern, wie mir schien, die eines Menschen, der mir etwas sagen wollte.

Das nächste Mal näherte sich mir ein Mann in der S-Bahn zwischen Neukölln und Südkreuz. Hier waren die Fluchtmöglichkeiten von vornherein eingeschränkt. Auch dieser Mann sah aus, als käme er aus meiner Gegend, irgendwo aus dem Mittleren Osten. „Isch bin deine Nachbar!“, sagte er in erst kürzlich

gelerntem Deutsch, breit lächelnd, mit einem Gesicht, strahlend vor Gesprächsbereitschaft.

„Von welcher Seite?“, fragte ich höflich und schob meinen Koffer zwischen uns, ein schweres Stück.

„Libanon.“

„Wunderbar. Wo?“

„Süden.“

Ich nickte betrübt.

„Christ“, fügte er hinzu, als sei damit alles erklärt.

Er war der erste seiner Fraktion. Der erste, von dem ich erfuhr, wie beliebt israelische Soldaten im Ausland sein können, zum Beispiel bei libanesischen Christen. „Eure Armee“, sagt er und nickte begeistert, hob sogar den Daumen, das weltweit bekannte Signal der Zustimmung, jedem Facebook-Nutzer vertraut. Zu weiterem



Der Autor (rechts) mit palästinensischen Handwerkern in seinem Haus.

Austausch kam es nicht, wir erreichten den Bahnhof Südkreuz, wo ich aussteigen musste. Auf der folgenden langen Bahnfahrt nach Süd- oder Westdeutschland dachte ich über das Erlebnis nach. Die Kippa, dachte ich. Ohne sie hätte ich nie aus erster Hand erfahren, dass es im Südlibanon Fans unserer Streitkräfte gibt.

Auch eine libanesische Sunnitin, angestellt in der Rezeption eines Hotels in Krefeld, behandelte mich wie ihren lange vermissten Bruder. Wieder verstand

der Situation im Nahen Osten verändert. Ich erfahre von Rissen und Brüchen, von inner-islamischem Hass. Von verstohlener Solidarität mit Israel, die nach außen verborgen werden muss, weil gute Muslime Juden verachten sollen. So steht es in ihrem Heiligen Buch, so lernen sie in der Koran-Schule. Doch das Leben ist anders. Im realen Leben kann ein anderer Muslim Tod und Verderben sein und ein Jude die Rettung.

Es gibt unbehagliche Augenblicke, manchmal trifft mich ein Blick voller Hass und Verachtung. Doch die interessanten Momente überwiegen. Die unerwartet, aus dem Nichts heraus entstehenden Gespräche. Ich will hier nicht von der Wirkung meiner Kippa auf Deutsche berichten. Wie oft mir geholfen wird, an Automaten, deren Funktion ich nicht

verstehe, auf undurchschaubaren Bahnhöfen, im Gewirr fremder Städte. Dafür nur ein Beispiel, wieder aus der Berliner S-Bahn. Ich ging mit Koffer und Tüten hinauf zum Bahnsteig und vergaß, meinen Fahrschein in den Automaten zu stecken, der ihn abstempelt. Das „Entwerten“ auf dem Bahnsteig ist eine Idee deutscher Verkehrsbetriebe (überall sonst genügt der Fahrschein als solcher), man vergisst es, wenn man lange nicht hier war.

Kaum fuhr die Bahn, erhoben sich zwei Männer in Zivil, riefen „Fahrkartenkont-

land bemüht sich um eine Art offizielle Fremdenfreundlichkeit. „Willkommenskultur“ ist der Terminus für diese manchmal etwas künstlich wirkende Aufgeschlossenheit, die inzwischen zum guten Ton gehört. Die Kippa als Zeichen meines Fremdseins, meines Status als ausländischer Reisender, der mit einem verzwickten Detail deutscher Ordnung nicht zurechtkommt – ein Auslöser für Hilfe, guten Rat und demonstratives Willkommen, Verhaltensweisen, die zum Selbstgefühl der Mehrheit der heutigen Deutschen gehören.

Ein türkischer Taxi-Fahrer rühmte sich vor mir der türkischen Verdienste um das Überleben des jüdischen Volkes. Als er mich durch Wiesbaden fuhr, erinnerte er mich daran, dass Sultan Bajezid der Zweite gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts die aus Spanien und Portugal vertriebenen Juden in seinem Reich aufgenommen hatte und dass es seither große und einflussreiche jüdische Gemeinden in den türkischen Städten gibt. „Die Juden bei uns sind reiche Familien“, erklärte er mit einem Unterton von Respekt. Ihre gehobene soziale Stellung – noch ein Detail, das ich nicht nachprüfen kann – rechnete er seiner türkischen Heimat zugute. Sein Bild von deren traditioneller Judenfreundlichkeit war etwas geschönt, seine Geschichte von der Toleranz der Sultane und der Gastlichkeit der türkischen Muslime etwas zu harmonisch, es gab durchaus dunkle Zeiten in den Jahrhunderten jüdischer Anwesenheit in diesem Land, Verfolgungen, Enteignungen, antisemitische Dekrete, doch ich ersparte uns an diesem Morgen eine Diskussion darüber – mich interessierte mehr, was er zu sagen hatte. Und der Umstand, dass er das Positive in den türkisch-jüdischen Beziehungen betonte, sprach für sich. Er war bereits so weit von der neudeutschen Idee einer „Willkommenskultur“ erfasst, dass er sie für einen Bonus hielt und auch seiner alten Heimat zuschreiben wollte.

Die Türken fühlen sich unter den Millionen Zuwanderern, die heute in Deutschland leben, als die „Alteingesessenen“. Als Gastgeber! Auf einer Reise notiere ich in mein Tagebuch: „Freundlicher türkischer Taxifahrer. Alltägliches Gespräch, dabei Gefühl der Solidarität – als Fremder in Deutschland. Rein emotional, nichts Politisches. Es ist, als grüße ihn durch mich das Mittelmeer. Und umgekehrt. Er will sich kaum von mir trennen, dreimal Auf Wiedersehen, gute Wünsche...“

Doch es gibt auch andere Augenblicke: „S-Bahn nach Grünau. Unterwegs Zeichen der Erschöpfung, fühle mich in Schönevide beunruhigt von den Blicken eines jungen Arabers oder Türken, mir scheint, dass er mich aggressiv anstarrt, wechsele den Wagen.“ Kritisch waren die Tage Ende Mai 2010 nach dem Zwischenfall mit dem türkischen GAZI-Hilfsschiff. „Im Zug zum Flughafen, wie schon mehrmals heute, Türken beim Lesen türkischer Zeitungen mit Schlagzeilen wie Israil korsan! (was ich, obwohl ich nicht türkisch kann, ungefähr verstehe), ab und zu trifft mich ein Blick über den Zeitungsrand.“ Ein älterer Türke forderte mich in einem Regionalzug im Ruhrgebiet ungewohnt grob auf, meinen Koffer beiseite zu schieben, damit er sich hinsetzen könne, dann setzte er sich mir gegenüber und starrte mir zwanzig Minuten lang mit unverhohlener Wut ins

„ Es war nicht die Enttäuschung eines verhinderten Attentäters, sondern, wie mir schien, die eines Menschen, der mir etwas sagen wollten.“

ich nicht, wie mir geschah: die betonte Freundlichkeit, spürbar trotz des langen Kopftuchs und der teilweisen Verhängung ihres Gesichts, der neugierige Blick, der mich traf, als sie auf dem Meldezettel las, woher ich kam. Ich erzählte dem Veranstalter davon. Er kannte die junge Frau vom Sehen, wusste, woher sie kam. „Sunniten“, sagte er. „Ihr schlimmster Feind ist die schiitische Hisbollah. Die hat den Iran hinter sich, gewinnt an Einfluss. Nun, und wer gibt der Hisbollah ab und zu eins drauf? Eure Armee.“

Vielleicht haben mich solche Erlebnisse in meinem Entschluss bestärkt, die Kippa in Deutschland offen zu tragen. Die Reaktionen von Muslimen auf diese Kopfbedeckung haben mein Bild von

rolle“, gingen durch den Wagen und entdeckten, als sie mich kontrollierten, dass mein Fahrschein nicht gestempelt war. Was als Betrugsversuch gilt, weil man den Fahrschein dann nochmals benutzen kann. Sofort setzten sich mehrere Fahrgäste für mich ein. Eine junge Frau sagte entschieden: „Das kann er doch nicht wissen.“ Der Kontrolleur gab mir wortlos den Schein zurück und ging weiter. „Erstauswändig, dass er keinen Ärger gemacht hat“, sagte ein Mann neben mir. „Habe ich noch nie erlebt. Sonst gibt es Riesen-trubel wegen so was.“

Dieses Entgegenkommen gilt mir als „Fremdem“, ein allgemeines Willkommen, besser gesagt: dessen öffentliches Demonstrieren. Das heutige Deutsch-

Gesicht.

Im Herbst des Jahres hatte sich die Wut etwas gelegt. Beim zweiten Besuch eines türkischen Obststandes auf dem Bahnhof Alexanderplatz begrüßt mich der junge Verkäufer mit einem schallenden Schalom. Wozu er grinst. Er will wissen, wo ich so gut Deutsch gelernt hätte. Ich erkläre ihm, dass ich in Berlin geboren, aber nach Israel ausgewandert sei. „Israel ist ein gutes Land“, sagt er entschieden. Er sei gar kein Türke, fügt er hinzu, sondern Kurde. Seine ganze Familie lebe hier. Schon lange.

„Gefällt es dir in Berlin?“ frage ich.
 „Ja, gefällt mir. Nur Heimweh manchmal.“
 „Verstehe ich gut.“
 „Aber nun bin ich hier. Familie, Frau, Kinder...“

Ein paar Worte über die Veränderungen in seiner kurdischen Heimat, er strahlt, als ich meine Hoffnung ausspreche, mit seinem Land ginge es aufwärts: von Saddam befreit, unabhängig, viel Erdöl. Er freut sich darüber, hat aber auch Befürchtungen: „Wo Öl ist“, sagt er, „ist selten Frieden.“

Im Intercity-Express, mir gegenüber, an einem Tisch im Großraumwagen, ein Fremder, der kaum Deutsch spricht, nur schwer verständliches Englisch; als der Schaffner kommt, helfe ich mit ein paar Worten. Der Mann spricht mich an: Woher ich käme. Ich sagte es ihm. Ob ich Jude sei, will er wissen, oder Araber? Die Art, wie er fragt, lässt ahnen, dass er von Arabern nicht viel hält. Nun will auch ich wissen, woher er kommt. Er ist Ingenieur, erfahre ich, aus Aserbaidschan. Geschäftlich hier. Zwischen Aserbaidschan und Israel, erfahre ich, herrschen beste Beziehungen, Israel ist Weltspitze im Hightech, ein intelligentes Volk. Ob ich wirklich Jude sei? Manchmal tragen auch Araber solche Mützen... Ich biete an, ein hebräisches Gebet aufzusagen, damit er mir glaubt. Er lacht. Sagt: „No, it's okay.“ Gewiss, er ist Muslim, wahrscheinlich schiitischer Richtung wie die meisten Aserbaidschaner.

Doch seit Jahrhunderten gibt es innerhalb der „islamischen Gemeinschaft“ eine Verachtung gegenüber Arabern durch jene, die von ihnen unterworfen und zum Islam bekehrt wurden, Rezidiv des jahrhundertalten Schmerzes einst freier Völker, eingewurzelte Ablehnung, auf Arabisch genannt Schuubija. Der Sprachwissenschaftler Ignaz Goldziher belegt die nie beruhigten ethnischen Spannungen zwischen den durch das Schwert vereinigten Völkern, den ewigen Hass der zwangsweise Islamisierten, mit

Idiomen und Spruchweisheiten in seinen „Mohammedanischen Studien“, einem Standardwerk des späten neunzehnten Jahrhunderts. Der aserbaidische Ingenieur ist der erste Muslim, den ich treffe, der seine Araber-Verachtung offen bekennt. Es mag am Ort liegen: ein deutscher Intercity, irgendwo zwischen Kassel und Fulda.

Zu den größten Freunden Israels unter Muslimen gehören Iraner, die im Exil leben. Wo immer ich ihnen begegne, geben sie mir Zeichen ihrer Sympathie. Ein Taxi-Fahrer in Münster/Westfalen, nachdem er gefragt und erfahren hat, woher ich komme, drückt mir stumm die Hand. Auf einem wissenschaftlichen Kongress werde ich von mehreren



Haim Noll stellt sein neues Buch in Berlin-Moabit vor.

Exil-Iranern nacheinander zum Kaffee eingeladen, jedes Mal gestehen mir die Gesprächspartner unter dem Siegel der Verschwiegenheit ihre Hochachtung vor meinem Land, jedes Mal äußern sie ihren Wunsch, Israel zu besuchen, den sie sich – auch wenn sie inzwischen die Pässe freier Staaten besitzen – aus Angst vor den allgegenwärtigen Geheimdiensten des iranischen Regimes nicht zu erfüllen wagen. Auch in Afrika scheint Israel zunehmend Sympathien zu genießen. Die vielleicht extremste Reaktion auf meine Kipa, die ich bisher erlebte, war die Weigerung eines nigerianischen Taxifahrers in Hamburg, von mir Geld für die Fahrt vom Hauptbahnhof zum Hotel „Vier Jahreszeiten“ anzunehmen: Es sei ihm eine Ehre, einen Israeli einzuladen.

Auf einem großen Umsteigebahnhof im Westen Deutschlands sprach mich im vergangenen Jahr ein junger Libanese an, in gutem Deutsch, er lebt seit seiner Kindheit in einer Stadt in Niedersachsen. Es kam zu folgendem Gespräch, das ich anschließend im Zug notierte:

Mein neuer Bekannter zog, ohne ein Wort zu sagen, einen Gegenstand aus der Halsöffnung des T-Shirts, ließ ihn auf dem weißen Stoff baumeln, bis ich gesehen hatte, was es war: ein Kreuz. Ziemlich groß. Ein Kreuz dieser Größe trägt in Europa allenfalls ein Bischof. Nur dass seines schwarz war wie Ebenholz. An einer goldenen Kette. Er ließ es wieder verschwinden.

„Meine Familie lebt im Süden“, sagte er, den Blick auf sein Telefon gerichtet. „Nahe eurer Grenze. Einige meiner Leute waren in der Zadal, der Zeva darom levanon.“

„Ist ihnen was passiert?“ fragte ich.
 „Du meinst, nach dem Abzug eurer Truppen?“



Ich sah ihn an. Fand auch wirklich die Spur Herablassung in seinem Gesicht, die ich erwartet hatte. Er erwiderte meinen Blick, grinste. Als wollte er sagen: Kein Ruhmesblatt, euer Abzug damals. Aber was soll's. Nobody is perfect.

„Meinen Onkel haben die Schweine von der Hisbollah erschossen“, sagte er, ohne den Blick von meinem Gesicht zu nehmen. „Sofort. Sie gingen von Haus zu Haus.“

Wir waren allein zwischen den gläsernen Wänden. Es war kalt, aber nicht so kalt wie auf dem zugigen Bahnsteig. Draußen ging jemand vorbei, in einem wattierten Anorak.

„Einem anderen Onkel“, sagte er, „hat ein Hamas-Mann die Waffe ins Auge geschlagen, die Kalaschnikow. Mein Onkel trug eine Brille, das Glas ist zersprungen, die Splitter haben sich in seine Augen gebohrt. Seitdem ist er blind.“

„Schrecklich“, sagte ich. Es klang vollkommen sinnlos.

„Meine Familie war immer auf eurer Seite. Unser Dorf ist geteilt: Mitten durch

geht eine Straße, auf einer Seite wohnen nur Christen, auf der anderen die Leute von Hisbollah. Jeder kennt jeden. Jeder weiß, was der andere ist. Viele christliche Familien sind inzwischen weg.“

„Deine auch?“
 „Die Eltern sind geblieben. Sie wollten nach Israel gehen, aber Hisbollah lässt sie nicht raus. Wir Kinder sind alle noch rechtzeitig weg, nur eine Schwester hat zu Hause geheiratet, weiter im Norden. Die Eltern sind jetzt ganz allein. Müssen sich viel gefallen lassen.“

„Das ist bitter für alte Leute“, sagte ich.
 „Sie sind dran gewöhnt.“
 „Ich meine: Wenn alle Kinder weg sind...“

„Ich fliege einmal im Jahr zu ihnen.“
 „Keine Angst?“
 „Und wenn? Ich muss sie trotzdem besuchen.“

Ich nickte stumm. Er stand neben mir, den Blick auf die gläserne Tür gerichtet. Näherte sich draußen hinter dem matten Glas ein Schatten, hob er kurz den Kopf, fasste den Schatten ins Auge.

„Wenn mich Hisbollah-Leute mit dir sehen...“ sagte er. „Hier leben genug von ihnen. Wenn mich einer mit dir sieht, du trägst die Kipa, er weiß sofort, wer du bist...“

„Was ist dann?“ fragte ich.
 „Dann sperren sie mich ein, wenn ich das nächste Mal zu den Eltern komme. Ins Gefängnis. Oder sie schlagen mich tot. Wenn ich mit dir rede, bin ich schon ein Kollaborateur.“

„Ich kann eine Mütze aufsetzen“, bot ich an. Und begann in der Tasche nach ihr zu suchen. „Ich habe eine Mütze dabei, falls Sturm kommt, damit mir die Kipa nicht weg fliegt...“

„Nur deshalb?“
 „Oder wenn mich ein Typ aus dem Libanon anspricht, der nicht mit einem Juden gesehen werden will.“

„Mach keine Witze. Ich meine, sonst kommt es nicht vor, dass du die Kipa verstecken musst?“

„Ich fliege jedes Jahr zweimal nach Deutschland. Und ich habe mir geschworen: Ich mache das solange, wie ich offen die Kipa tragen kann. Ich trage sie zu Hause, warum soll ich sie dann nicht hier tragen?“

„Und?“
 „Ich finde die Mütze nicht, tut mir leid...“

„Ist egal.“
 „Muss im Koffer sein. Oder ich habe sie zu Hause vergessen. Nein, bisher ist nichts passiert. Ich passe ein bisschen auf. B esrat ha schem. Nur eine Menge unerwartete Bekanntschaften.“

TuS REISEBÜRO
 IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
 HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:
 EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)

MADEIRA ab 699€ (7 Tage)

GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)

ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)

ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Sind Aleviten überhaupt Muslime?

Ein Blick auf die Geheimdienst-Aktivitäten Erdogans in Deutschland

Von Ali Yildiz

Herr Yilmaz Kahraman, Sie sind seit einigen Jahren Bildungsbeauftragter der Alevitischen Gemeinde Deutschland (kurz: AABF) und haben Islamwissenschaften studiert.

Können Sie unseren Lesern kurz schildern was das Alevitentum ist und was Ihre Aufgaben sind?



Yilmaz Kahraman

Das Alevitentum ist ein humanistischer Glaube, der sich in Anatolien entwickelt hat. Im Zentrum der Lehre stehen der Mensch und die Menschenliebe. Nächstenliebe, Wertschätzung des Menschen unabhängig von seiner kulturellen, religiösen Herkunft und die Gleichstellung von Mann und Frau bilden die zentralen Elemente des Alevitentums. Weitere Aspekte sind der Respekt vor und der Schutz der Natur. So sagt der alevitische Dichter Yunus Emre (13./14. Jhd.) „Wir lieben die Schöpfung des Schöpfers wegen“. In diesem Sinne verbindet dieser Gedanke religions- und kulturübergreifend die Menschheit miteinander.

Meine Aufgabe ist in erster Linie die Bildungsarbeit unserer Religionsgemeinschaft zu organisieren. Von Köln aus koordinieren wir den Alevitischen Religionsunterricht (ARU), organisieren die Aus- und Fortbildungen der Lehrkräfte für den ARU sowie der Geistlichen, also unserer Anas (weiblich) und Dedes/Pirs (männlich). Vorträge zur Geschichte und Identität der Aleviten sind weitere große Bestandteile meines Aufgabenbereiches.

Wie ist die Gemeinde strukturiert?

Unserem Dachverband, der AABF, gehören bundesweit 148 Ortsgemeinden, die sog. Cem-Evi (Versammlungshaus), an. Diese 148 Ortsgemeinden sind zudem in fünf Regionalvertretungen organisiert: Bayern, Baden-Württemberg + Saarland, Hessen + Rheinland Pfalz, Nordrhein-Westfalen sowie die Regionalvertretung Nord mit Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Die AABF ist darüber hinaus auf europäischer Ebene Teil der Europäischen Union der Aleviten (AAKB), die europaweit 268 Cem-Häuser vereint.

Im öffentlichen Diskurs wird gesagt, Aleviten hätten ein zeitgemäße Sicht-

weise, seien modern. Was bedeutet das?

Die der alevitischen Lehre zugrundeliegenden Werte sind dieselben Werte, die die Grundlage für unsere modernen, demokratischen Gesellschaften bilden. Für uns sind z.B. alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Geschlecht – gleichwertig. In diesem Sinne schätzen wir niemanden gering, sondern jedem Menschen gebührt unser Respekt und unsere Wertschätzung als Mensch und als Teil der Schöpfung. Diese Werte sind gerade im Hinblick auf den Pluralismus in unseren heutigen Gesellschaften überaus wichtig. Das Alevitentum lehrt darüber hinaus beispielsweise auch den Schutz der Natur, weil wir an die Einheit von Mensch und Natur glauben. Für Alevitinnen und Aleviten ist in allem – Menschen, Pflanzen, Tiere, aber auch den vier Elementen Erde, Feuer, Wasser, Luft – ein Teil der Göttlichkeit enthalten. Unsere Aufgabe als vernunftbegabte Lebewesen ist es daher, diese Elemente zu bewahren und im Einklang miteinander zu halten.

Nehmen wir einen konkreten Fall in Norderstedt. Dort hat kürzlich eine muslimische Frau sich geweigert, einem Kinderarzt die Hand zu geben und diesen verärgert – die Presse berichtete. Wie bewerten Sie das Verhalten aus Ihrer Sicht?

Leider kenne ich diese oder ähnliche Fälle nur zu gut. Es ist zurückzuführen auf die archaische islamische Vorstellung von der Frauenrolle. Die Frauenrolle im Islam ist eindeutig festgelegt: Die Frau ist dem Mann untergeordnet und benachteiligt. Ihre Aufgabe ist es,

nicht mehr salonfähig in öffentlichen und gesellschaftlichen Debatten zu sein. Es wird bei diesem Thema immer wieder betont, dass es verschiedene Interpretationen gibt. Klar, die Gleichstellung von Mann und Frau befürworten einige Richtungen des Islams. Zu betonen sei jedoch, dass die progressiven Muslime in den Funktionsstrukturen nicht die Mehrheit bilden.



Logo der Aleviten

Welche Rolle steht der Frau im Alevitentum zu und gibt es wirklich keine patriarchalischen Strukturen in alevitischen Familien?

In der Lehre des Alevitentums sind Mann und Frau gleichgestellt. Bei allen Ritualen und Zeremonien betonen die Geistlichen immer wieder die Gleichstellung von Mann und Frau. Es wird beständig erwähnt, dass wir vom „Can“ sprechen, was mit Seele übersetzt werden kann. Dieser Begriff ist geschlechtsneutral und umfasst Männer wie auch Frauen.

wird heute diese Thematik in der alevitischen Religionsgemeinschaft in der Breite diskutiert und ich bin zuversichtlich, dass mit der Zeit alle Alevitinnen und Aleviten einvernehmlich zu der Überzeugung gelangen werden, dass Frauen und Männer in gleicher Weise qualifiziert sind, verantwortungsvolle Positionen in unserer Gemeinschaft, in der Gesellschaft, der Politik oder dem Berufsleben zu übernehmen.

Sie sagten, es gebe noch weitere kritische Stellen im Koran. Welche meinen Sie?

Insbesondere die Stellen, die gegen Juden, Atheisten und Apostaten sind. Es ist kein Wunder, dass der Antisemitismus unter den muslimischen Jugendlichen in Deutschland sehr verbreitet ist. Jugendliche, die teilweise noch nie einem jüdischen Menschen begegnet sind, sind antisemitisch eingestellt. Was denken sie, woher das kommt? Deshalb appelliere ich an Muslime, sie sollen den Koran in einem modernen Kontext interpretieren. Weder die Verhältnisse, noch die Aussagen des 7. Jahrhunderts Mekkas können heute bindend für Muslime der Neuzeit sein.

Es heißt aber, Aleviten glauben auch an den Koran.

Bei dieser Aussage gehen die Meinungen unter den Aleviten auseinander. Einige lehnen den Koran ab und sind der festen Überzeugung, dass das Alevitentum fern von jeglichen Dogmen und jeglicher Orthodoxie ist. Andere wiederum, die den Koran als Bestandteil des alevitischen Glaubens sehen, interpretieren ihn anders als Sunniten und Schiiten.



Semah Tänzer

ihrem Mann zu dienen, ihn sexuell zu befriedigen und für reichlich Nachkommen zu sorgen. In der Ehescheidung, im Vergleich Mann und Frau beim Recht auf Polygamie, beim Verständnis von Ehre und Moral sehen wir die eindeutige Benachteiligung der Frau. Der Koran hat eindeutige Stellen und Suren zu diesen Themen. Leider wird das so nie direkt angesprochen. Viele islamische Gelehrte beziehen nie öffentlich eine transparente Position zu diesem Thema, weil sie befürchten,

Die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF) hat verschiedenste Projekte, Frauen zu motivieren, sich gesellschaftlich und politisch mehr einzubringen und zu arrangieren. Gerade die Ausbildung von weiblichen Geistlichen, unseren Anas, steht ganz oben auf der Agenda der AABF. Leider gibt es auch unter den Aleviten kritische Stimmen, wenn Frauen zum Beispiel Zeremonien leiten. Ich führe diese Kritik auf eine islamische Assimilierung einiger Aleviten zurück. Zumindest

Diese „alevitische“ Rezeption wird im eigenen Kontext als sinnhaft und mystisch interpretiert. Eine Interpretation, die mit der Ratio erkennbar ist und die Gleichstellung jedes Menschen vorsieht. D.h. jede Benachteiligung der Frau, die Ausgrenzung von Andersgläubigen wird abgelehnt. Es herrscht ein Verständnis, dass der eigentliche Ur-Koran verfälscht wurde. Im sunnitischen und schiitischen Kontext ist dieses Verständnis unmöglich, da der Koran das unmittelbare Wort Gottes und somit unveränderbar ist.

Seitdem die AKP in der Türkei an der Macht ist, gibt es eine zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zu Israel. Was sagt der Islamwissenschaftler Herr Kahraman, woran liegt das aus Ihrer Sicht?

Nun, es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, welche Politik der türkische Staatschef und Ex-Premier Erdogan verfolgt. Eine zunächst schleichende und seit den letzten 2 Jahren radikalere Islamisierung der Türkei ist eindeutig. Damit meine ich nicht nur, dass sich das Kopftuch der Frauen immer mehr in der Öffentlichkeit verbreitet, sondern die Destabilisierung der Demokratie. Erdogan instrumentalisiert in erster Linie die Religion für seine Zwecke. In seinen Reden diffamiert er oft die „Korrangeher“ und lädt alle Muslime ein, zusammenzuhalten. Türkeikenner wissen nur zu gut, welche Anspielungen dahinter stecken. Antisemitismus und Alevitenphobie nehmen Tag für Tag in der Türkei zu.

Zum Thema des Verhältnisses zu anderen Religionsgemeinschaften – wie ist die aktuelle Situation der Aleviten in der Türkei und welche Auswirkungen hat das auf das Leben der Türkeistämmigen in Deutschland?

Die alevitische Gemeinschaft ist bis heute in der Türkei nicht als eigenständige Glaubensgemeinschaft akzeptiert und anerkannt. Unsere Gemeinden, die Cem-Häuser, haben z.B. keinen rechtlichen Status und wir bekommen für deren Bau – anders als Moscheen – keine finanzielle Unterstützung vom Staat. Auch gibt es in der Türkei keinerlei Gedenk- oder Erinnerungskultur, die die Pogrome, die nicht nur unter den Osmanen, sondern bis in die heutige Zeit an Menschen alevitischen Glaubens begangen wurden, aufarbeitet und als Teil der Geschichte akzeptiert, mit dem wir uns offen und kontrovers auseinandersetzen müssen.

Neben dieser Negation des Alevitentums und der an Alevitinnen und Aleviten begangenen Gräueltaten, ist das Bildungssystem in der Türkei mittlerweile immer stärker nur noch am sunnitischen Islam orientiert. So gibt es in immer mehr öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen von der Grundschule bis zur Universität Gebetsräume, in denen Sunnitinnen und Sunniten täglich ihr fünfmaliges Gebet verrichten können. Wer sich in diesen Räumen nicht blicken lässt, weil er einem anderen Glauben angehört, ist stigmatisiert und wird vom Umfeld verurteilt und angefeindet, weil er oder sie „nicht dem wahren Glauben folgt“. Dies geht soweit, dass auch indirekt etwa durch das Lehrpersonal Druck auf die Kinder und Jugendlichen ausgeübt wird, sich in einer Art und Weise zu kleiden – zu bedecken – wie es das Religionsverständnis der AKP vorgibt.

Der öffentliche und der subtile Druck, der in dieser Weise ausgeübt wird, führt dazu, dass Alevitinnen und Aleviten in der Türkei von Kindesbeinen an von ihrem eigenen Glauben entfremdet werden. In jeder Situation wird ihnen vorgehalten, dass sie sich nicht so verhalten, wie es sich gehört, wie es „doch eigentlich richtig ist“. Diese Vorbehalte gegenüber dem Alevitentum, die sich in manchen Schichten und Gruppierungen bis hin zu einer regelrechten „Alevitenphobie“ ausgewachsen haben, wirken sich auch auf die Situation hier in Deutschland aus. Viele Türkeistämmige hier in Deutschland fühlen sich ihrer „alten Heimat“ immer noch eng verbunden, sie rezipieren Medien aus der Türkei und verfolgen die türkische

Tagespolitik. Dadurch verinnerlichen sie auch die Mentalität und Argumentationen aus der Türkei und leben sie hier in Deutschland in ihrem alltäglichen Leben aus. Für viele ist beispielsweise der türkische Präsidenten Erdoğan eine wichtige Orientierungs- und Leitfigur, dessen Aussagen ein enorm großes Gewicht beigemessen wird.



Semah-Tänzerinnen vor deutschen Politikern.

Die AKP versucht also, die Selbstbestimmung der Aleviten in Europa zu beeinflussen? Mit welchen Mitteln? Und wie bewerten Sie die Diasporapolitik der AKP in Deutschland?

Die wachsende staatliche und soziale Anerkennung, die wir Alevitinnen und Aleviten hier in Deutschland als Religionsgemeinschaft und als Mitbürgerinnen und Mitbürgern genießen, sind Präsident Erdoğan ein Dorn im Auge. Je mehr Anerkennung wir in Deutschland und Europa genießen, desto selbstbewusster werden nicht nur die Gemeinschaften in den europäischen Ländern, sondern auch die Gemeinden in der Türkei. Seitens der türkischen Regierung wird deshalb versucht, die Verbandsfunktionärinnen und -funktionäre hier in Deutschland anzuschwärzen: Sie sprächen eigentlich nicht für sich selbst oder die Aleviten, sondern seien Handlanger des Westens, der Juden, der Armenier, Gegner des Korans, der Religion allgemein und im Kern Ungläubige; sie verfälschen den eigentlichen „wahren Glauben“ nach ihrem Gutdünken und sind vom „wahren Weg“ abgekommen. Um einen Gegenpol zu den erstarkenden alevitischen Selbstor-

ganisationen hier in Deutschland aufzubauen, lässt die AKP beispielsweise ebenfalls scheinbar alevitische Vereine gründen, die aber anders argumentieren und handeln. So gibt es beispielsweise eine Verbindung zwischen diesen pseudo-alevitischen Vereinen und der AKP nahestehenden Organisationen, die den Genozid an den Armeniern von

1915 bagatellisieren, relativieren und kleinreden.

Kommen wir auf das Verhältnis der AABF zur jüdischen Gemeinschaft. Wie sah Ihre bisherige Arbeit mit der jüdischen Gemeinschaft aus?

Äußerst positiv. Wir teilen ein ähnliches Schicksal und dies verbindet uns sehr.

Über Jahrhunderte waren auch wir Verfolgungen, Pogromen und Vernichtungen ausgesetzt. Nicht nur dies, es gibt auch theologische Gemeinsamkeiten. Der Prophet Moses, Abraham, aber auch Salomon haben eine zentrale Rolle in der alevitischen Lehre. Der Auszug des Volkes Israel aus Ägypten wird oft in alevitischen Texten erwähnt und hat einen symbolischen Charakter. So hat sich aus der Historie einer unterdrückten Religion eine besondere Sensibilisierung für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung gebildet. Deshalb setzt sich die AABF in ihrer Arbeit gegen demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen beispielsweise auch mit dem Antisemitismus unter Türkeistämmigen auseinander. Zwischen

2010 und 2013 haben wir dies etwa im Rahmen des Projekts „Zeichen setzen“, das vom Bundesfamilienministerium gefördert wurde, sehr umfassend und prominent getan. Vom Zentralrat der Juden in Deutschland gab es für dieses Engagement unsererseits zum Beispiel ein großes Dankeschön. Auch ist die AABF Mitglied im Koordinierungsrat deutscher Nichtregierungsorganisationen gegen Antisemitismus.

Es gibt scheinbar Themen, die berühren beide Gemeinschaften. Sehen Sie noch Potenzial für eine engere Zusammenarbeit und auf welchen Themengebieten?

Unsere beiden Glaubensgemeinschaften sind bereits sehr eng miteinander verbunden. Wir besuchen zum Beispiel regelmäßig gegenseitig unsere religiösen Feste. 2014 waren Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Kultusgemeinden bei unserer Newroz-Feier in Berlin dabei und wir haben Ende 2014 die Chanukka-Feier in der israelischen Botschaft in Berlin besucht. Auch ich bin dort vor Ort gewesen.

Aktuell sind wir dabei, mit unserem Jugendverband, dem Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ), eine Reise nach Israel zu organisieren. Wir fahren jedes Jahr mit unseren Jugendlichen in die Türkei, damit sie sich dort vor Ort mit der Geschichte der Verfolgung und Unterdrückung des Alevitentums und der heutigen Lebensrealität der Alevitinnen und Aleviten in der Türkei auseinandersetzen können. In gleicher Weise möchten wir, dass gerade alevitische Jugendliche, die in Deutschland zu Hause sind, auch ein Gefühl für die Lebensverhältnisse der Jüdinnen und Juden in Israel entwickeln und sich mit der Geschichte des Staates Israel und der jüdischen Gemeinschaft intensiv befassen können.

Dann wünsche ich Ihnen eine gute Reise nach Israel.

Vielen Dank für das Gespräch.

Yilmaz Kahraman ist Mitglied der Deutschen Islam-Konferenz und mit den dort teilnehmenden Vertretern der islamischen Gruppen vertraut.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Der Terror und die Spaßgesellschaft

Ängste, Frust, Tabus – Eine Annäherung an das Thema

Von Michael Guttman

Wer noch vor gar nicht allzu langer Zeit in Deutschland den islamischen Terror als Weltbedrohung anprangerte, ruderte gegen einen schier unüberwindbaren Mainstream.

Den Islam mit Terrorismus in Verbindung zu bringen, ging gar nicht und wurde als Generalverdacht gegen gläubige Muslime abgelehnt.

Indessen nahmen die Anschläge gegen die westlichen Zivileinrichtungen zu. Selbstmordattentate und Gräueltaten an Unschuldigen erklärte man als Verzweiflungsakte von Entrechteten, deren tiefere Ursachen dem Kolonialismus und Imperialismus zugeschrieben wurden.

Dem Kampf gegen den Terrorismus sind vor lauter Tabus die Flügel gestutzt. Es hat lange gedauert, bis Deutschland bereit war, Verantwortung in der internationalen Auseinandersetzung mit ihm zu übernehmen. Die Bundeswehr war längst in Kampfhandlungen verwickelt, bis die Politiker sich dies eingestanden hatten. Nach innen war das Land mangelhaft vor Terror geschützt.

Noch war der Terror weit weg. Politik, Justiz und Medien prägten ein Sicherheitsbild, das den realen Entwicklungen zunehmend widersprach. Polizei und Verfassungsschutz waren häufig irritiert. Aber auch die Bevölkerung war nicht bereit, durch staatliche Prävention Einschnitte in die persönliche Freiheit hinzunehmen. Tatsächlich aber mussten sich Reisende immer schärferen Kontrollen unterziehen. Bei jüdischen Einrichtungen war eine Kontrolle schon seit langem gang und gebe.

Verharmlosung des Islams einerseits und Schüren von Ängsten, dass unsere freiheitliche demokratische Grundordnung durch schärfere Gesetze untergraben werde, andererseits, prägten dieses Bild.

In Addition mit der übrigen politisch-ökonomischen Misere entwickelte sich Frust in der Bevölkerung, der zu Gleichgültigkeit, mangelnder Wahlbeteiligung und gelegentlich zu Unmutsausbrüchen führte.

Die Kräfte, die an dem Zerrbild der Gesellschaft maßgebenden Anteil haben, sind in politische Lager gespalten, die keinesfalls mit den Parteien immer identisch sind. Ihr Wirken ist durch eine Vielzahl von Faktoren charakterisiert, wie die mangelnde Seriosität und fehlende Solidarität ihrer gesellschaftlichen Konzepte, die Inkonsequenz bei der Realisierung, die Ohnmacht, die Ratlosigkeit und die einseitige bis bewusste Fehlinformation der Bevölkerung. Das alles förderte ökonomische Ungerechtigkeit, spaltete die Gesellschaft und führte objektiv zur Vernachlässigung der Sicherheit des Landes.

Die Integration der Ausländer, insbesondere der Muslime, ist schon mal ins Stocken geraten und die Multi-Kulti-Gesellschaft für gescheitert erklärt worden. Das Heer der Integrationsbeauftragten und ehrenamtlichen Helfern, die Vielzahl von sozialen Projekten konnten diesen Trend nicht stoppen. Stattdessen bildeten sich Parallelgesellschaften heraus, die sich isolierten und ihrerseits die deutsche Gesellschaft bedrohen, direkt durch Gewalt an Schulen und auf der Straße sowie indirekt, weil sie zu Brutstätten



Anschlag in einem Schiiten-Viertel von Bagdad.

des Fundamentalismus geworden sind, der mit den globalen Terrororganisationen El Kaida, IS u.a. sympathisieren bzw. zusammenarbeiten.

Es ist Usus geworden, die Probleme zu bagatellisieren und zu zerrreden, unbequeme Wahrheiten zu verschweigen. Kritiker werden zur Zielscheibe in der eigenen Partei, unbequeme Ansichten als Miesmacherei oder gar als gefährliche Misantrophie abgestempelt. Allein die Misere lässt sich nicht wediskutieren oder durch eine sogenannte „Willkommenskultur“ beheben. Die Auseinandersetzungen in Deutschland nehmen an Schärfe zu und verlagern sich zuweilen auf die Straße.

Der islamische Terrorismus ist älter als das wiedervereinigte Deutschland.

Eigentlich gab es reichlich Zeit, das Land darauf einzustellen, stattdessen aber dauert der ewige Streit darum, wie man ihm begegnen soll, immer noch an. Wir tauschen heute noch die gleichen Argumente aus wie in den 1960er Jahren, nur mit härterer Gangart.

Die Frage, ob der Nahe Osten zu einem Brandherd für andere Regionen geworden ist, weil der israelisch-palästinensische Konflikt noch immer nicht gelöst ist oder ob der Islam, organisiert in mächtige rivalisierende Blöcke, längst mit Eigendynamik und Expansionszielen die Welt von einem Unglück ins andere stürzt, ist noch immer umstritten. Wieder scheint eine Einigung von Politikern und Experten nicht möglich. Eine Appeasement-Politik gegenüber Terrororganisationen und Staatsführern, die anderen Völkern die Existenzrecht streitig machen und die „Ungläubigen“, sprich andere Gesellschaftsordnungen, bedrohen, ist schon einmal verhängnisvoll in Deutschland ausgegangen.

Die Debatten zu Islam und Terrorismus erklären die besondere Sensibilität der Israelis im Vergleich zu Deutschen und Europäern. Sie sind im Ringen

um ihre Sicherheit weitgehend isoliert, eben durch die mangelnde Klarheit über die Ursachen und Ziele der Muslime. Es herrscht Begriffswirrwarr: „Muslime“, „Islam“, „Islamismus“, einst schlicht Synonyme, werden heute verschieden gedeutet, ohne es hinreichend zu begründen.

Die Deutschen spielten frühzeitig eine üble Rolle im Nahost-Konflikt. Unter Ägyptens Rais Nasser und dem ersten Palästinenserführer Schukeiri waren es noch die Altnazis, zu Arafats Zeiten die Linksradikalen und die RAF. Die DDR war seit Ulbrichts Besuch in Ägypten im Geschäft.

Der islamische Terrorismus ist heute nicht mehr nur auf Israel und Juden konzentriert. Er hat längst globale Formen angenommen und rückt auch näher an Deutschland heran.

Warnungen wurden schon frühzeitig in den Wind geschlagen, z.B. des Nahost-Korrespondenten Konzelmann vom Süddeutschen Rundfunk („Die Araber und ihr Traum vom großarabischen Reich“) oder Scholl-Latour, der die Expansionskette der Schiiten vom Iran bis Libanon als bedrohlich für den Westen aufgezeichnet hat.

Der Islam ist in Deutschland angekommen. Gehört er deshalb schon zu Deutschland? Das sind doch zwei völlig unterschiedliche Ansätze.

Die Spaßgesellschaft

Wie heutzutage zwischen Quiz- und Talkshows Nachrichten verbreitet und die kühnsten Wertungen gegeben werden, ohne Belege dafür zu liefern, ist ein Witz. Unsere schnelllebige Gesellschaft erlaubt keine kostspieligen Recherchen. Wozu auch? Wer vermag noch den Wust der Meldungen und Kommentare auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überblicken? Irgendwann ist alles einmal erwähnt worden und trotzdem ist der Leser bzw. Hörer getäuscht und verwirrt. Das Publikum ist vergesslich. Die Vermarktung verlangt „action“.

Wissenschaftler und Experten publizieren oft selbstgefällige, skolastische oder verharmlosende Erklärungen zum Terrorismus. Die Politik unternimmt reichlich wenig, um die Menschen für das Thema zu sensibilisieren. Eher dominiert ihre Zerstrittenheit. Das lähmt gesellschaftliche Aktivität und Zivilcourage. Die allgemeine, naive Sorglosigkeit könnte der Gesellschaft teuer zu stehen kommen, da es allmählich auch in Deutschland „heiß“ wird.

Die Medien juckt das wenig. Sie verbreiten täglich einen Mix aus Nachrichten, Quiz und Spaß. Als besonderes Beispiel dafür gilt die Radiostation „Funkhaus Europa“. Ihre Moderatoren gleichen den ahnungslosen Gesellen einer Hotline. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass die einen Fragen beantworten, von denen sie keinen Schimmer haben, während die anderen Fragen in den Äther werfen, die von Ahnungslosigkeit zeugen. Es läuft stets nach gleichem Schema, egal ob zu Musik oder Politik. Sie fordern die Zuhörer zum mitmachen auf, worauf ein langes Palaver folgt. Abgesehen vom Spaß ist der Wert solcher täglichen Sendungen flach und somit wertlos.

Vielleicht haben es die Kollegen vom Fernsehen leichter, denn unsere Welt ist die Welt der Bilder.

Die Terrororganisationen haben das sehr zeitig begriffen. Ob Köpfe rollen oder Mädchen massenweise vergewaltigt werden, sie stellen alles in die Medien. Bekennerschreiben werden gleich mitgeliefert. Und wieder ist die westliche „Action-Gesellschaft“ dabei, durch ihre Medien. Die Ursachenanalysen bleiben rar, sensationelle Schlagzeilen gibt's im Überfluss. Damit wir unseren Spaß nicht vermissen, erscheinen gleich darauf die Quiz-Master und die Entertainer auf den Bildschirmen. Und so sorgen eben diese Medien zugleich für die allgemeine Unbekümmertheit der Gesellschaft.

Ein Stolperstein für Opa

Heinrich Lichtwitz aus Jerusalem reiste mit seiner Familie an, um zu erinnern

Von Simon Akstinat

Man denkt normalerweise nicht an junge, fröhlich-dynamische Familien, wenn man einen Stolperstein im Pflaster einer Straße entdeckt.

Auf einem solchen Stein steht der Name von einer Person, die man nicht kennt, und die entweder ermordet wur-

Heinrich Lichtwitz wurde 1939 grade noch in letzter Sekunde vor Kriegsausbruch mit dem Zug aus Hitlers Machtbereich gebracht. Seinen Vater Max Lichtwitz, der den sechsjährigen Heinrich zu seinem Schutz fortschickte, hat er nie wieder gesehen. Er wurde 1942 in Auschwitz getötet.

Die Foners waren ein kinderloses, jü-

Heute kann der Chemiker auf ein erfülltes, erfolgreiches Leben zurückblicken. Seit über fünfzig Jahren ist er glücklich verheiratet mit Judy, einer Israelin, die er in England kennen gelernt hat. Sie haben drei Kinder großgezogen, besitzen ein Einfamilienhaus mit Blumengarten am westlichen Stadtrand von Jerusalem und genießen ihren Ruhestand.

such in Berlin Anfang der sechziger Jahre fiel Foner schwer. „Die meiste Zeit habe ich damals im Zoo verbracht, weil ich die älteren Leute auf der Straße nicht ertragen konnte“, berichtet er. Ständig quälte ihn die Frage, wer wohl Mitläufer oder gar ein SS-Mann gewesen sein könnte.

Von seinem Vater sind Henry Foner nur viele Postkarten geblieben, die die-



Heinrich Lichtwitz ist vom Gedicht seiner Enkelin gerührt.



Gunter Demnig bei der Arbeit.

den oder mittlerweile eines natürlichen Todes gestorben sind.

Umso schöner zu sehen, dass der am 27. März extra aus Jerusalem angereiste Heinrich Lichtwitz, der nun an seinem alten Berlin-Charlottenburger Wohnort in der Kantstraße mit einem Stolperstein geehrt wurde, seine ganze Familie mitgebracht hatte.

Es war daher eine vergleichsweise fröhliche Runde, bei der aber auch Tiefe und Besinnung ihren Platz hatten.

Künstler Gunter Demnig, der Initiator des Stolperstein-Projektes, verlegte geübt insgesamt acht Steine an diesem Vormittag. Der engagierte Sprecher der Stolperstein-Initiative Charlottenburg-Wilmersdorf hielt eine Ansprache. In diesem Berliner Bezirk gibt es besonders viele Steine, denn die Zahl jüdischer Einwohner war hier schon immer höher als im Berliner Durchschnitt.

Herr Lichtwitz, der später den Familiennamen Foner von seiner englisch-jüdischen Pflegefamilie übernommen hatte, war sichtlich ergriffen von musikalischen Einlagen und Gedichten, die seine En-

disches Ehepaar aus Wales. Der kleine Henry nannte sie Tante Winnie und Onkel Morris. Am Anfang fiel die Verständigung schwer. Die Pflegeeltern sprachen kein Deutsch, und Henry konnte kein Englisch. Die Foners nahmen ihn warm-



herzig auf, und er hatte es damit weit besser als viele andere Flüchtlingskinder aus Deutschland, die teils in Pflegeheimen unterkamen oder auch bei Bauern, die sie zu harter Arbeit heranzogen.

Vielleicht kam deshalb für Foner nach dem Krieg eine Rückkehr nach Deutschland nie in Frage. Der Bruder seines Va-

ter alle paar Tage seinem Sohn nach Swansea schickte – solange es noch ging.

Die meisten zeigen bunte Motive von musizierenden Fröschen und niedlichen Teddybären aus dem Märchenwald, wie sie bis in die fünfziger Jahre hinein beliebt waren. Es waren Bilder einer heilen Welt, die im krassen Kontrast zur realen Welt stand, die immer mehr aus den Fugen geriet.

Die Kartensammlung hat Foner unlängst dem Archiv von Yad Vashem überlassen. Israels nationale Holocaust-Gedenkstätte hat sie, versehen mit seiner Geschichte und einer historischen Einordnung, als Buch herausgegeben, das jetzt auch auf Deutsch erschienen ist: „Postkarten für einen kleinen Jungen. To Heini from Daddy“.

„Mein Deutsch ist leider auch später nie zurückgekommen. Selbst als ich später für mein Chemiestudium ein wenig Deutsch lernen wollte, die Sprache der ersten großen Chemiker, bin ich durch den Test gefallen.“

England war seine Rettung. Aber Israel ist seine Heimat geworden. Traurig

ters, Onkel Ludwig, der die NS-Zeit in einem Versteck in Berlin mit Hilfe dessen nicht-jüdischer Ehefrau überlebte, hätte



Eine Rede hielt auch der Charlottenburger Vertreter der Stolperstein-Initiative.



Die Familie Lichtwitz-Foner.

keltöchter für ihn vorbereitet hatten. Seine älteste Enkelin, offenbar vertraut mit dem Schicksal des Großvaters, fiel ihm nach ihrem kleinen Auftritt weinend in die Arme.

das zwar gerne gesehen. Er sehnte sich nach einem Erben, der die von ihm wieder aufgebaute Druckerei, das Traditionsgewerbe der Familie Lichtwitz, hätte übernehmen können. Aber schon der Be-

ist seine Vergangenheit, aber schön seine Gegenwart.

ist seine Vergangenheit, aber schön seine Gegenwart.

(Dank an Inge Günther für die Recherche-Hilfe)

Neusser VHS-Reihe zur Delegitimierung Israels

Von Dagmar Kann-Coomann

Schaden abwenden von seiner Kommune wollte Herbert Napp, Bürgermeister der niederrheinischen Stadt Neuss, als er im Januar kurzerhand eine geplante Vortragsreihe der lokalen Volkshochschule absetzte. Allzu einseitig war die Zusammensetzung von Referenten, die das Thema „Nahost“ ausschließlich aus der Perspektive christlich-muslimischer selbsternannter „Friedensaktivisten“ beleuchten sollten und deren gemeinsamer Nenner die Gewissheit ist, dass die Region ohne Juden ein Paradies wäre.

Im persönlichen Gespräch hatte Michael Szentei-Heise, Verwaltungschef der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf (in Neuss gibt es keine mehr), den Verantwortlichen der Stadt ernste Bedenken vorgetragen angesichts einer Rednerliste, die mit Rolf Verleger, Clemens Ronnefeldt und Vertretern von Rupert Neudecks „Grünhelmen“ sowie vom Evangelischen Missionswerk nichts anderes erwarten lässt als eine üble Kampagne zur Delegitimierung Israels.

Element der Reihe ist zudem die Ausstellung „Haft ohne Anklage“, zusammengestellt von der Marburger Gruppe „Handala“, die in der hessischen Stadt auch bereits die Ausstellung „Nakba“ präsentierte. „Handala“ benennt sich nach der bei Muslimen beliebten Comicfigur des palästinensischen Zeichners Naji AL-Ali, die Gewalt gegen Juden verherrlicht und verhandlungsbereite Araber als schleimige Schnecken zeigt.

Mit klarem Gespür dafür, dass eine öffentlich finanzierte Reihe, die einseitig gegen Israel hetzt, das Zeug zum Skandal hat, kassierte Napp die VHS-Pläne ein und sicherte der Jüdischen Gemeinde

zu, bei einer Neukonzeption beteiligt zu werden.

Am 3. März hob nun der Neusser Kulturausschuss einstimmig (!) Napps Entscheidung auf, lobte den VHS-Leiter Gerhard Heide ausdrücklich für seine umsichtige Themenwahl (!) und ordnete die sofortige Fortsetzung der Reihe an. Dass damit eben jener Schaden eintritt, den der Bürgermeister verhindern wollte, und die Stadt am Niederrhein sich nun mit der Finanzierung und Förderung antisemitischer Ressentiments bundesweit einen Namen macht, nehmen die Ausschussmitglieder dabei in Kauf. Ebenso den Bruch der Zusagen an die Jüdische Gemeinde.

Diese Entscheidung ist vor allem dem Einsatz zweier unermüdbarer Polit-Pensionäre zu verdanken: Hartmut Rohmer, Vorsitzender des Kulturausschusses und Marius Stark, Initiator und Mitorganisator der Reihe. Unter Rohmers Vorsitz hatte der Kulturausschuss Monate zuvor die Reihe durchgewunken. Von Napps Notbremse fühlte er sich persönlich übergangen, inhaltlich steht der SPD-Senior ganz und gar zu der Reihe. Um dies lautstark zu beweisen, war er Gast der ersten und bislang einzigen Veranstaltung, die zeitlich noch vor Napps Veto angesetzt war und deshalb stattfand.

Clemens Ronnefeldt, Anti-Israel-Aktivist vom sogenannten „Internationalen Versöhnungsbund“, referierte dabei in der Neusser VHS die Geschichte „Israels und Palästinas“, illustrierte sie mit Projektionen von notleidenden Arabern und bewaffneten Israelis, schwärmte von den „vertriebenen Menschen in den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten“, die die Schlüssel zu ihren Häusern aufbewahren, die sie im Rahmen der Nakba verlassen

mussten. Rückkehrrecht, ein Ende der „Besatzung“ und offene Boykottaufrufe gegen Israel waren Ronnefeldts Friedensvorschläge, denen der Neusser Kulturausschussvorsitzende Hartmut Rohmer lautstark Ausgewogenheit bescheinigte.

Marius Stark, Grüner und „pax christi“-Aktivist, gehört zu jenen Katholiken, für die der „Nahostkonflikt“ weltweit zu den schlimmsten Krisengebieten gehört, ungeachtet jeglicher Tatsachen, wie etwa der Lebenserwartung im Gazastreifen, die höher ist als in Ägypten und der Türkei. Für ihn existiert längst ein Staat Palästina, wo auch immer und dass die Juden das Wasser rauben, ihre Swimmingpools füllen und den Arabern nicht genug abgeben, davon erzählt er auf Nachfrage recht emotional.

Wie viele Menschen, die genug Geld und Zeit haben, reist Marius Stark gerne, am liebsten dorthin, wo er Menschen trifft, die das gleiche Herzensanliegen umtreibt, nämlich das Ende Israels und die Worte gebrauchen wie „Palästina“, „besetzte Gebiete“, „Freiluftgefängnis Gaza“ oder „Apartheidstaat Israel“.

Unermüdblich aktiv für den Frieden der Araber schreibt er zuhause in Neuss an seinem eigenen Blog, organisiert Reisen nach „Palästina“, hält Vorträge in Schulen, gibt Zeitungsinterviews über seine umfassende, auf Reisen erworbene Kompetenz in Sachen Nahost. Und manchmal organisiert er eben auch eine kleine Reihe für die VHS, fragt seine zahlreichen Freunde, ob sie referieren wollen über ihren Beitrag zum Frieden und die (jüdischen) Hindernisse, die dem im Weg stehen.

Bahman Nirumand, Verharmloser des iranischen Terrorregimes, und Tamar

Amar Dahl, leidenschaftliche Israelhasserin, waren vor zwei Jahren zu Gast in Neuss, als Marius Stark eine erste Reihe zum Thema initiierte.

Hartmut Rohmers Anliegen, seine gekränkte Ehre wiederherzustellen, und Marius Starks leidenschaftlicher Impuls, den jüdischen Staat zu delegitimieren, öffneten am 3. März im Neusser Kulturausschuss nicht nur der einseitigen Hetze gegen Israel Tür und Tor. Sie kündigten auch die Zusagen des Bürgermeisters gegenüber der Jüdischen Gemeinde. Zwar soll die sich auch nach Beschlusslage des Kulturausschusses an der „Ergänzung“ der Reihe beteiligen und drei Referenten benennen. Ob aber Referenten für das nur noch bis Juni laufende Semester überhaupt gewonnen werden können, erscheint mehr als fraglich. Die Referenten Starks dagegen brauchen nur die Streichung bereits zugesagter Termine zu revidieren und alles kann fortgesetzt werden wie geplant.

Zufrieden zeigt sich Stark deshalb am 6. März in einem Beitrag auf dem „Palästina-Portal.eu“ darüber, dass auf seine Kritik hin im Beschluss des Kulturausschusses das Vorschlagsrecht auf Michael Szentei-Heise personalisiert worden sei und nicht mehr die „jüdische Gemeinde“ erwähnt werde: „So hat meine öffentliche Kritik schon dazu geführt das im Beschlusstext nicht mehr der Begriff „jüdische Gemeinde“ auftaucht.“ Für einen wie ihn immerhin ein Triumph. Für die Stadt eben jener Schaden, den der Bürgermeister abwenden wollte.

Dagmar Kann-Coomann lebt in Neuss und ist Kampfsporttrainerin für Kinder, Jugendliche und Frauen.

Von Martin Jehle

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt wendet sich gegen undifferenzierte Kritik an Israel und ist beunruhigt über die Ergebnisse einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Verhältnis zwischen Deutschen und jüdischen Israelis.

Patzelt war Mitte März zu Gast beim Jungen Forum (JuFo) der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. in Berlin. Dabei berichtete er über die Ergebnisse der Studie „Deutschland und Israel heute: Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?“. Der Politiker fasste die Ergebnisse vor den Teilnehmern der Gesprächsrunde zusammen:

„55 Prozent der befragten Deutschen stimmen laut der Studie der Aussage zu, dass heute, 70 Jahre nach Kriegsende, nicht mehr so viel über die Judenverfolgung geredet und endlich ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen werden sollte. Hingegen lehnen dies 85 Prozent der jüdischen Israelis ab. Allgemein haben 36 Prozent der Deutschen eine gute Meinung zu Israel. 48 Prozent haben eine schlechte Einstellung. Unter den 18- bis 29-Jährigen ist es gar über die Hälfte (Wer genau der in Deutschland Lebenden da gemeint ist, verschweigt Bertelsmann). 35 Prozent der befragten Bundesbürger setzen die israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit dem Nationalsozialismus gleich. Die nackten Zahlen sind alarmierend!“

Kommunale Tätigkeit

Patzelt, Jahrgang 1947, gehört dem Bundestag seit der laufenden Wahlperiode an. Im Wahlkreis Frankfurt (Oder)/Oder-Spree errang er 2013 das Direktmandat. Zuvor

war Patzelt zunächst Sozialdezernent und dann von 2002 bis 2010 Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), deren bürgerliches Leben vor dem 2. Weltkrieg maßgeblich von Juden mitgeprägt wurde. Während seiner Zeit „im Rathaus“ engagierte er sich für den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinde, vor allem durch die Integration jüdischer Zuwanderer aus dem Raum der früheren Sowjetunion, und initiierte eine Städtepartnerschaft mit dem israelischen Kadima-Zoran. Höhepunkt dieses Engagements war, wie Patzelt berichtete, die feierliche Übergabe einer neuen Thora-Rolle aus den USA, an der er mitwirken durfte. Dies war das erste Mal nach dem Holocaust, dass eine jüdische Gemeinde in Brandenburg wieder eine eigene Schriftrolle erhielt.

Freiwilligendienst im Seniorenheim

Seit Jahren reist Patzelt zweimal jährlich nach Israel. Einmal, 2013, sogar für drei Monate. Nachdem Patzelt im Jahr 2010 aus dem Amt des Oberbürgermeisters ausgeschieden war, befand er sich eigentlich im Ruhestand. Mit 65 Jahren, Anfang 2013, entschied sich Patzelt, als Freiwilliger in einem israelischen Seniorenheim, dem Siegfried-Moses-Elternheim in Jerusalem, zu helfen. Der Ruheständler suchte sich eine Aufgabe, die sonst vor allem junge Freiwillige im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres, zum Beispiel durch die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF), wahrnehmen. Besonders die Gespräche

mit den deutschsprachigen Bewohnern haben ihn beeindruckt: „Wir Deutschen haben uns durch die Judenverfolgung selbst amputiert.“ Dieser Verlust habe ihn nach Israel geführt.

Christliche Erziehung

Die Beschäftigung mit Jüdischem und dem Holocaust reicht bei Patzelt aber weiter zurück und hat auch familiäre Wurzeln. Aufgewachsen ist Patzelt in der DDR in einer katholischen Familie als eines von 14 Kindern; ein „traditionelles Elternhaus, eine ritualbestimmte Lebenswelt“, wie er es beschreibt, umgeben von einem atheistischen Staats- und Gesellschaftskonzept. In diesem Umfeld hatten ihm seine Eltern schon früh Trauer über den Judenmord vermittelt. „Das Ausmaß der zielgerichteten Vernichtung der Juden war in der DDR nicht im öffentlichen Bewusstsein verankert.“ Durch sein Elternhaus und die kirchliche Bindung kommt Patzelt als Jugendlicher auch mit ASF in Berührung, die trotz deutscher Teilung als gesamtdeutsche Organisation gegründet wurde. So pflegte Patzelt weit vor der friedlichen Revolution jüdische Friedhöfe in Polen. Der Eiserne Vorhang machte es aber unmöglich, dass er nach Westeuropa oder Israel reisen konnte.

Unabhängiger Bundestagsabgeordneter

Die Wahl in den Bundestag kam für Patzelt überraschend, seine Lebensplanung

sah an sich anders aus. Umso unabhängiger kann er nun auftreten. Patzelt formuliert es auf seine Art: „Ich bin bemüht, das zu sagen, was ich meine.“ Die Begrenztheit der Möglichkeiten politischen Handelns als Abgeordneter sei ihm aber auch bewusst geworden. Im Parlament gehört Patzelt unter anderem dem Ausschuss für Menschenrecht und humanitäre Hilfe an.

Durch die zahlreichen anderen Krisenherde im Nahen Osten schwinde der israelisch-palästinensische Konflikt in der Wahrnehmung, so Patzelt. „Das spiegelt sich auch in der Parlamentstätigkeit wider.“ Angesprochen auf die zahlreichen antisraelischen Demonstration im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg im Sommer des letzten Jahres stellte Patzelt fest: „Im vergangenen Sommer waren auf Demonstrationen antisemitische Parolen zu hören. Diese Entwicklungen sind beunruhigend und verdeutlichen, dass Politik und die gesamte Gesellschaft mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um dem wachsenden Antisemitismus, der sich oftmals auch hinter einer undifferenzierten Kritik an Israel versteckt, entgegenzuwirken. Unsere bisherigen Anstrengungen reichten dazu nicht aus.“ Vor dem Hintergrund der von ihm zusammengefassten Bertelsmann-Studie konstatierte Patzelt: „Die deutsch-israelische Freundschaft lässt sich nicht verordnen.“ Aber er versprach, sich für Initiativen einzusetzen welche regelmäßigen Austausch und Begegnungen zwischen Deutschen und Israelis sowie Juden und Nicht-Juden ermöglichen.

Der Bürgermeister von Frankfurt (Oder) in Israel Er leistete Freiwilligendienst wie das sonst nur die Jungen tun

Der Kippa-Flashmob von Hannover

Aktivisten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft setzen ein Zeichen



Monty Maximilian Ott

Am Montag, den 9. März zogen dutzende Menschen durch Hannover, trugen Kippot und setzten sich singend und tanzend für Jüdinnen und Juden in Hannover ein.

Geboren wurde die Idee im Jahr 2012, als der Angriff auf Rabbiner Alter in Berlin stattfand (siehe Seite 12). Vielen war an dieser Stelle klar geworden, dass man nun ein symbolkräftiges Zeichen gegen Antisemitismus setzen muss. So schloss sich eine Handvoll Berliner zusammen und zog durch die sogenannten No-Go-Areas in Berlin. Der Anschlag und die Reaktion zogen damals bereits ein großes Medienecho nach sich, doch bereits kurz nach der Tat verhallten die Stimmen des Aufschreis und es wurde etwas ruhiger um Berlin.

In den zwei darauffolgenden Jahren musste die jüdische Gemeinde in Deutschland noch so einiges ertragen, so unter anderem die unsägliche Beschneidungsdebatte und nicht zuletzt die schrecklichen Gaza-Demonstrationen von 2014. Diese eröffneten erneut die Diskussion über die neuen Formen des Antisemitismus. Doch dazu musste es sehr weit kommen. Während die israelische Armee den Raketenterror der Hamas bekämpfte, zog auf deutschen Straßen der Mob los. In Essen versammelte sich eine Gruppe, die „Allahu Akbar“ als Schlachtruf skandierte und einen Marsch auf die Synagoge begann. Vor der Synagoge konnte die Polizei den wahnhaften Mob aufhalten, doch dabei sollte es nicht bleiben. Denn in anderen Städten fanden sich bereits ebenfalls wütende Menschen zusammen, um gegen den Krieg gegen die Hamas und gegen Israel zu demonstrieren. Nach gewalttätigen Angriffen und nachdem in Berlin „Jude, Jude feiges Schwein. Komm heraus und kämpf allein!“ geschrien worden war, bahnte sich auch in Hannover eine Demonstration an. Dort reagierte die Polizei äußerst schnell und stellte ein umfassendes Konzept auf, damit es nicht zu Ausschreitungen kommen würde. Wogegen die Polizei nicht vorging, waren die wüsten antisemitischen Ausformungen, die die Demonstration annahm. Auf Schildern fanden sich durchgestrichene Davidsterne, Schoa-Relativierungen und -Leugnungen und diverse weitere bildhafte Darstellungen der wahnhaften Fratze des Judenhasses.

Bei dieser Demonstration tat sich eine kleine Gruppe hervor, zu der auch wir, die Initiatoren des Kippa-Flashmobs, gehörten. Ich selbst meldete eine Gegendemonstration an, um dem antisemitischen Mob etwas entgegenzustellen. Gemeinsam mit Sven-Christian Kindler, MdB, und vier weiteren Aktivisten stellten wir uns der 5.000 Personen starken Demonstration

entgegen. Nach wenigen Sekunden traten vermeintliche Zuschauer auf uns zu und versuchten uns die Flagge zu entreißen, die zwei uns zugeordneten Beamten konnten uns nicht schützen. Die Situation eskalierte und ein Demonstrationsteilnehmer löste sich aus dem Block, durchschritt die Polizeikette und sprang mit einem Tritt in unsere Gegendemonstration. Eine Person wurde dabei verletzt und die Gegendemonstranten mussten mit Polizeischutz aus der Innenstadt evakuiert werden.

Im Anschluss taten sich Hannoveraner Landes- und Stadtpolitiker, lokale Rabbiner, politische Aktivisten und engagierte Bürger zusammen, um die Erklärung der Hannoverschen Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus zu verfassen, die bis heute 350 Personen unterzeichnet haben. Im Anschluss daran wurde es erst einmal still um Hannover, doch die Diskussion über den inzwischen unverhohlenen zutage tretenden Antisemitismus wurde nun auch in der Bundespolitik geführt. Dies führte bisher allerdings nicht zur Verbesserung der Situation.

In diesem Jahr fanden die antisemitischen Anschläge dann ihren traurigen Höhepunkt in Paris und Kopenhagen. Und die Diskussion von 2014 wurde wieder aufgenommen. Dies führte auch dazu, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland seine Warnung erneuerte in den sogenannten No-Go-Areas Kippa nicht öffentlich zu tragen bzw. sich als Jude erkennen zu geben.

Seit 2014 sind Kippot äußerst selten im Stadtbild Hannovers und das trotz vier großer Gemeinden (Jüdische Gemeinde, Liberale Jüdische Gemeinde, Chabad, Sephardisch-Bucharische Gemeinde). In Gesprächen mit Mitgliedern dieser Gemeinden stellte sich heraus, dass bereits viele für das Tragen kleinerer jüdischer Symbole, meistens in Form von Halsketten, Angriffe erdulden mussten. Aus der israel-solidarischen Szene in Hannover gab es ähnliche Erfahrungen zu berichten. Wir, die drei Initiatoren des Flashmobs, haben ambivalente Gefühle hierzu, was unter anderem daran liegt, dass wir drei seit fast einem Jahr dauerhaft Kippa tragen, ohne sie unter einem Hut oder einer Kappe zu verstecken. In dieser Zeit gab es Anfeindungen, Stigmatisierung, aber auch klaren Zuspruch. Doch man muss immer bedenken, dass bereits ein Wahnsinniger reicht, um eine ganze Gemeinschaft in Angst zu versetzen.

Doch gab es noch weitere Gründe, die auf die Entscheidung des Organisationsteams einwirkten, so die Erfahrungen in der Jugendarbeit der Liberalen Jüdischen Gemeinde. Dort erzählten die Jugendlichen, mit welchen Ängsten und Angriffen sie in ihren Schulen konfrontiert sind und wie diese Ereignisse auf sie einwirken. Es gab Erzählungen von Lehrern, welche vor jüdischen Schülern antisemitische Stereotype ausbreiteten, oder von dörflichen Gegenden in denen es regelrechte Hetzjagden gab. Die Situ-

ation ist also äußerst ernst und es sollte eine Aktion werden, die Jugendliche für ein positives, selbstbewusstes Judentum begeistert. Die wiederholte Warnung des Zentralratsvorsitzenden waren dann der spontane Auslöser und wir meldeten den „Kippa-Walk“ an. Innerhalb kürzester Zeit wurde ein enormes Presseinteresse geweckt und das Telefon stand nicht mehr still. Während wir damit beschäftigt waren, alles nötige für eine gute Demonstration zusammenzusuchen, wurden inländische wie ausländische Medien auf uns aufmerksam. Die Liste der deutschsprachigen Radio- und Fernsehinterviews erstreckt sich, um nur einige namenhafte zu nennen, von ffn und Radio Bremen über ZDF bis zum NDR.

Um 19.00 Uhr erwarteten wir dann am Montag die Teilnehmer, von denen sich 70 auf dem Steintorplatz zusammenfanden. Dazu zählten Vorsitzende und Mitglieder jüdischer Gemeinden, Landtagsabgeordnete und Stadtpolitiker von CDU, FDP, Grüne und SPD und dutzende engagierter Bürger, wel-

stehen, manche begannen zu lachen und wollten Solidarität bekennen, andere schienen nicht zu wissen, wie sie damit umgehen sollen. Während ihnen Verwirrung und Fassungslosigkeit ins Gesicht geschrieben war, wurde über das Megafon verkündet, warum dieser Kippa-Spaziergang stattfindet. Im Anschluss zog die Gruppe dann über Hannovers meistfrequentierte Straße, die Bahnhofstraße, hinunter bis zum zentralsten Platz, dem Kröpcke. Dort fand dann die Abschlusskundgebung statt, doch damit sollte die Aktion noch nicht enden. Denn sobald der Lautsprecher des Organisationsteams verhallt war, gab es einen schnell wachsenden Zirkel, der über eine weitere halbe Stunde sang und tanzte.

„Nach dem Walk ist vor dem Walk“, war den Veranstaltern schnell klar. Die Aufmerksamkeit war immens und der Eindruck, der hinterlassen wurde, scheint positiv. Es scheint, dass das einzige Mittel um mehr Menschen zu begeistern ein offensiverer Umgang mit der Öffentlichkeit ist. Das bedeutet, dass es öfter zu öffentlichen Aktionen kommen wird, um



Die DIG Hannover marschiert fröhlich mit Kippa durch Hannover.

che durch Medienvertreter umringt wurden. Für diejenigen, die keine Kippa besitzen, hatten wir ein ganzes Bündel dabei und verteilten diese. Nach einer Auftaktrede und einer kurzen Ansprache von Michael-Hans Hönts, MdL, setzte sich die Demonstration mit musikalischer Begleitung durch jüdische Klassiker in Bewegung. An diesem Abend dröhnten durch Hannovers Innenstadt Adon Olam, Hora und neueste Beats aus Tel Aviv. Die Gruppe begann keinen Trauermarsch, sondern begann zu tanzen, zu lachen und zu klatschen. Mit der Polizei war vereinbart worden, dass diese keine Kette bilden würde, sondern der Demonstration in Abstand folgen würde. Es sollte Offenheit und Lebensfreude gezeigt werden, Menschen dazu angeregt werden ins Gespräch zu kommen und sich anzuschließen. Und dies schien zu funktionieren, wuchs der Demonstrationzug doch noch um ein dutzend Menschen an.

Auf dem Bahnhofsvorplatz blieben die Teilnehmer stehen. Gemeinsam wurde Am Yisrael Chai angestimmt und ein Hora-Kreis gebildet. Passanten blieben

auf die dramatische Lage hinzuweisen, die eben auch in Hannover vorherrscht. Denn in dieser Stadt ist nicht nur der islamistische Verein „Schlüssel zu Paradies“ sehr aktiv, in dieser Stadt wurde ebenfalls die jüdische Tanzgruppe bei einem öffentlichen Auftritt von arabischen Jugendlichen mit Steinen beworfen und Tag für Tag müssen die Mitglieder jüdischer Gemeinden mit Ausgrenzung und Stigmatisierung leben.

Viele Menschen konnten nun für wenige Stunden erfahren, wie es ist eine Kippa zu tragen, sie konnten die Blicke der Passanten sehen. Doch am Montag Abend war es eine große Gruppe, was nur einen Ausblick dafür geben kann, wie es ist, wenn man als Einzelperson diese, meist negative, Form der Aufmerksamkeit bekommt. Aus eigener Perspektive muss ich gestehen, dass ich es manchmal vergesse, dass ich sie aufhabe, doch meine Mitmenschen erinnern mich immer wieder daran, dass ich sie trage. Wer sich dazu bereit erklärt, öffentlich Kippa zu tragen, der muss Selbstbewusstsein haben und sich zu wehren wissen.

„Davon sind die Linken nie frei gewesen“

Die „Linksjugend-Solid“ meldet in Essen gewaltbereite und antisemitische Demos an

Von Richard Diesing

Der Antisemitismus-Experte Alex Feuerherdt sprach mit uns über die anti-israelischen Kundgebungen in NRW im vergangenen Sommer und über Antisemitismus in der linken Szene.



Der Zentralrat der Juden warnt davor, in einigen Vierteln Berlins eine Kippa zu tragen. Gibt es diese Viertel auch in NRW?

Es ist insgesamt wahrscheinlich nicht ganz so dramatisch wie in einigen Stadtbezirken Berlins, aber ich würde mich mit einer Kippa auf dem Kopf nicht unbedingt durch alle Teile von Köln trauen. Ich bin auch schon wegen einer Israelfahne richtig aggressiv angemacht worden. Mit den entsprechenden Symbolen ist es nicht überall leicht.

Ist der Boom von „israelkritischen Demos“ in NRW größer als anderswo? Vor allem letzten Sommer?

Er ist insgesamt, auch bedingt durch die größere Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens, vermutlich größer als woanders. Das liegt aber auch daran, dass schon in der Vergangenheit einige dieser „israelkritischen“ Demonstrationen von der Linkspartei oder einer ihrer Untergliederungen, etwa der „Linksjugend Solid“, mitorganisiert worden sind. Der NRW-Landesverband ist einer, der in Bezug auf Israel besonders zweifelhafte Positionen hat. Beispielsweise organisierte die „Linksjugend Solid“ in Essen die Pro-Gaza-Kundgebung. Nebenbei bemerkt finde ich diese Bezeichnung letztlich falsch. Es geht dabei nicht um Pro-Palästina oder Pro-Gaza, sondern immer um Anti-Israel.

Wie haben Sie denn die Demonstration in Essen erlebt?

Ich habe auf einer Kundgebung für Israel, auf der sich vielleicht 180 Leute befanden, einen kurzen Redebeitrag gehalten. Kurz bevor die Kundgebung zu Ende gehen sollte, hörte man schon in einiger Entfernung Teilnehmer der Anti-Israel-Kundgebung. Dann ist die Kundgebungsleitung von der Polizei dazu aufgefordert worden, möglichst schnell die Kundgebung zu beenden und das Weite zu suchen, weil ja jetzt die Gegendemonstranten kämen. Das hat die Kundgebungsleitung zum Glück nicht getan – wäre die Versammlung abgebrochen worden, wären wir den anti-israelischen Demonstranten schutzlos ausgeliefert gewesen. Stattdessen hat sie darauf bestanden, die Kundgebung zu Ende zu führen. Daraufhin hat es die Polizei mit ganz knapper Not geschafft, uns vor den einigen hundert der ursprünglich 3.000 Teilnehmern der Demonstration der Linksjugend Solid, die zu uns zogen, zu schützen. Sie waren extrem aggressiv und eindeutig gewaltbereit. Ich habe schließlich zwei Stunden lang in einem Polizei-

kessel gestanden und heftigste Parolen gehört. „Adolf Hitler“, „Kindermörder Israel“, „Schieß Juden, wir kriegen euch“ und so weiter. Es sind Gegenstände auf uns geworfen worden, es sind Hamas-Fahnen und Fahnen des IS geschwenkt worden. Es sind Plakate gezeigt worden, auf denen „Angeblich früher Opfer – heute selber Täter“ stand. Ich habe mich gefühlt wie auf einem Protest gegen eine Nazi-Kundgebung, auch wenn das keine klassischen Nazis gewesen sind, sondern ein überwiegender Teil dieser Leute einen islamistischen Hintergrund hatte. Das war an den Parolen zu hören, das war an den Fahnen und den Transparenten zu sehen. Die kamen alle von der Kundgebung, die von der „Linksjugend Solid“ organisiert worden ist. Da ist von den Linken mit Islamisten gemeinsame Sache gemacht worden.

Antisemitismus bei den Linken? Vergangenheit oder hochaktuell?

linksjugend ['solid] nordrhein-westfalen

Es ist weiter aktuell geblieben. Klar, es gibt seit Jahren eine Auseinandersetzung um das Thema Israel, um das Thema Antisemitismus und um das Thema Nahost. Da hat sich auch das eine oder andere getan, es hat Spaltungsprozesse gegeben. Zum Glück, muss man sagen. Es hat sich eine Strömung ausdifferenziert, die klar pro-israelisch und pro-amerikanisch ist. Man merkt aber, dass immer, wenn Israel einen Krieg zu führen gezwungen ist, nicht geringe Teile der Linken weiterhin „antiimperialistisch“ (da allerdings auch längst nicht gegen alle Imperien), antizionistisch und antisemitisch sind.

Woher rührt denn dieser Antisemitismus? In der DDR war Antizionismus Staatsdoktrin, aber was bewegt junge Leute in der linken Szene, die sich oftmals von der DDR distanzieren, zu solch einem rigorosen Antizionismus beziehungsweise Antisemitismus?

(lacht) Über das Thema könnte man einen ganzen Vortrag halten. Kurz gesagt, rührte der linke Antisemitismus letztlich von einem ganz falschen Verständnis von Kapitalismus her. Einem Verständnis, das zwischen sogenanntem raffenden und schaffenden Kapital trennt, wie Rechtsextreme es auch tun. Dieser regressive Antikapitalismus geht jedem Ressentiment auf den Leim, das es in diesem Zusammenhang gibt. Ein weiterer Grund ist der schreckliche uralte linke „Antiimperialismus“, der in Israel den Brückenkopf im Nahen Osten und den Verbündeten der USA sieht. Er sieht Israel als imperialistischen Staat, der „eingeborene“ arabische Völker unterdrückt, in erster Linie die Palästinenser. Damit bietet sich natürlich in Form der sogenannten Israelkritik der

Antisemitismus in einer politisch scheinbar korrekten Form an. Sie reproduzieren genau dort den Antisemitismus, in Form der sogenannten Israelkritik, wie er in der Gesellschaft mehrheitsfähig ist. Dabei ist die Verwandtschaft zwischen dem israelkritischen Antisemitismus und dem klassischen Antisemitismus unübersehbar. Der Punkt ist letztlich: Früher hat man gegen „den Juden“ gehetzt. Heute, nach Auschwitz, hetzt man nicht mehr gegen „den Juden“, sondern gegen Israel als den „Juden unter den Staaten“, wie es der Historiker Léon Poliakov einmal gesagt hat.

Ein Großteil der antisemitischen Straftaten wird von Rechtsextremen verübt. Wird Antisemitismus unter Linken und unter Islamisten nicht überschätzt?

Das Problem dabei ist, dass man es sich zu leicht macht, wenn man nur von den Straftaten ausgeht. Es mag schon sein, dass Straftaten wie körperliche Angriffe und Friedhofsschändungen nach wie

mer die gleiche Meinung bei einem Konflikt haben...

In der Regel zielt diese vermeintliche Kritik auf eine Delegitimierung und auf eine Dämonisierung Israels ab. Es geht letzten Endes nicht darum, was Israel tut oder lässt, sondern darum, dass es Israel gibt. Egal, was Israel tut, ob es nun die Hamas am Boden bekämpft, ob es eine Blockade errichtet, ob es Hamas-Führer gezielt ausschaltet oder die Tunnel zuschüttet – stets heißt es, das sei unverhältnismäßig. Genau diese Behauptung verweist darauf, dass sich Israel eigentlich überhaupt nicht verteidigen soll. Vordergründig sagt man zwar, Israel habe ein Existenzrecht, aber sobald es um konkrete Maßnahmen zur Selbstverteidigung geht, heißt es immer sofort, das gehe jetzt aber zu weit. Wenn man die Leute dann fragt, wie ihrer Ansicht nach eine verhältnismäßige Antwort auf den Raketenterror der Hamas auszusehen hätte, bekommt man in der Regel keine Antwort. Israel soll wehrlos sein, sich seinen Feinden tatenlos ergeben. Hieran sieht man, dass die großmütige Beteuerung, Israel habe ein Existenzrecht, nichts wert ist, wenn es sich im konkreten Fall nicht beweist.

Und was kann man auf solche Aussagen erwidern?

Man muss ganz klar darauf bestehen, dass Israel das Recht hat, militärisch Schritte gegen den antisemitischen Terror zu unternehmen. Das Land hat es mit Feinden zu tun, die es von der Landkarte radieren wollen. Aufklärung ist richtig und wichtig, um Leute zu erreichen, die noch nicht völlig vernagelt sind. Außerdem muss man ideologiekritisch herausarbeiten, was die Hintergründe der „Israelkritik“ sind und inwiefern diese vermeintliche Kritik das moderne antisemitische Ressentiment darstellt. Man muss die „Israelkritiker“ damit konfrontieren, um sie im günstigsten Fall dazu zu bringen, dass sie sich ein bisschen vor sich selbst erschrecken. Das ist sehr mühselig und führt oft genug zu gar nichts, aber eine Alternative sehe ich nicht. Man muss einfach verdeutlichen, was die Konsequenz dieser Art von Ressentiment ist.

Gibt es positive Beispiele in der linken Szene und in NRW?

Es gibt einzelne Gruppierungen die eine sehr gute Arbeit machen. Diese Gruppen organisieren Veranstaltungen, setzen sich mit Antisemitismus auseinander und versuchen immer wieder, aufklärerisch und kritisch zu wirken. Sie versuchen, die Spaltung der Linken zu vertiefen, und es ist einfach extrem wichtig, diese selbsternannten israelkritischen Gruppierungen da anzugreifen, wo sie sich äußern und sich auf die Seite von Gruppierungen wie Hamas und Fatah schlagen. Doch wenn man sich ansieht, wie groß die antiisraelischen Kundgebungen im Sommer waren und wie klein dem gegenüber die pro-israelischen Kundgebungen, weiß man letztlich, auf wessen Seite die Mehrheit hier steht. Das, was von pro-israelischen Gruppierungen kommt, ist zwar einerseits sehr schätzenswert, aber andererseits leider letztlich die Sache einer kleinen Minderheit.

Alex Feuerherdt (45) ist freier Autor und lebt in Köln. Er schreibt regelmäßig für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften zu den Themen Antisemitismus und Nahost, unter anderem für die Jüdische Allgemeine und den Tagesspiegel.

Ist Kritik an dem Vorgehen Israels per se antisemitisch? Man muss ja nicht im-

„Der Islam gehört zu Deutschland“

Das Judentum wird zu Deutschland gehört haben - eine Glosse

Von Nathan Warszawski

Tagesschau vom 27. Februar 2015:

Radio-Reporter Andreas Neumann sagt, es gebe Berichte über einen Zugriff der Polizei, die Polizei halte sich dazu bedeckt. In Bremen seien viel mehr Polizisten zu sehen als sonst. Viele von ihnen seien mit Maschinenpistolen bewaffnet. Vor allem die Synagoge und die jüdische Gemeinde würden geschützt. Die (nicht-jüdische) Bevölkerung sei nicht gefährdet.

Medien und Politiker vermitteln, dass die Deutschen ein freundliches Volk seien, das gerne seinen abendländischen und christlichen Werten nachkommt und Flüchtlinge willkommen heißt. Wenn der freundliche Deutsche das Wort „Flüchtling“ hört, dann denkt er sofort an einen Moslem. Der freundliche Deutsche weiß, dass Flüchtlinge neben Flucht und Rassismus auch andere schwere Schicksalsschläge hinter sich haben und somit unter die Opfer fallen. Dem aufnahmefreudigen Deutschen ist eingetrichtert worden, dass Opfer keine Täter sind.

Somit sind Muslime in Deutschland keine Täter und keine Rassisten.

Dies gilt nicht für Juden, die früher einmal Opfer gewesen sind. Heute sind Juden Täter und Rassisten, es sei denn, sie distanzieren sich von Israel und vom Zionismus. Erst dann dürfen sie Opfer sein.

Mit dieser logischen Polemik kommen wir den wahren Hintergründen der deutschen Islam-Ablehnung keinen Schritt näher. Der Vergleich von Muslimen mit Juden, der gerne von Islam(isten) verstehern angeführt wird, führt zu unauf löslichen Widersprüchen, an denen selbst höchstbezahlte hauptstädtische Antisemitismus-Forscher jenseits ihrer Emeritierung verzweifeln. Wir brauchen stattdessen ein gar nicht neues Gebiet zu betreten:

Wir stellen dem abendländisch-christlichen den morgenländisch-islamischen Antisemitismus gegenüber.

Bis zum 19. Jahrhundert hassten die Christen Europas die Juden, weil die Juden den christlichen Gott gekreuzigt hatten. Es waren zwar die Römer, doch diese wurden katholisch und somit frei von Schuld.

Auf dem Boden des Volks-Antijudaismus gedieh anschließend der rassistische Antisemitismus. Nach dem Bekanntwerden des Holocausts wurde es unschicklich, sich zum Antisemitismus oder Antijudaismus offen zu bekennen. Glücklicherweise entstand damals der Judenstaat Israel als wunderbarer Hassersatz, der sich politisch korrekt Antizionismus nannte und nichts mit dem Antisemitismus zu tun hatte, außer dass die Hassobjekte die selben Juden waren. Der Judenstaat war so zierlich, dass die Welt zu Recht hoffen konnte, dass ihn die arabischen Nachbarn schnell zerstören würden, die Hitlers Werk mit neuer Lust vollenden wollten. Aus irgendwelchen nicht nachvollziehbaren Gründen gingen die Juden als Sieger hervor. Zwei Kriege später besiegten die Juden erneut die von NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten hochgerüsteten arabischen Armeen. Das läutete das Ende des europäischen Wohlwollens und Verständnis Juden gegenüber ein. Der alte Antisemitismus/Antijudaismus begann in Europa unter dem Namen des Antizionismus zu sprießen. Die besiegten muslimischen Araber wurden zu Opfern stilisiert, die somit zu Nicht-Tätern aufstiegen.

Zuerst langsam, nun immer schneller, dringen viele Araber und Muslime in das europäische Bewusstsein ein, was den indigenen Europäern trotz staatlich und kirchlich verbreiteten Sonntagsreden missfällt. Gleichzeitig fällt die Zahl der europäischen Juden dramatisch, sodass sich die Bundesregierung entschließt, aus der zerfallenen Sowjetunion Juden in Form von Kontingentflüchtlingen zu importieren. Damit wird das Bild Deutschlands in der Welt aufpoliert und gleichzeitig dem Zustrom russischer Juden nach Israel als zukünftige Zionisten ein Riegel vorgeschoben. Die wenigen Juden in Deutschland spielen mit, da hohe finanzielle Zuwendungen winken. Die meisten Kontingentflüchtlinge aus dem Osten entpuppen sich als Nichtjuden, die Russland entfliehen wollen, sodass die Gesamtzahl der Juden in Deutschland von 300.000 auf ein Drittel sinkt.

Die Muslime Europas und Deutschlands gewinnen mit der Zahl und mit der Zeit ihr Selbstvertrauen zurück, das sie bei der Flucht aus ihrer Heimat verloren haben. Sie fordern die Respektierung ihrer Sitten und Kultur ein, wozu neben geschlechtsgetrennten Schwimmbädern und schwarzen Überzügen der islamische Antisemitismus gehört. Dieser unterscheidet sich inhaltlich in Nichts vom modernen abendländischen Antizionismus. Lediglich die Worte „Jude“, „Israeli“ und „Zionist“ werden von Muslimen inkorrekt verwechselt. In Deutschland beherrscht der türkische den islamischen Antisemitismus. Auf ihren Webseiten verstärkt das türkische Religionsministerium auf Türkisch die Resentiments auf Juden, was in Deutschland in den türkischen DITIB-Gemeinden und -Moscheen, dem verlängerten Arm des türkischen Religionsministeriums, über aus der Türkei importierte Imame auf offene Türkisch verstehende Ohren stößt. Zuweilen sucht der Erste Türke Deutschland auf. Was er auf deutschem Boden über Juden sagt, soll Staatsgeheimnis bleiben. So sichert die von deutschen Behörden wohlwollend tolerierte antisemitische Hetze aus der Türkei deutschen Sozialarbeitern mit und ohne Migrationserfahrung, die gescheiterte Kinder mit türkischem Migrationshintergrund aufmuntern, ihre schlecht bezahlten Stellen.

Zu alledem tauchen zusätzlich gewaltbereite Islamisten auf, die die Rolle der Spielverderber übernehmen. Die nicht gewalttätigen Muslime, ob Antisemiten oder nicht, versuchen mit aller Gewaltlosigkeit, sich von Islamisten zu distanzieren. Sie versteigen sich dazu zu behaupten, dass Islamisten den Koran, das heiligste Buch des Islams, falsch interpretieren, oder schlimmer noch, dass Islamisten keine Muslime sind.

Die Grenzen zwischen gewöhnlichen und fundamentalistischen Muslimen ist fließend. Fundamentalistische Muslime sind Islamisten, wenn auch nicht notwendigerweise gewaltbereit. Juden und Muslime verfügen über viele

Gemeinsamkeiten. Eine wichtige Gemeinsamkeit, die die hier besprochene Problematik angeht, ist der Selbsthass. Es gibt selbsthassende Juden und es gibt selbsthassende Muslime. Die selbsthassenden Juden konzentrieren ihren Hass auf Juden, während die selbsthassenden Muslime ihren Hass auch gegen Christen und Juden anwenden, von Vielgöttern verehrenden Heiden ganz zu schweigen. Gewaltanwendende Islamisten interpretieren den Koran falsch, genauso falsch wie selbsthassenden Juden die Thora, jedoch sind die gewaltanwendenden Islamisten immer Muslime, und zwar selbsthassenden Muslime, die zu allererst anderen Muslimen schaden, dann jedoch auch Anhänger anderer Religionen köpfen und kreuzigen oder zeitlich andersherum. Selbsthassende Juden sind diskussionslos Juden.

Selbsthassende Juden sind für Nichtjuden ungefährlich. Insbesondere pazifistische Antizionisten, also Antisemiten, laden die selbsthassenden Juden gerne zu Vorträgen ein und zeichnen sie in der Kaiserstadt Aachen mit wertlosen Preisen aus, um nicht als Antisemiten (sic!) zu gelten. Muslime laden selbstverständlich selbsthassende Juden nicht zu Vorträgen ein und zeichnen sie nicht mit Preisen aus, da Muslime zu Recht unfähig sind, die feinen religiösen Unterschiede zwischen den verschiedenen Judenarten zu erkennen.

Folglich sind muslimische Antiislamisten ebenfalls selbsthassende Muslime,

da Islamisten eindeutig Muslime sind. Muslimische Antiislamisten werden sich somit gerne von pazifistischen Antizionisten zu Vorträgen einladen und sich mit wertlosen Preisen in der Kaiserstadt auszeichnen lassen, was bisher leider allzu selten geschieht. Wie es aussieht, kommunizieren antiislamistische Muslime nun auch mit antizionistischen und anderen leitenden Juden, deren Einstellung zum Judenstaat nicht eindeutig ist.

Aus dem Geschriebenen wird ersichtlich, dass es unter Muslimen muslimischen Antisemitismus gibt, unabhängig davon, ob sie gewaltbereit sind oder nicht und ob sie Islamisten oder keine Islamisten sind. Die Wahrscheinlichkeit, dem Antisemitismus zu frönen, steigt steil vom gewöhnlichen Muslim über den Salafisten zum gewalttätigen Islamisten. Gewalttätige Islamisten sind zu 100% Antisemiten, ansonsten sie in keinem Islamisten-Verein aufgenommen werden. Diesen Umstand sollen indigene antizionistische Pazifisten zur friedlichen Beseitigung von Gefahren zum Wohle für Nichtjuden auf deutschem Boden nutzen. Sie sollen sich nicht nur mit moderaten antisemitischen Muslimen zusammenschließen, sondern auch mit Salafisten und letztendlich mit Islamisten. Die CSU befürchtet zwar, dass eine jüdische Auswanderungswelle dem internationalen Ansehen Deutschlands schwer schaden könnte, doch diese unbegründete Befürchtung sollte dem ewigen Frieden mit Islamisten untergeordnet werden.



GREGORY'S
JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregory Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere haus-eigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel. 030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Linkspartei gegen Netanjahu

Die Feindbilder der umbenannten SED haben sich so wenig geändert wie ihr Personal

Von Maximilian Breitensträter

Es sind Zahlen, die beeindrucken und zugleich wenig bekannt sind. Doch nur, wenn man sie kennt, versteht man wie sehr die Geschichte die Gegenwart bestimmt.

Die SED benannte sich zuerst in PDS und zuletzt in „Die Linke.“ um. Zur Zeit dieser Umbenennung der PDS in „Die Linke.“ im Juni 2007 waren von 60.000 Parteimitgliedern sage und schreibe rund 55.000 bereits Mitglied der SED, also knappe zwei Jahrzehnte nach der Wende noch über 90 Prozent.

Eine Honecker-Mielke-Vergangenheit haben mitnichten nur die ostdeutschen Mitglieder dieser Partei – der westdeutsche Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag beispielsweise, Willy van Ooyen, ging mitsamt seiner Kleinpartei „Deutschen Friedensunion“ 1989 pleite. Der Hesse ist nur einer von vielen westdeutschen SED- und Stasi-Einflussagenten im Westen, deren Millionen-Sponsoring aus der DDR plötzlich versiegte und die sich heute in der Linkspartei wiederfinden.

Der wenig informierte Bürger fiel auf den zweimaligen Namenswechsel herein und so wird die Linkspartei heute oft nicht mehr als die Partei wahrgenommen, die Leute an der Mauer erschießen bzw. ertrinken ließ und den größten Spitzelapparat der Menschheitsgeschichte aufbaute, sondern als die etwas „forscher Variante der SPD“.

„Regierungsrasismus“. „Neue kriegerische Auseinandersetzungen“. „Klare Absage an eine Zwei-Staaten-Lösung“. „Schamlose Bereicherung der Eliten“. So hört es sich an, wenn ein Mitglied dieser deutschen Linkspartei heute das Ergebnis der jüngsten Parlamentswahlen in Israel und den Sieg des alten wie neuen Premierminister Benjamin Netanjahu und seiner Likud-Partei kommentiert. Und Wolfgang Gehrcke, Vizevorsitzender und außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, hat auch gleich noch ein paar gute Ratschläge für die Bundesregierung parat: „Die Bundesregierung darf jetzt keinen Zweifel daran lassen, dass sie eine solche Politik nicht nur kritisiert, sondern sie muss deutlich machen, dass eine solche Politik Israel weiter in die Sackgasse führt und nicht als Grundlage für die Bemühungen zur Lösung des Nahost-Konflikts akzeptiert wird.“

Was sich im Einzelnen alles Schändliches hinter einer „solchen Politik“ verbirgt, verschweigt Gehrcke in seiner Pressemitteilung geflissentlich. Völlig eindeutig ist hingegen die Botschaft: Die deutsche Linke hat das Patentrezept für die Lösung des Nahost-Konfliktes in der Tasche und weiß selbstverständlich auch, was am besten für die Israelis ist. Dass sich viele der israelischen Wähler auch bei diesen Parlamentswahlen ganz bewusst und demokratisch für Netanjahu und eine starke konservative Regierung entschieden haben, weil sie finden, dass eine selbstbewusste Politik, die sich auf die von vielen Seiten bedrohte Sicherheit ihres Landes fokussiert, Priorität haben sollte, ist für deutsche Linke nicht akzeptabel. Hauptsache, die „antiimperialistischen“ Feindbilder stimmen: Hier die böse, kriegsgeile, rechte israelische Regierung, die nichts lieber täte, als den Israelis palästinensischer Abstammung von heute auf morgen das Staatsbürgerrecht zu entziehen und den Iran zu bombardieren und

dort die schwachen Palästinenser in Gaza und Westjordanland, die schon seit Jahren von der „Besatzung“ unterdrückt werden und nach Frieden dürsten.



Alte Liebe rostet nicht: Diese Achse besteht noch heute.

Dass die Realität mit einem solchen Schwarz-Weiß-Bild freilich wenig gemein hat, versteht sich für einen kritisch denkenden Menschen von selbst. Aber der linke Internationalist Gehrcke, der in der Vergangenheit immer wieder das Recht Israels auf Selbstverteidigung abgestritten hat, weiß, wie eine „friedliebende“ Politik in Nahost auszusehen hat: Im Rahmen der Initiative des Menschenrechtsausschusses des Bundestages „Parlamentarier schützen Parlamentarier“, setzt sich Gehrcke seit einigen Jahren für den in Israel inhaftierten Palästinenser Marwan Barghouti ein. Wohl gemerkt geht es bei der Initiative darum, dass sich Bundestagsabgeordnete weltweit für Abgeordnete einsetzen, die in ihren Heimatländern wegen kritischer Meinungsäußerungen verfolgt werden. Der leidenschaftliche Antisemit Barghouti hingegen war Anführer der Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden und wurde 2004 von einem israelischen Gericht zu fünfmal lebenslanger Haft verurteilt, weil er an mehreren Mordanschlägen sowie an Terroraktionen beteiligt gewesen sein soll. Mit der parlamentarischen Unterstützung mehr als fragwürdiger Personen steht Gehrcke innerhalb der Linken keineswegs alleine da.

Seine Abgeordnetenkollegin, Annette Groth, die mehrfach bei Hamas-Solidaritätsveranstaltungen in Deutschland aufgetreten ist, macht sich für die palästinensisch-israelische Politikerin Hanin Zoabi stark. Zoabi wurde die parlamentarische Immunität entzogen, weil sie an der sogenannten „Gaza-Friedensflotte“ im Jahr 2010 teilgenommen hatte und einem jüdischen Staat Israel wiederholt das Existenzrecht abgesprochen hatte. Die Liste von derartigen Ausdrücken „antiimperialistischer“ Solidarität und Vorfällen offen vorgetragener Israel-Feindschaft innerhalb der Linkspartei könnte noch lange fortgesetzt werden. Von einer neuen, kritischen Linken, die sich mit der eigenen antizionistischen Tradition auseinandergesetzt hat und Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson ohne Wenn und Aber anerkennt, kann jedenfalls nicht gesprochen werden. Auch wenn Einzelpersonen wie Parteichef Gregor Gysi oder innerparteiliche Gruppierungen wie der „Bundesarbeitskreis Schalom“ immer wieder versucht haben, das manichäische linke Nahost-Bild zurechtzurücken und für einen anderen Umgang mit Israel zu werben, bleiben antizionistische

Betonköpfe wie Wolfgang Gehrcke oder Annette Groth in einflussreichen Positionen. Sie brauchen auch in Zukunft nicht um ihre Parteimitgliedschaft und

Posten fürchten: Antizionismus und Israelfeindschaft sind in der Parteilinie ebenfalls mehr oder weniger latent verbreitet. Aussagen wie die des Linken-Bezirksvorstandsmitglieds aus Hamburg-Wandsbek, Günter Busse, sind dabei durchaus repräsentativ. Mit Blick auf Netanjahus Wiederwahl schreibt Busse in der Meinungsspalte der alten wie neuen

Parteizeitung „Neues Deutschland“ (in dessen Gebäude am Berliner Ostbahnhof auch Stasi-Veteranenverbände wie ISOR ihren Sitz haben) im Internet: „In seiner (Netanjahus) Position und Rolle kristallisiert sich der aggressive Zionismus und die aggressive US-Kriegspolitik.“

Die Linke und das SED-Erbe

Das gestörte Verhältnis, das die Linke seit ihrer Gründung zum jüdischen Staat hat, ist struktureller Natur und lässt sich auch aus der SED-Tradition der Partei ableiten. Denn obwohl sich die Linke nach langen internen Debatten schließlich dazu durchgerungen hat, die DDR offiziell als einen „Unrechtsstaat“ (ein verharmlosender Begriff für „Diktatur“) zu bezeichnen, verteidigt sie den angeblichen „Antifaschismus“ der SED bis heute. „Besser ein verordneter Antifaschismus als gar keiner“, wie es Michael Schumann, langjähriges SED-PDS-Mitglied einmal formulierte. Der zum Staatsfetischismus mutierte „Antifaschismus“ diente im Inneren der DDR dazu, Opposition schon im Keim zu ersticken. Mit Blick auf Israel nutzte die SED das Schlagwort zur Abwehr jedweder Restitutionsforderungen. Aus dem „Antifaschismus“ erwuchs keinerlei besondere Verpflichtung für die Juden und ihren neu gegründeten Staat. Schließlich galten in der „sozialistischen“ DDR der Faschismus und damit der Antisemitismus auf alle Zeit für beseitigt. Das musste als „Wiedergutmachung“ ausreichen. Die Rechtsnachfolge des Dritten Reiches und alle sich daraus ergebenden Verantwortungen sollte allein die Bundesrepublik übernehmen.

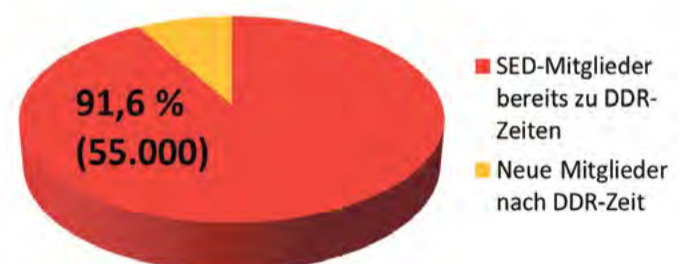
Auch zur Verunglimpfung des jüdischen Staates als „Speerspitze des Imperialismus“ und zur Unterstützung besonders israelfeindlicher arabischer Regime wie die des Diktators Hafiz Al-Assads in Syrien oder Gamal Abdel Nassers in Ägypten nutzte die SED das „antifaschistische“ Credo. Israel und der Zionismus als Nationalstaatsbewegung des jüdischen Volkes wurden im SED-Sprachegebrauch

zu Synonymen für Aggressivität und Expansionismus. Es ist diese grundlegende Denkweise, die bis heute unter vielen Linksparteimitgliedern Konsens ist.

Außenpolitik nach alten Mustern

Außenpolitische Forderungen der Linken bewegen sich ganz nach alten Mustern. Und das nicht nur in Bezug auf Israel und den Nahen Osten. Auch die breite Unterstützung aus den Reihen der Linken, die der russische Präsident Wladimir Putin für seinen expansionistisch-revisionistischen Kurs in der Ukraine erfährt, kann mit dem SED-Erbe der Partei erklärt werden. Die Solidarität mit dem „großen sozialistischen Bruder“ war in der DDR bekanntlich Staatsdoktrin. Gegenüber dem „Klassenfeind“ im „dekadenten Westen“ stand man im staatssozialistischen Lager wie Baum und Borke zusammen. Die Sowjetunion war „das“ Vorbild schlechthin. Auch wenn das heutige Russland wirtschaftlich kapitalistisch und auch der von einem neuen Zarenreich träumende starke Mann im Kreml formell kein Kommunist mehr ist, wirken die alten anti-westlichen Reflexe immer noch. Das Feindbild USA, das insbesondere Linke im Zusammenhang mit Russland und der Ukraine-Krise immer wieder gerne bemühen, ist bereits aus frühesten DDR-Zeiten bekannt. Die Theorie, dass die NATO-Osterweiterung Putin praktisch zur Annexion der Halbinsel Krim und zur verdeckten Intervention in der Ostukraine gedrängt habe, da der „Westen“ schließlich nichts im

Mitglieder-Verteilung der PDS im Jahre 2007



Einflussgebiet Russlands verloren habe, ist unter Linken populär. Die Absage an jegliche Waffengewalt und das Eintreten für völkerrechtliche Vereinbarungen, eigentlich außenpolitische Standardfloskeln der Linken, gelten für Russland nicht. Bis heute wollen viele Linke die West-Anbindung der Bundesrepublik und die Integration in die Strukturen der NATO partout nicht akzeptieren. Der Austritt Deutschlands aus dem Militärbündnis ist seit Parteigründung fester Programmpunkt. Perspektivisch müsse die NATO ganz aufgelöst werden. Den Warschauer Pakt gäbe es ja schließlich auch nicht mehr.

Dass die Partei nicht etwa Nachfolgerin ihrer selbst, sondern eben immer noch sie selbst ist, darauf pocht die Partei nur dann gerne, wenn es für sie vorteilhaft ist, beispielsweise wenn sich daraus noch Ansprüche auf alte Besitztümer ergeben. Und tatsächlich ist die Linkspartei immer noch dieselbe juristische Person wie die SED, die sich ja niemals aufgelöst, sondern immer nur umbenannt hat.

Die Rede Benjamin Netanjahus in deutscher Sprache

Die Ansprache des israelischen Premiers vor dem US-Kongress

Übersetzt von Gerd Buurmann

Etliche Zeitungen verdamnten die Rede Benjamin Netanjahus vor dem amerikanischen Kongress – ohne sie ihren Lesern zugänglich zu machen. Nur in der „Jüdischen Rundschau“ lesen Sie die Rede Benjamin Netanjahus in deutscher Sprache.

„Meine Freunde, ich bin tief geehrt von der Möglichkeit, ein drittes Mal vor dem wichtigsten gesetzgebenden Organ der Welt zu sprechen, dem US-Kongress. Ich bedanke mich bei allen, die heute hier sind. Ich weiß, dass meine Rede Gegenstand zahlreicher Kontroversen ist. Ich bedauere zutiefst, dass einige meine Anwesenheit politisch sehen. Das war nie meine Absicht.

Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, bei den Demokraten und Republikanern, für Ihre gemeinsame Unterstützung für Israel, Jahr für Jahr, Jahrzehnt um Jahrzehnt. Ich weiß, dass, egal, auf welcher Seite des Hauses Sie sitzen, Sie zu Israel stehen. Die bemerkenswerte Allianz zwischen Israel und den Vereinigten Staaten war stets mehr als Politik. Sie muss mehr als Politik bleiben!

Amerika und Israel teilen ein gemeinsames Schicksal, das Schicksal der gelobten Länder, die Freiheit zu schätzen wissen und Hoffnung bieten. Israel ist dankbar für die Unterstützung Amerikas und ihrer Menschen, sowie der amerikanischen Präsidenten von Harry Truman bis Barack Obama. Wir sind froh über alles, was Präsident Obama für Israel getan hat. Manches von dem ist allgemein bekannt, wie die Stärkung der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und der Widerstand gegen anti-israelische Resolutionen der Vereinten Nationen. Manches jedoch, was der Präsident für Israel getan hat, ist weniger bekannt.

Ich rief Obama im Jahr 2010 an, als wir unter dem Waldbrand in Carmel litten. Er entschied sich sofort, dringend nötige Hilfe zu senden. Im Jahr 2011, als sich unsere Botschaft in Kairo im Belagerungszustand befand, war es wieder Obama, der im entscheidenden Moment die nötige Hilfe schickte. Ich erinnere auch an seine Unterstützung für mehr Abfangraketen während unserer Operation im letzten Sommer, als wir uns gegen die Terroristen der Hamas wehren mussten. In jedem dieser Momente rief ich den Präsidenten an, und er war da!

Einiges von dem, was der Präsident für Israel getan hat, wird vielleicht nie bekannt werden, weil es einige der sensibelsten und strategischsten Fragen berührt, die zwischen einem amerikanischen Präsidenten und einem israelischen Premierminister entstehen. Aber ich weiß von diesen Taten und ich werde Präsident Obama immer dankbar sein für seine Unterstützung.

Israel ist dem amerikanischen Kongress in vielerlei Hinsicht dankbar für seine Unterstützung, vor allem aber für die großzügige Militärhilfe und für die Raketenabwehr, einschließlich der „Eisernen Kuppel“. Im vergangenen Sommer bewahrte die „Eiserne Kuppel“ Millionen Israelis vor dem Tod durch tausende Raketen, abgefeuert von den Terroristen der Hamas. Die Kuppel dieses Kongresses hat geholfen, die Kuppel der israelischen Verteidigung

zu bauen. Wir danken Amerika dafür. Vielen Dank für alles, was Sie für Israel getan haben!

Meine Freunde, ich bin heute hierher gekommen, weil ich als Ministerpräsident von Israel eine tiefe Verpflichtung fühle, mit Ihnen über ein Thema zu sprechen, das das Überleben meines Landes und die Zukunft meines Volkes gefährden kann: Irans Streben nach Atomwaffen.

Wir sind ein altes Volk. In unserer fast 4.000 Jahre alten Geschichte haben viele immer wieder versucht, das jüdische Volk zu vernichten. Morgen Abend feiern wir das jüdische Fest Pu-

Das iranische Regime ist jedoch nicht nur ein Problem der Juden, so wenig wie das NS-Regime nur ein Problem der Juden war. Die sechs Millionen Juden, die von den Nazis ermordet wurden, sind nur ein Bruchteil der 60 Millionen Menschen, die im Zweiten Weltkrieg getötet wurden. So stellt auch das iranische Regime eine große Gefahr dar, nicht nur für Israel, sondern auch für den Frieden auf der ganzen Welt. Um zu verstehen, wie gefährlich der Iran sein wird, wenn er im Besitz von Atomwaffen ist, müssen wir voll und ganz das Wesen des Regimes verstehen.

Die Menschen im Iran sind sehr ta-

ist umklammert von drei Tentakeln des Terrors. Unterstützt vom Iran schlachtet Assad die Syrer ab. Unterstützt vom Iran randalieren schiitische Milizen durch den Irak. Unterstützt vom Iran streben Houthis die Kontrolle über den Jemen an und bedrohen so die strategische Meerenge an der Mündung zum Roten Meer. Zusammen mit der Straße von Hormuz könnte der Iran einen zweiten Drossel-Punkt der weltweiten Ölversorgung erlangen.

Der Iran nahm in Teheran dutzende Amerikaner als Geiseln und ermordet hunderte von amerikanischen Soldaten und war für die Tötung und Verstüm-



rim, bei dem wir aus dem Buch Esther lesen werden. Wir werden von einem mächtigen persischen Statthalter namens Haman lesen, der das jüdische Volk vor rund 2.500 Jahren vernichten wollte. Aber eine mutige jüdische Frau, Königin Esther, machte den mörderischen Plan öffentlich und erstritt für das jüdische Volk das Recht, sich gegen seine Feinde zu verteidigen. Der Vernichtungsplan wurde vereitelt und unser Volk wurde gerettet.

Heute steht das jüdische Volk erneut vor einem Versuch eines persischen Herrschers, uns zu vernichten. Irans oberster Führer Ayatollah Khamenei speit den ältesten Hass heraus. Er spuckt den ältesten Judenhass mit neuester Technik.

Für diejenigen, die glauben, dass der Iran nur dem jüdischen Staat droht, nicht aber dem jüdischen Volk, hören Sie, was Hassan Nasrallah, der Führer der Hisbollah und Chefterrorist des Irans so sagt. Er sagt: „Wenn sich alle Juden in Israel versammeln, wird es uns die Mühe ersparen, sie einzeln auf der ganzen Welt zu jagen!“

lentierte Leute. Sie sind die Erben einer der weltweit größten Zivilisation. Im Jahr 1979 jedoch wurde die Zivilisation von religiösen Eiferern gekapert, die der Zivilisation sofort eine dunkle und brutale Diktatur auferlegten. In diesem Jahr entwarfen religiöse Eiferer eine neue Verfassung für den Iran. Die Revolutionsgarden wurden nicht nur angewiesen, Irans Grenzen zu schützen, sondern auch die ideologische Mission des Dschihad zu erfüllen. Der Gründer des Regimes, Ayatollah Khomeini, ermahnte seine Anhänger: „Exportiert die Revolution in die ganze Welt!“

Ich stehe hier in Washington, DC und der Unterschied zum Iran ist riesig. Amerikas Gründungsdokument verspricht Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Irans Gründungsdokument jedoch verpflichtet zum Tod, zur Tyrannei und zur Verfolgung des Dschihad. Und immer wenn Staaten im Nahen Osten zusammenbrechen, stößt der Iran in die Leere und propagiert seinen Hass.

Irans Schläger sind in Gaza, seine Lakaien im Libanon, seine Revolutionsgarden auf den Golanhöhen. Israel

melung tausender amerikanischer Soldaten und Soldatinnen im Irak und in Afghanistan verantwortlich. Jenseits des Nahen Osten greift der Iran Amerika und seine Verbündeten über sein globales Terrornetzwerk an. Der Iran sprengte das jüdische Gemeindezentrum und die israelische Botschaft in Buenos Aires in die Luft. Der Iran half Al Qaida, US-Botschaften in Afrika in die Luft zu jagen und versuchte sogar, den saudischen Botschafter zu ermorden, hier mitten in Washington, DC!

Im Nahen Osten herrscht der Iran mittlerweile über vier arabische Hauptstädte: Bagdad, Damaskus, Beirut und Sanaa. Dieser Iran Rouhanis hängt Homosexuelle, verfolgt Christen, steckt Journalisten in Gefängnisse und hält mehr Gefangene als jemals zuvor. Letztes Jahr hat der selbe Außenminister Zarif, der die westlichen Diplomaten so verückt hatte, einen Kranz am Grab von Imad Mughniyeh abgelegt. Imad Mughniyeh ist ein terroristischer Drahtzieher, der mehr amerikanisches Blut vergossen hat als jeder andere Terrorist neben Osama bin Laden.

Und lassen Sie sich nicht täuschen: Der Kampf zwischen dem Iran und ISIS macht den Iran nicht zu einem Freund Amerikas. Iran und ISIS sind im Wettbewerb um die Krone des militanten Islams. Eine Seite nennt sich „Islamische Republik“, die andere Seite nennt sich selbst „Islamischer Staat“. Beide jedoch wollen ein militantes islamisches Reich zunächst in der Region und dann auf der ganzen Welt errichten. Sie streiten sich lediglich darum, wer der Herrscher dieses Reiches sein wird.

In diesem tödlichen „Game of Thrones“ gibt es keinen Platz für Amerika oder Israel, keinen Frieden für Christen, Juden oder Muslime, die das islamistische mittelalterliche Glaubensbekenntnis nicht teilen, keine Rechte für Frauen, keine Freiheit für alle. Wenn es um den Iran und ISIS geht, dann gilt: Der Feind Deines Feindes ist Dein Feind!

Der Unterschied besteht darin, dass ISIS mit Fleischermesser bewaffnet ist, mit erbeuteten Waffen und YouTube, während der Iran schon bald mit Interkontinentalraketen und Atomwaffen bewaffnet sein könnte. Wir müssen dies immer bedenken und ich sage es noch einmal: Die größte Gefahr, in der sich unsere Welt momentan befindet, ist eine Ehe des militanten Islams mit Atomwaffen. ISIS besiegen, indem man zulässt, dass der Iran an Atomwaffen kommt, würde bedeuten, den Kampf zu gewinnen, aber den Krieg zu verlieren. Wir dürfen das nicht zulassen!

Mit dem Abkommen würde keine einzige Atomanlage abgerissen werden. Tausende von Zentrifugen zur Urananreicherung würden in Betrieb gelassen werden. Weitere tausend Anlagen würden vorübergehend abgeschaltet, aber nicht zerstört werden. Zwar sollen dem iranischen Atomprogramm gewisse Auflagen und Einschränkungen auferlegt werden und die iranische Einhaltung dieser Beschränkungen soll von internationalen Inspektoren überwacht werden, aber hier ist das Problem: Sehen Sie, Inspektoren dokumentieren Verletzungen nur, sie verhindern sie nicht!

Aber das zweite große Zugeständnis schafft eine noch größere Gefahr, dass der Iran die Bombe bekommt. Ein mögliches Abkommen würde bedeuten, dass praktisch alle Beschränkungen für das iranische Atomprogramm automatisch in etwa einem Jahrzehnt verfallen. Jetzt kann ein Jahrzehnt eine lange Zeit in der Politik sein, aber es ist nur ein Wimpernschlag im Leben einer Nation. Es ist ein Wimpernschlag im Leben unserer Kinder. Wir alle sind dafür verantwortlich zu prüfen, was passiert, wenn das iranische Atomprogramm nahezu unbeschränkt ist und alle Sanktionen aufgehoben werden. Der Iran ist dann frei, eine riesige nukleare Kapazität zu erstellen. Der Iran ist dann in der Lage, viele, viele Atombomben zu bauen.

Irans oberster Führer sagt das sogar ganz offen. Er sagt, der Iran plane, 190.000 Zentrifugen zu errichten, nicht 6.000 oder nur die 19.000, die der Iran heute schon betreibt, sondern zehnmal so viele. 190.000 Zentrifugen zur Anreicherung von Uran. Mit dieser enormen Kapazität könnte der Iran ein ganzes Atomarsenal erstellen und dies zu einer Angelegenheit von wenigen Wochen machen, sobald der Vertrag mit dem Iran entschieden ist.

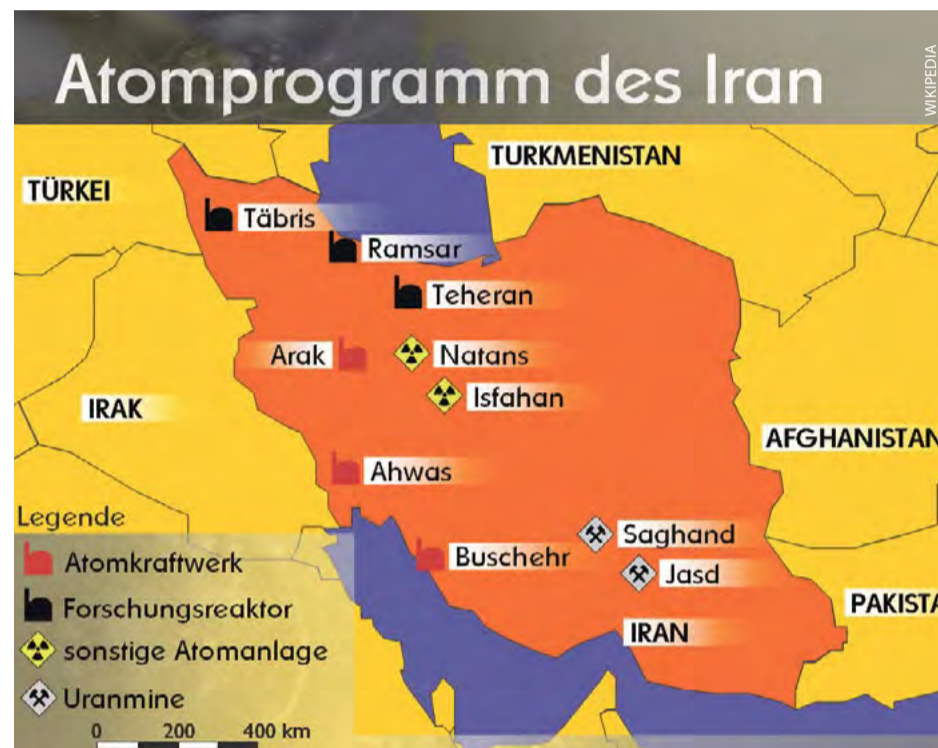
Mein langjähriger Freund und Staatssekretär, John Kerry, bestätigte letzte Woche, dass der Iran das Recht auf eine massive Zentrifugen-Kapazität erhält, wenn das Abkommen unterzeichnet wird. Nun möchte ich Sie bitten, da-

rüber nachzudenken: Der wichtigste Unterstützer des globalen Terrorismus könnte binnen Wochen in den ausreichenden Besitz von angereichertem Uran für ein ganzes Arsenal an Kernwaffen kommen und dies mit voller internationaler Legitimität.

Sie sehen also, meine Freunde, das Abkommen beinhaltet zwei große Zugeständnisse. Erstens, der Iran wird mit einem großen Atomprogramm versehen und zweitens, die Beschränkungen für das Programm werden in etwa einem Jahrzehnt aufgehoben. Das ist

wächst mit jedem Jahr. Dieser Vertrag wird den Appetit Irans nur befeuern.

Das ist eine Frage, die sich jeder in unserer Region stellt. Israels Nachbarn, Irans Nachbarn wissen, dass der Iran nur noch aggressiver wird und noch intensiver den Terrorismus unterstützt, wenn seine Wirtschaft entfesselt und ein klarer Weg zur Bombe geebnet wird. Viele dieser Nachbarn sagen sogar, dass sie von diesem Rennen motiviert werden, ebenfalls nach Atomwaffen zu streben. Ein Atomvertrag wird den Iran nicht bessern. Er wird den Na-



Karte mit den wichtigsten Standorten der iranischen Atompolitik

der Grund, warum das Atomgespräch mit dem Iran so schlecht ist. Die Atomgespräche verhindern nicht Irans Weg zur Bombe, sie pflastert Irans Weg zur

hen Osten zum Schlechteren ändern.

Meine Freunde, was ist mit dem Argument, dass es keine Alternative zu diesem Abkommen gibt, dass das irani-



Reaktor IR-40, Teil der kerntechnischen Anlage in Arak

Bombe.

Warum sollte jemand einen solchen Vertrag schließen wollen? Weil er hofft, dass sich der Iran in den kommenden Jahren zum Besseren verändert, oder weil er glaubt, dass die Alternative zu diesem Vertrag noch viel schlimmer wäre? Nun, ich bin anderer Meinung. Ich glaube nicht, dass sich das iranische Regime nach diesem Abkommen radikal bessern wird. Dieses Regime ist seit 36 Jahren an der Macht, und sein unersättlicher Appetit auf Aggression

sche Atomwissen nicht ausstrahlt werden kann, dass sein Atomprogramm so weit fortgeschritten ist, dass es das Beste ist, das Unvermeidliche zu vertagen, was im Wesentlichen genau das ist, was der vorgeschlagene Vertrag tut?

Nun, Atomwissen ohne Atominfrastruktur bringt nicht viel. Ein Rennfahrer ohne Auto, kann nicht fahren. Ein Pilot ohne Flugzeug, kann nicht fliegen. Ohne tausend Zentrifugen, ohne Tonnen angereichertes Uran und ohne Schwerwasseranlagen, kann der Iran

keine Atomwaffen herstellen.

Das iranische Atomprogramm kann ohne weiteres wieder hinter den derzeitigen Vorschlag zurückgesetzt werden, indem man schlicht auf ein besseres Angebot besteht und den Druck auf die größte Schwäche des Regimes erhöht, insbesondere angesichts des jüngsten Zusammenbruchs des Ölpreises. Wenn der Iran droht, den Handlungstisch zu verlassen, und das geschieht oft auf einem persischen Basar, dann ist es nur ein Bluff. Der Iran wird an den Tisch zurückkehren, denn es braucht das Abkommen mehr als Amerika. Durch das Aufrechterhalten des Drucks auf den Iran und auf all diejenigen, die Geschäfte mit dem Iran machen, haben Sie sogar die Macht, dafür zu sorgen, dass der Iran das Abkommen noch mehr braucht.

Meine Freunde, es ist nicht leicht, sich dem Iran entgegenzustellen. Es ist nie leicht, sich gegen ein dunkles und mörderisches Regime zu stellen. Unter uns ist heute ein Überlebender des Holocausts und Nobelpreisträger Elie Wiesel. Elie, Dein Leben und Deine Arbeit inspiriert und verleiht Bedeutung den Worten: „Nie wieder!“

Ich wünschte, ich könnte Dir versprechen, Elie, dass die Lehren aus der Geschichte gezogen wurden. Ich kann die Welt jedoch nur bitten, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und die Zukunft für die Gegenwart zu opfern. Ich kann bitten, dass die Aggressionen nicht ignorieren werden, in der Hoffnung, sich so einen trügerischen Frieden zu schaffen. Aber es gibt etwas, das ich Dir garantieren kann: Die Zeiten, da das jüdische Volk passiv blieb angesichts seiner völkermörderischen Feinde, diese Zeiten sind vorbei!

Wir sind nicht mehr machtlos unter den Nationen verstreut, unfähig, uns zu verteidigen. Wir haben unsere Souveränität in unserer alten Heimat wiederhergestellt. Und die Soldaten, die unsere Heimat verteidigen, tun dies mit grenzenlosem Mut. Zum ersten Mal in hundert Generationen, sind wir, das jüdische Volk, wieder in der Lage, uns selbst zu verteidigen. Aus diesem Grund kann ich Dir als Ministerpräsident von Israel noch etwas versprechen: Auch wenn Israel allein stehen muss, Israel wird stehen!

Aber ich weiß, dass Israel nicht allein steht. Ich weiß, dass Amerika zu Israel steht. Ich weiß, Sie stehen zu Israel. Sie stehen zu Israel, weil Sie wissen, dass die Geschichte Israels nicht nur die Geschichte des jüdischen Volkes ist, sondern die Geschichte der menschlichen Seele, die sich immer wieder geweigert hat, dem Schrecken der Geschichte zu erliegen.

Von hier aus, wo ich gerade stehe, fällt mein Blick auf die Galerie mir gegenüber. Ich sehe ein Bild von Moses, der auf uns alle hier in dieser Kammer blickt.

Moses führte unser Volk aus der Sklaverei zu den Toren des verheißenen Landes. Bevor das Volk Israel das Land Israel betrat, gab Moses uns eine Nachricht, die unsere Entschlossenheit für Tausende von Jahren stählen sollte: „Seid stark und entschlossen! Habt keine Angst und verzweifelt nicht.“

Meine Freunde, mögen Israel und Amerika stets zusammenstehen, immer, stark und entschlossen. Mögen wir weder Angst haben, noch die Herausforderungen der Zukunft fürchten. Blicken wir in die Zukunft mit Zuversicht, Kraft und Hoffnung.

Gott segne den Staat Israel und Gott segne die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die verschwiegene Demo

Ein Erlebnisbericht von der Pro-Netanjahu-Demo in Tel Aviv



Von Chaya Tal

Wenn Sie mit Interesse Nachrichten schauen und im Vorfeld der israelischen Wahlen beispielsweise die Meldungen des öffentlich-rechtlichen Senders ARD im TV oder Internet verfolgt haben, dann erinnern Sie sich sicherlich an die riesige Anti-Netanjahu-Demo mit dem Titel "Israel will Veränderung" in Tel Aviv, über die der Korrespondent Richard Chaim Schneider ausführlich berichtet hat. Doch mit großer Wahrscheinlichkeit wissen Sie nicht von der Pro-Netanjahu-Demo, die am letzten Sonntag vor der Wahl ebenfalls in Tel Aviv stattgefunden hat. Auch dort war ein riesiges Menschaufgebot, und es ging auch dort um die Zukunft Israels. Mit einem Unterschied: Diese Kundgebung wurde von deutschsprachigen Journalisten weitestgehend verschwiegen. Als am 17. März die Likud-Partei des amtierenden Premierministers haushoch gewann, wussten die deutschen Medien nicht wohin vor lauter „Überraschung“.

„Nur nicht Bibi“. Das war der Hauptlogan, den sich die politischen Gegner des amtierenden israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu auf die Fahne geschrieben hatten. Die Stimmung schwankte vor den Wahlen hin und her, und täglich wurden Umfrageergebnisse verschiedener Studien im Radio durchgegeben, wonach das „Zionistische Lager“ unter der Führung der Knesset-Abgeordneten Yitzhak „Buzhi“ Herzog und Tzipi Livni immer mehr Unterstützung erhielt. Während die Medien in Israel noch vergleichsweise meinungsverschieden sind, und durchaus die unterschiedlichen politischen Vorzüge ihrer bunten Klientel abdecken, so sind die deutschen Medien, was israelische Politik angeht, dabei nicht so sehr in die Tiefe gegangen. Was bringt es auch, den mannigfaltigen Charakter der israelischen Gesellschaft und die Vielfalt ihrer Meinungen herauszustellen, wenn die Bestrebung hinter der Berichterstattung dieselbe war und bleibt: Den in allen medialen Nieren sitzenden „Bibi“ auf der Arena der öffentlichen Meinung vom Thron zu stürzen. Nicht den Bedenken und Vorlieben der israelischen Gesellschaft sollte nämlich Aufmerksamkeit geschenkt werden – ach wo, es ist ja nur das Volk! – sondern den politischen Geschmäckern der deutschen Leserschaft. Und was will diese lesen? Na, offenbar von Netanjahus Niedergang.

Zwei Wochen vor den Wahlen, am 7. März, fand auf dem berühmten zentralen

Rabin-Platz in Tel Aviv die Kundgebung der sich als „links“ und „zentral“ wählenden Parteien statt, unter dem Slogan, „Israel will Veränderung“. Es war von mehreren zehntausend Besuchern die Rede, und aufgetreten ist unter anderem der Ex-Mossad-Chef Meir Dagan und die Witwe eines Armeeeoffiziers. Ich war bei der Demo nicht dabei, und kann daher auch nichts über diese Demo sagen. Das hatte bereits ARD-Korrespondent Richard Schneider in aller Ausführlichkeit getan. Die Leitlinie der Demonstration war auf jeden Fall betont „gegen Netanjahu“ gewesen.

Die Kundgebung der sich als „rechts“ bezeichnenden Parteien fand zwei Tage vor der Wahl statt, am 15. März, unter dem Motto „Gemeinsam für das Land Israel“, und über sie hat Richard Schneider nicht ausführlich berichtet. Auch sonst war in der namhaften deutschen Presse kaum davon die Rede – abgesehen von einem Beitrag bei Spiegel Online, in welchem trotz mehrerer zehntausend Netan-

2015), bei der Tagesschau, welche nach dem Wahlsieg Bibis einen Kommentar zur Wahl abließ, wurde man etwas deutlicher: Da wurden die Unterstützer gleich zu „Siedlern und Rassisten“, bei welchen Netanjahu nach Stimmen gefischt hätte.

Ich müsste lügen, wenn ich sagen würde, dass man hier lange zu fischen brauchte. Auf dieser Kundgebung, sowie auch beim tatsächlichen Elektorat des Likud zwei Tage später, waren durchaus nicht die „Siedler“ (Israelis aus Judäa und Samaria) und die „Rassisten“ (der arabisch-palästinensischen Bevölkerung und den illegalen afrikanischen Flüchtlingen abgeneigten Wähler) die Mehrheit. Es kamen Israelis aus Beerschewa, Aschkelon, Netivot und Aschdod im Süden, Israelis aus Givat Schmuël bei Petach Tikva, aus Modiin, Jerusalem, Netanja und weiter nördlich. Die lange Anreise hatte sie nicht abgeschreckt. Jungs mit Kippa rannten durch die Gegend, kleine Kinder in Kleidchen oder mit Schläfenlocken, Mütter mit Kinderwagen,

wurden, waren „Land Israel für das Volk Israel“ und „ungeteiltes Land, ungeteiltes Jerusalem“.

Aber die Kundgebung war mehr als das – nämlich eine effektive Werbung um Unterstützung für Premier Netanjahu, der auf der Demo wie immer starke Worte für alle fand. Auch die anderen Parteivorsitzenden bekamen ihre Redezeit. Netanjahu wurde mit ohrenbetäubenden „Bibi“-Rufen empfangen und verabschiedet – von „Panik“ oder Angstzuständen der umworbenen Wählerschaft, wie nach der Wahl von Nicola Abé (SPON 18. März) behauptet, keine Spur. „Jüdisches Haus“-Mann Naftali Bennett erhielt tosenden Applaus und Ovationen. Eli Yischais Auftritt dagegen erntete eher Lacher und müden Beifall – der Politiker war in den letzten Amtszeiten nicht besonders beliebt gewesen und wurde nicht als fähig befunden. Die israelische Wählerschaft katapultierte seine Partei „Yachad“ am 17. März aus der Knesset – er überwand nicht die 3,25%-Hürde.

Den Beginn der Veranstaltung leitete Daniela Weiss von der Organisation „Nachala“ ein, einer Siedlungsorganisation. Man sollte denjenigen geschlossene Unterstützung, die sich für das Bauen neuer Orte in Judäa und Samaria einsetzen, gegen die Abgabe jeglichen Landes an die Palästinenser, gegen die Einmischung des Westens in die israelische Souveränität. Stolz auf Traditionen, auf den jüdischen Charakter des Staates. Sich der Wahl enthalten – ein No Go. Zur Beteiligung an der Wahl riefen alle drei Hauptredner auf. Dabei konnte „Jüdisches Haus“-Vorsitzender Naftali Bennett vor allem mit einer spontanen Darbietung des Liedes „Jerusalem aus Gold/ Yerushalaim shel Zahav“ auf der Gitarre punkten.

Es muss gesagt werden, dass ich, während ich zu dieser Kundgebung schritt, bereits wusste, dass ich nicht mit allem einverstanden sein würde, was dort gesagt oder gefordert werden würde (allerdings blieben unangemessene Rufe, soweit ich es hören konnte, aus). Und auch wenn sich Menschen zu einer Demonstration der Stärke versammeln, so möchten sie auch Veränderungen und Wandel. Aber diejenigen, die hierhergekommen waren, wussten, dass der Wandel von Einheit und Zusammenhalt abhängt. Und diese Einheit konnte man zwischen den Reden, den Flaggen, den Liedern spüren – keine Einheit durch Interessen, sondern durch Liebe zu den gemeinsamen Werten – Glauben, Kultur und Zukunft. Und man wäre mehr als froh gewesen, wenn sich mehr Tel Aviver, gänzlich ohne Kippa oder Kopftuch, dieser Demonstration anschließen würden.

Zwei Tage nach diesen Wellen öffentlicher Demokratiebekundung fanden die Wahlen statt. Ich weiß nicht, ob sie als „historisch“ bezeichnet werden konnten. Sind nicht alle Wahlen historisch? – Bestimmen sie doch die Richtung, in welche sich eine Gesellschaft und ihre Regierung wendet. Ich weiß nur Eines – das Volk hat gewählt. Und eine große Mehrheit stimmte dabei für Benjamin Netanjahu. Die Prognosen „linksorientierter“ israelischer Medien fielen ins Wasser. Die ARD, SPON und der Rest der Presrelandschaft sprachen von Schock, Überraschung und dem „Sieg der Angst“. In Israel würde man unter den Netanjahu-Wählern eher sagen – es gab nicht wirklich eine Alternative.

„ Am 17. März wussten die deutschen Medien nicht wohin von lauter Überraschung! “

jahu positiv gesinnter Teilnehmer, von einer „politischen Bedrohung“ für den Premier die Rede gewesen war.

Bei der Demo versammelten sich Menschen mit Flaggen, Ballons und Plakaten mit Slogans, T-Shirts und Aufklebern in

Gruppen von singenden und tanzenden Mädchen. Ich gebe zu, in dieser Aufmachung ein eher seltenes Bild für Tel Aviv. Die letzte Demonstration, bei der dieser Bevölkerungsteil hier in Scharen aufgetaucht war, war im Sommer 2014,



Einige zigtausend Teilnehmer waren deutschen Medien keine Erwähnung wert.

allen Farben, um die Hauptsprecher der Demonstration zu hören: Premierminister Netanjahu und die Vorsitzenden der nationalen Parteien „Habayit Hayehudi“ (Jüdisches Haus) – Naftali Bennett – und „Yachad“ – Eli Yishai. Zur Veranstaltung kamen Leute aus allen Ecken des Landes, spezielle Busse wurden zur Hinfahrt organisiert. Wer mitfahren wollte, tat es kostenlos.

Überall sah ich junge Leute, vorwiegend junge Frauen und Männer, Familien mit Kindern, Schüler und junge Student/-innen und Aktivist/-innen, aber auch ältere Menschen. Die überwiegende Mehrheit der Männer trug Kippa, viele verheiratete Frauen Kopftücher. Es war mir schon klar, welche Gesellschaftsgruppe hier am meisten vertreten wurde – nämlich jene, die sich die Frage nach Land, Einheit und Nationalcharakter ganz groß auf die Fahnen geschrieben hatte und sich durch nichts davon abbringen ließ. Im Fachjargon von Spiegel Online heißen diese Israelis „rechtskonservative Anhänger“ (SPON 15. März

zur Kundgebung nach der Entführung der drei Jungen Gil-ad, Eyal und Naftali sel.A. Damals war die Kundgebung kein Verlangen nach Änderungen oder politischer Umwälzung, sondern sollte eine Botschaft des Zusammenhalts und Glaubens an das Gute vermitteln, und hatte auch viele lokale Teilnehmer ohne religiösen oder geografischen Bezug zu verzeichnen – sprich, auch viele aus Tel Aviv, denen die Sache einfach naheging.

Auch diese Demonstration hier war kein Aufruf zu einer politischen Umwälzung. Es war vor allem eine Demonstration, die zeigen sollte: Wir sind nicht allein, wir kämpfen nicht hoffnungslos gegen Windmühlen, wir stehen zusammen und stehen ein für das, woran wir glauben. Eine starke Aussage gegenüber jenen Menschen, zu denen sich aus Sicht der Demonstranten ein Graben auftut, der immer weiter wächst.

Die Kundgebung war natürlich sehr politisch gestaltet. Die Leitsätze, die gleich zu Beginn der Veranstaltung von der Bühne und im Publikum skandiert

Netanjahu größte Fans

Ein arabisches Dorf beschert Netanjahu landesweit das beste Ergebnis

Von Simon Akstinat

Es ist nur ein ganz kleines Dorf mit etwa 100 Familien, die knapp 700 Menschen umfassen. Dennoch ist dieses Dorf eine Randnotiz zu den grade vergangenen Wahlen wert.

Das Beduinendorf Arab Al Naim liegt nahe der Stadt Karmiel in Galiläa im nördlichen Israel und man hätte es auf den ersten Blick sicher nicht im Verdacht ein Hort des Likud zu sein. Aber genau das ist Arab Al Naim: Stolze 76 % stimmten hier für den alten und neuen Premierminister Israels.



Arabische Beduinen marschieren 1948 für die israelische Armee.

Ortsvorsteher Nimar Na'im hat eine Erklärung für dieses ungewöhnliche Ergebnis: „Alle Regierungen haben uns gegenüber kleineren Ansiedlungen, die

noch vor uns anerkannt wurden, fallen gelassen. Erst Bibi Netanjahu selbst und die Likud-Regierung haben uns amtlich anerkannt.“

Das Dorf wurde zwar bereits in Netanjahus erster Regierungszeit im Januar 1999 als amtliche Siedlung anerkannt. Arab al Naim war damit das letzte von sechs Beduinendörfern der Gegend, das diesen Status verliehen bekam. Aber seitdem kämpft das Araberdorf einen Behördenkrieg, um die Vorteile zu bekommen, die sich aus der Anerkennung als amtliche Gemeinde ergeben. Die Gemeinde hatte nun ein Anrecht auf Infrastrukturmaßnahmen, wozu auch die Anbindung an das Strom- und Abwassernetz zählt.

Aber erst elf Jahre später, im Januar 2010, in Netanjahus zweiter Regierungszeit, trieb die Regionale Wohnungs-Kommission den Bebauungsplan und seine Umsetzung auch wirklich voran.

In den letzten zwei Jahren haben sich die Dinge im Ort dramatisch zum Positiven geändert. Jetzt gibt es eine geteerte Straße (eine Haupt-

straße mit Abzweigungen) und über 80 Häuser wurden gebaut. Kürzlich begann auch die Verlegung einer Abwasserleitung.



Blick auf Arab Al Naim

„Bei den Bewohner von Arab Al Naim ist es Tradition, dass sie sich an die guten Taten eines Menschen erinnern.“ erklärt Nimar Na'im weiter. „Innerhalb weniger Monate haben wir nun eine Abwasserleitung und Elektrizität – und sind hochzufrieden!“

Während also 3 von 4 Einwohnern für Netanjahu stimmten, erhielt die Vereinigte Arabische Liste (die u.a. Kommunisten und Islamisten vereint) interessanterweise lediglich 15 % der Stimmen im Dorf.

Überhaupt gibt es mehr Araber, die für Netanjahu stimmen, als das europäische Journalisten für möglich halten. Diese Wähler (die einzigen Araber des Nahen Ostens, die an einer demokratischen Wahl teilnehmen dürfen) wären überrascht, wenn Sie wüssten, dass ausländische Beobachter ihnen ein Votum für „Rassismus“ und „Besetzung“ vorwerfen.

Die Anwohner interessierten sich nicht für Rassismus-Vorwürfe und Pfandflaschen, sie interessierten sich für ein Dach überm Kopf, Straßenanbindung und andere elementare Fragen mit denen sich die selben ausländischen Beobachter niemals befassen müssen.

„Früher habe ich mit meinen Ziegen in einer Höhle geschlafen. Jetzt frage ich meine Tochter welche Tapete sie in ihrem Zimmer haben will.“ ergänzt ein Anwohner von Arab Al Naim.

Es gibt zwar eine Arabische Liste, die zur Wahl antritt, aber das Stimmverhalten der arabischstämmigen Israelis ist komplizierter als es scheint.

Die arabischen Christen definieren sich oft eher als Aramäer denn als Araber und andere Minderheiten wie die Drusen und die Beduinen haben eine ganz andere Beziehung zu Israel als steinwerfende Keffiyah-Träger, die aber international das Bild der in Israel lebenden Araber prägen.

Palästinensische Menschenrechtsverletzungen enthüllt

Von David Lazarus

Das Jerusalem Institut für Gerechtigkeit (JIJ) hat einen Bericht veröffentlicht, der die verheerenden Menschenrechtsverletzungen der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) aufdeckt.

Die PA hat es durch Zensur und Einschüchterung von Journalisten bisher geschafft, dass kein umfangreiches Bild ihrer Menschenrechtsverletzungen veröffentlicht wurde, und so den Blick auf das Leid der eigenen Bevölkerung fast unmöglich gemacht.

Forscher des JIJ haben in aufwendiger Arbeit den Missbrauch der palästinensischen Bürger durch ihre Regierung dokumentiert. „Traurigerweise ist das palästinensische Volk Opfer verschiedener und schwerwiegender Verletzungen ihrer Menschenrechte – nicht so sehr durch Israelis, sondern durch ihre eigenen Führer“, fasst der Bericht zusammen.

Angeführt von dem Anwalt Calev Myers, einem israelischen Experten für Menschenrechte, hat das JIJ einen 57-seitigen Bericht verfasst, in dem die Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland und Gaza beleuchtet werden. Hinzu kommen 32 Seiten, die sich mit der fehlenden religiösen Freiheit in diesen Gebieten befassen. Ziel des Berichts ist es, die USA und Europa zu überzeugen, ihre enormen Hilfsgelder für die palästinensischen Führer an die Bedingung zu knüpfen, dass diese die Men-

schenrechte ihrer Bürger garantieren. Trotz der unmenschlichen Behandlung ihrer eigenen Leute, bekommt die PA 15-mal so viele Hilfsgelder wie Europa



Hamas-Henker bei der Arbeit.

im Zuge des Marshallplans nach dem Zweiten Weltkrieg bekommen hat“, hieß es im Bericht.

Hier sind einige Beispiele der Menschenrechtsverletzungen aus verschiedenen Kategorien, die im Bericht zu finden sind:

Willkürliche Verhaftungen: Im Jahr 2012 hat die unabhängige Kommission für Menschenrechte (ICHR) Beschwerden über mehr als 1.000 Festnahmen im Westjordanland bekommen und über 750 aus Gaza. Die meisten der Festgenommenen waren Journalisten, Lehrer, Professoren, Studenten und Imame, die der Regierung widersprachen.

Außergerichtliche Hinrichtungen: Im Jahr 2014, nachdem ein israelischer

Luftangriff drei ranghohe Mitglieder der Hamas getötet hatte, hat diese schnell ihre eigene Bevölkerung bestraft und 25 Menschen wegen angeblicher Spionage hingerichtet. Diese Tötungen wurden von maskierten Männern mit Pistolen in öffentlichen Parks und auf öffentlichen Plätzen durchgeführt.

Folter und unmenschliche Behandlung: Bürger, die „verdächtig“ werden, gegen die Regierung zu sein, werden mit Stöcken und elektrischen Kabeln geschlagen. Ihre Arme werden hinter dem Rücken

zusammengebunden und sie werden an ihnen in die Luft gezogen, bis ihre Schultern ausgekugelt sind.

Exzessive Gewalt gegen friedliche Demonstranten: Statt sie friedlich demonstrieren zu lassen, kommt es bei Demonstrationen regelmäßig zum Einsatz von Schlagstöcken, Faustschlägen und der Zerstörung der Ausrüstung von Journalisten. Außerdem belästigen Polizisten in Zivil weibliche Demonstranten und es kommt zu sexuellen Übergriffen.

Religionsfreiheit und Rechte von Minderheiten: Mitglieder der Hamas haben einen Buchladen angezündet, der der Bible Society gehörte und später den Ladenbesitzer entführt. Sein

misshandelter Körper wurde in einem nahegelegenen Feld gefunden.

Vereinigungsfreiheit: Ganz im Geiste der Hamas hat ein maskierter und bewaffneter Mann im Mai 2010 ein Sommerlager der UN in Gaza angegriffen, da dort „unmoralische Werte“ gelehrt würden.

Pressefreiheit: Am 26. März 2012 hat die PA Yusuf al-Shayeb festgenommen, nachdem er einen Artikel geschrieben hat, der die palästinensische Regierung der Korruption, Spionage und Vetternwirtschaft beschuldigte.

Frauenrechte: Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen finden gegen Frauen statt: Für Vergehen wie unanständige Kleidung, Sex außerhalb der Ehe oder für den Wunsch zu heiraten oder sich scheiden zu lassen, werden als Strafe auch sogenannte Ehrenmorde durchgeführt.

Kinderrechte: Die Erziehung der Kinder, sich selbst in Stücke zu sprengen, Kindersoldaten zu werden oder als menschliche Schutzschilde zu dienen, wird im Radio, Fernsehen, Schulbüchern, Zeitungen und von den palästinensischen Politikern propagiert und ist der Hauptfaktor für das Heranwachsen von Kindern, die Terroristen werden wollen. Solche Praktiken sind die ungeheuerlichste Form von Kindesmisshandlung, da sie einen direkten Weg ins Gefängnis oder einen frühen Tod darstellen.

Pessach: Hausputz für das Ego

Der tiefere Sinn macht das Fest noch schöner

Von Michael Selutin

„Da sprach Moses zu dem Volk: Gedacht an diesen Tag, an dem ihr aus Ägypten gezogen seid, aus dem Haus der Knechtschaft, dass der Herr euch mit mächtiger Hand von dort herausgeführt hat: darum sollt ihr nichts Gesäuertes essen! Heute seid ihr ausgezogen, im Frühlingsmonat. Wenn dich nun der Herr in das Land der Kanaaniter, Heter, Amoriter, Hewiter und Jebusiter bringen wird, wie er es deinen Vätern geschworen hat, um dir ein Land zu geben, in dem Milch und Honig fließt, so sollst du diesen Dienst in diesem Monat



Jeder Krümmel Brot muss gefunden werden.

bewahren. Sieben Tage lang sollst du ungesäuertes Brot essen, und am siebten Tag ist ein Fest des Herrn. Man soll diese sieben Tage lang ungesäuertes Brot essen, und kein gesäuertes Brot soll bei dir gesehen werden; und kein Sauerteig soll gesehen werden in deinem ganzen Gebiet.“ (2. Mo, 13, 3 – 7)

Ungesäuertes Brot – Matza – wurde den jüdischen Sklaven in Ägypten zu essen gegeben und ist schon deshalb Erinnerung an die Knechtschaft Israels. Es steht aber noch mehr für die Errettung Israels durch die Hand Gottes, ohne eigenes Zutun. Denn am 14. Nisan saßen die Israeliten in ihren Häusern und warteten auf ihre Befreiung aus der Sklaverei. Das Blut des Lammes war an die Türpfosten gestrichen und das Lamm selbst röstete über dem Feuer. Als schließlich die Stunde der Rettung geschlagen hatte, blieb nicht einmal genug Zeit, Brot zuzubereiten, denn die Israeliten gingen nicht aus Ägypten fort, sondern wurden von den Ägyptern vertrieben, die genug hatten von den Plagen, die sie ihretwegen erteilten. Die Israeliten mussten also schnell ihre Unterdrücker verlassen und konnten nur ihren ungesäuerten Teig mitnehmen. Sie hatten keine Zeit vor auszuplanen, ihre Flucht vorzubereiten und Proviant mitzunehmen.

Anders als im Actionfilm „Exodus“ waren es weder Moses noch das Volk, die für die Befreiung aus der Sklaverei verantwortlich waren, sondern nur Gott. Das bezeugt das ungesäuerte Brot, die Matza. Deswegen wird am Pessach jegliches gesäuertes Brot aus dem jüdischen Haushalt entfernt und erinnert so an die Passivität der Befreiten.

Das Ego soll verpuffen

Wie alle jüdischen Feiertage haben die Traditionen zu Pessach auch eine psychologische Perspektive, die, wenn rich-

tig angewandt, die Selbstvervollkommnung des Individuums vorantreibt und ihn von störenden Charaktereigenschaften befreit.

Am Pessach also stehen sich zwei Brote gegenüber, das gesäuerte „normale“ Brot – Chametz genannt – und das ungesäuerte Matza-Brot. Der Unterschied besteht darin, dass der Sauerteig das normale Brot zum „Aufpuffen“ und Wachsen bringt, während das ungesäuerte Brot flach bleibt.

Chametz steht in diesem Sinne für Ego und Arroganz, das Aufpuffen wird als Aufplustern verstanden, genau was eine arrogante Person tut, die ihrem Ego

verfallen ist. Die Matza hingegen ist das flache Brot der Sklaverei. Bei einem Sklaven ist kein Ego vorhanden und auch die Errettung, die, wenn sie sich selbst zugeschrieben worden wäre, dem Ego zuarbeiten würde, wurde nicht durch eigene Hand ausgeführt, sondern war ein Geschenk und hilft dem Ego wenig.

Chametz und Matza sind bis auf die aufgeblasene Luft so gut wie identisch, es ist nicht schwer die Symbolik im Bezug zur Arroganz zu erkennen, denn auch der arrogante Mensch ist aufgeblasen, meist ohne Grund.

In diesem Sinne sind die drei mit dem Chametz verbundenen Ge- und Verbote auch Wege, sich aus dem Griff des Egos zu befreien, denn an Pessach darf man Chametz nicht genießen, nicht besitzen und man muss es zerstören. Die Suche und Reinigung des Hauses von Chametz steht für die Suche nach dem Ego in sich selbst, darauf folgt die Wegschaffung aus dem Haus und endgültige Zerstörung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass man sehr genau bei der Suche nach Chametz im Hause ist, genauso wie bei der Suche nach dem Ego in sich selbst, von dem man sich befreien will.

Es erwartet den Juden am Pessach jedoch eine auch andere psychologische Lehre im Zusammenhang mit Matza und das ist die Zeit. Brot fängt nach 18 Minuten an zu steigen, und bei der Herstellung von Matza wird genau darauf geachtet, den Teig weniger als diese 18 Minuten im Ofen zu lassen, eine Sekunde länger und die Matza wird unkoscher. Genau so sieht es auch mit unseren Anstrengungen um die Verbesserung unseres Charakters aus. Lässt man sich damit zu lange Zeit, verpufft der gute Vorsatz und man bleibt, wo man war. Eindrücke und Emotionen schwinden schnell und wer jetzt den Gedanken hat, etwas an sich zu ändern, muss sofort damit anfangen.

Das Ego ist weg – was kommt stattdessen?

Das Chametzverbot steht für die Reinigung der Seele vom Stolz und der Arroganz und das Gebot des Matzagenusses steht für den Anschluss des Individuums an das Volk Israel, ganz ohne die negativen Charaktereigenschaften, derer man sich vorher entledigt hat. Durch das Essen der Matza stellt man sich in den Kreis des jüdischen Volkes und symbolisiert seine Teilnahme an allem, was diesem Volk geschehen mag.

Nur der Jude, der sich vom Ego befreit hat, kann seinen Beruf als Träger des göttlichen Willens ausführen und sagen, dass er nicht ausgewählt wurde, weil er besser ist als andere Nationen, sondern im Gegenteil, weil jegliche Ehre und jeglicher Ruhm durch ihn hindurchstrahlt auf Gott, der ihn aus der Sklaverei befreit hat.

Während alle Charaktereigenschaften des Menschen moderat ausgeprägt sein sollen – man soll weder zu geizig, noch zu großzügig sein, weder zu streng, noch zu nachsichtig und so weiter mit allen anderen Paaren von Eigenschaften – ist es nur die Bescheidenheit, die man ins Extrem steigern darf, schreibt Maimonides, einer der bedeutendsten jüdischen Gelehrten aller Zeiten. Auch Moses' Eigenschaft, für die er in der Bibel gelobt wird, ist seine große Bescheidenheit.

Das große Kontinuum

Wir sind mit unserer Reise durch die Seele des Juden jedoch noch nicht am Ende. Wenn man sich vom Ego befreit und dieses durch Bescheidenheit ersetzt hat, sich daraufhin mit Haut und Haaren dem jüdischen Volk angeschlossen hat, muss man noch definieren, was dieser Anschluss inhaltlich bedeutet und zu diesem Zweck lesen wir am Pessachabend die Haggada.

Dazu schreibt Rabbiner Samson Raphael Hirsch im Horev in seiner einzigartigen poetischen Weise:

„Überall fordert Gott von dir, israelitischer Vater, dass du früh die jungen



Junge mit Matzen.

Sprösslinge, die er dir schenkt, früh sie tränkest mit dem Geiste Israels, früh sie zuführst deinem Gotte, früh ihnen das Israelitenherz einhauchest, das für Israelitenleben glühe und am Israelitengeschick hange. Aber den Abend, an dem du selber feierst, den Tag deiner geschichtlichen Geburt, den Anfang deiner Israelaufgabe, ihn bestimmte Gott zur Weihe deiner Kleinen, der Kleinen, auf deren Weihe oder Entweihung beruht die Ewigkeit deines Volkes, die Forterhaltung und das Fortblühen des Verhältnisses, das mit dem Auszug aus Ägypten gegründet ward.“

Es ist also nicht die Gewöhnung, oder der Druck, der die jüdischen Kinder für

ihren Glauben gewinnen soll, sondern das freudige Wort des Vaters. Und auch wenn dieser wenig Zeit und Wissen hat, um seinen Kindern die Inhalte des Judentums beizubringen, dann kann er mindestens am Pessachabend aus der Haggada vorlesen, die ihm als Leitfaden gilt und ihnen so ihre Aufgabe als Kinder Israels vermitteln. Durch das Pessachfest wird die nächste Generation in den Lauf der langen Geschichte Israels eingefügt und die Grundlage für die Erfüllung der jüdischen Gebote wird geschaffen.

Theorie und Praxis

Leider steht jedoch die Wirklichkeit den hehren Zielen oft im Weg und vor allem der Hausputz nimmt Dimensionen an, die alles andere überschatten. Im Internet formieren sich Gruppen, die versuchen die Pessach-Panik ihrer Mitglieder zu reduzieren. Manche Hausfrauen schreien schon im Januar „Chametz!“ und besonders wenn Purim vorüber ist, kennt die Panik keine Grenzen. Es gibt in Israel und den USA auch Kurse, die helfen sollen, sich richtig auf Pessach vorzubereiten, ohne dass die Familienharmonie zu sehr darunter zu leiden hat. Wer es sich leisten kann, bucht Jeschiwa-Schüler für den Pessachputz, die sich ein Taschengeld verdienen möchten. Das ist für die Familienharmonie sehr förderlich.

Jeder Krümel Chametz muss gefunden werden und dafür wird alles im Haushalt, im wahrsten Sinne des Wortes, auf den Kopf gestellt. Würde man so viel Anstrengung, Mühe und Zeit für die Suche nach versteckter Arroganz in sich selbst aufwenden, ein zweiter Moses wäre dem jüdischen Volk schon lange geboren.

Dabei sind doch schrubben, fegen, wischen und andere Putztätigkeiten sehr meditativ. Hier kann man sich selbst analysieren und sich zum Beispiel fragen, in welchen Gebieten des Lebens das Ego einem im Wege steht. Muss ich, der eine

großartige Karriere vor sich hat, wirklich auf den Knien kriechen und unter dem Kühlschrank wischen? Ist das nicht eine tolle Lektion in Bescheidenheit? War die Kritik meiner Frau berechtigt, oder will ich sie nicht akzeptieren, weil es meinen Stolz kränkt? Sollte ich meinen Stolz überwinden und mich bei meinem Kollegen entschuldigen, auch wenn es mir sehr schwerfällt? Das sind einige Fragen, die man auf bescheidene Weise beantworten kann, besonders beim Verrichten von Putzarbeiten, die man normalerweise als niedrige Arbeit ansieht.

In diesem Sinne: auf in den Kampf gegen das Ego und die Brotkrümel!

Moin Moin, Herr Rabbiner!

Ein neuer Gemeinderabbiner für die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg

Von Bettina Wagner

Die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg (LJGH) erreichte, wie alle Gemeinden zur Zeit, nur wenig gute Nachrichten. Umso größer ist die Freude über ein schönes Ereignis in einer sonst so ernsten Zeit. Seit Februar 2015 konnte die LJGH Rabbiner Dr. Mosche Navon als neuen liberalen Gemeinderabbiner in Hamburg engagieren. Die Gemeinde hatte schon lange nach einem eigenen liberalen Rabbiner für Hamburg gesucht und kann nun endlich durch Spenden eine Rabbinerstelle bezahlen. Die letzten Jahre hatten übergangsweise Studenten Gottesdienste und Thora-Unterricht im Rahmen ihrer Pflichtpraktika abgehalten.

Mosche Navon wurde 1954 in der damaligen Sowjetunion geboren. Seine Eltern stammten aus Moldawien, von wo aus sie mit weiteren wenigen Überlebenden der Schoa unter der Diktatur Stalins nach Sibirien verschleppt wurden. Er absolvierte in Leningrad, im heutigen St. Petersburg, ein Studium der Industrieelektronik an der Staatlichen Elektrotechnischen Universität, die er 1977 abschloss. 1991 emigrierte Mosche Navon nach Israel, wo er 1994 seine heutige Frau Miriam heiratete, mit der er vier Söhne hat.

In Israel studierte Mosche Navon sechs Jahre am neo-orthodoxen Institut „Machon Schalom Hartman“ unter Rabbiner Prof. Hartmann und vier Jahre am reform-jüdischen Hebrew Union College (HUC). 2002 promovierte er an der Jerusalemer Universität in Bibelwissenschaften.

2007 erhielt Dr. Navon am HUC in Jerusalem die Smicha (Ordination) als Rabbiner.

Er engagiert sich seither für die Wiederherstellung jüdischer Gemeinden und der Rabbinerausbildung in den GUS-Staaten und für die Wiederbelebung des Progressiven Judentums in Deutschland. Dr. Navon war aktiv beteiligt an der Wiedereinrichtung des Lehrstuhls für Judaistik an der Moskauer Staatsuniversität, engagierte sich unter anderem in internationalen Bildungsprojekten des israelischen Bildungsministeriums und lehrte an mehreren Universitäten und Hochschulen in Israel, den GUS-Staaten und Deutschland. Er amtierte als Gemeinderabbiner in verschiedenen Liberalen und Einheitsgemeinden und ist Mitglied der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands.

Im September 2014 feierte die LJGH ihr zehnjähriges Jubiläum. Die Veranstaltung fand unter dem Motto „Herz und Seele – jüdisch-christlicher Dialog“ in Kooperation mit der Jerusalem-Kirche in Hamburg-Eimsbüttel statt. Bei dieser besonderen Gelegenheit trat Dr. Mosche Navon erstmals als Rabbiner der Gemeinde auf.

Auch nach zehn Jahren ihres Bestehens hat die Liberale Gemeinde Hamburg noch immer keine eigene Synagoge. Die Gottesdienste finden bisher in einem jüdischen Kulturzentrum statt, das sich die LJGH mit den anderen jüdischen Organisationen Hamburgs teilt, oder im ehemaligen Israelitischen Krankenhaus. Das Gebäude, 1841 von Salomon Heine gestiftet, besitzt zwar noch einen Betsaal, den kann die Gemeinde aber nur an Wochenenden nutzen. Werktags wird das Gebäude von den Hamburger Behörden



Aseñij Schwarzbreitm

als Bezirksamt genutzt. Die Raumproblematik kennen viele Jüdische Gemeinden in Deutschland.

Dabei knüpft das progressive Judentum in der Hansestadt an eine fast 200-jährige Tradition an, die 1817 mit der ersten reform-jüdischen Gemeinde Hamburgs begründet wurde und die 1938 vom Nationalsozialismus abrupt unterbrochen wurde, nur sieben Jahre nach der Einweihung des dritten „Hamburger Israelitischen Tempels“ in

der Oberstraße. Im August 2004 dann formierte sich eine neue Liberale Jüdische Gemeinde in Hamburg, die heutige LJGH. Zu Beginn bestand sie aus zwölf Gründungsmitgliedern, die sich in der orthodox geprägten Jüdischen Gemeinde Hamburg nicht heimisch fühlten.

Heute hat die LJGH inzwischen mehrere hundert Gemeindeglieder und Mitglieder im angeschlossenen Freundeskreis. Die Liberale Jüdische Gemeinde möchte nicht nur an eine echte

Hamburgische Tradition anknüpfen, sondern ein lebendiges, pluralistisches und modernes Judentum in Hamburg wieder-etablieren, das die reform-jüdischen Werte vertritt. Dazu gehört im Besonderen die Gleichstellung von Frau und Mann in Gottesdienst und Gemeinde. So hat die Gemeinde bereits seit mehreren Jahren mit der Sängerin Dana Zeimer eine weibliche Kantorin. Ebenso wie Rabbiner Dr. Navon engagiert sich die LJGH seit ihrer Gründung im interreligiösen Dialog und pflegt freundschaftliche Beziehungen zu christlichen und muslimischen Vertretern und Organisationen. In den Gottesdiensten werden regelmäßig Gäste willkommen geheißen.

Gemeinsam freuen sich die Gemeinde und Rabbiner Dr. Navon auf eine erfolgreiche Zukunft und ein lebendiges progressives Judentum in Hamburg. Die LJGH hat große Pläne.

Die Rabbinerstelle wird zunächst für ein halbes Jahr durch Spenden finanziert. Die Gemeinde sucht nach weiteren Möglichkeiten einer langfristigen Finanzierung. Kurzfristig ist sie dazu auf weitere Spenden angewiesen, doch langfristig bleibt bei der Finanzierung einer liberalen Rabbinerstelle in Hamburg nur auf die Hilfe der Hamburgischen Senatskanzlei zu hoffen.

Weitere Informationen unter www.davidstern.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in einer digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Die hippste Synagoge Berlins

Die Party-Juden vom Fraenkelufer

Von Nina Peretz

Diskussionen gehören eben dazu

Am Fraenkelufer in Berlin-Kreuzberg steht seit fast hundert Jahren ein jüdisches Gebetshaus. Ob es bestehen bleibt, war lange Zeit unsicher. Doch nun blickt eine junge jüdische Initiative wieder positiv in die Zukunft.

Auf den ersten Blick könnte man die Lage als bedrohlich empfinden. Nur fünf Gehminuten von der Kreuzberger Synagoge am Fraenkelufer entfernt beginnt der „Kotti“, eine Berliner Mischung aus sozialem Brennpunkt und Zentrum des Nachtlebens. Wenige Schritte in die entgegengesetzte Richtung führen zu der Straße, die im April 2014 Schlagzeilen gemacht hat, weil dort ein junger Israeli von arabischen Jugendlichen niedergeschlagen wurde. Einige hundert Meter weiter beginnt Neukölln, in den Medien regelmäßig als „No-Go-Area“ für Kippa-Träger betitelt. Dazwischen liegt die Synagoge – umgeben von einem hohen Zaun, von Sicherheitskameras beobachtet, Tag und Nacht durch Polizei geschützt. Juden fühlen sich bedroht, dieser Eindruck muss bei Passanten entstehen, die sich dem Kreuzberger Gebetshaus nähern.

„Wir wurden gerettet – lasst uns feiern!“

Auch an diesem Mittwochabend Anfang März ist die Synagoge gut geschützt, die Polizei hat Unterstützung durch zusätzliches Sicherheitspersonal. Drin laufen die Vorbereitungen für einen Feiertag, der sich passenderweise um die existenzielle Bedrohung des jüdischen Volkes dreht. Das Purim-Fest erinnert daran, wie Königin Esther vor zweieinhalbtausend Jahren in Persien ihr Volk vor dem machtbeflissenen Kanzler Haman rettete. Die Geschichte Esthers wird einmal im Jahr zu Purim laut in der Synagoge gelesen, so auch am Fraenkelufer. Und wie an vielen Orten ist dies der Anlass für eine ausgelassene Feier.

Kurz vor Gebetsbeginn wird es voll in der Synagoge. Purim feiern ist beliebt, vor allem bei jüngeren Menschen – auch weil es zu den religiösen Geboten des Feiertags gehört, sich zu verkleiden und zu betrinken. Und so sitzen auf den Bänken der Synagoge kleine Superhelden und Prinzessinnen, ein Rotkäppchen im Dirndl zusammen mit einem grausig bemalten Wolf, ein Einhorn, ein Seemann und viele andere bunte Gestalten, die man an diesem Ort des Gebets nicht erwartet hätte. Selbst der Rabbiner, der später vorn auf dem Podium den Gottesdienst leiten wird, trägt einen falschen Bart und eine riesige Brille.

Als Jude in Berlin? Fast ein Wunder.

Noch etwas passt nicht ganz ins Bild eines Gebetshauses: Ein Kamerteam filmt die Vorbereitungen im Gemeinderaum, wo einige Frauen gerade ein Festtagsbuffet für die Gäste aufbauen. Dann richtet sich die Kamera auf einen jungen Mann und begleitet ihn dabei, wie er seine Alltagskleidung ablegt und sich in den „Hebrew Hammer“ verwandelt, eine kultige Filmfigur mit schwarzer Sonnenbrille und dicken Goldketten. Die Verkleidung gehört für den 29-jährigen William Glucroft zum Feiertag dazu, genau wie die

anderen Feiertagsbräuche und -gebote: Spenden und Geschenke verteilen, die Geschichte Esthers lesen und ein Festmahl genießen, bei dem auch reichlich Alkohol fließt. Der Beitrag soll am Tag darauf in einem Fernsehmagazin gesendet werden und den Zuschauern einen Eindruck von einem jüdischen Fest geben. „Das ist mein liebster Feiertag!“, sagt William gutgelaunt in die Kamera und dann etwas ernster: „Die Gemeinschaft hier in der Synagoge am Fraenkelufer ist mir sehr wichtig. Ich weiß: Dass ich heute



als Jude in Berlin feiern kann, ist eigentlich ein Wunder!“

Auch dass es am Fraenkelufer am Purim-Fest so laut und wild zugeht, grenzt an ein Wunder. Vor wenigen Jahren war die kleine Synagoge in Kreuzberg noch weit davon entfernt, ein Zentrum jungen jüdischen Lebens zu sein. Neben den größeren und bekannteren Synagogen in Berlin blieb das Fraenkelufer lange Zeit unauffällig. Der Altersdurchschnitt der Beter war so hoch, dass einige daran zweifelten, ob das 1916 eingeweihte Gebetshaus seinen hundertsten Geburtstag als aktives Gemeindezentrum erleben würde. Vor allem die jüngeren Beter am Fraenkelufer merkten, dass sie etwas unternehmen mussten, wenn ihre Synagoge nicht langsam in Vergessenheit geraten sollte.

Potenzial im Kiez

Und dann kam „Kreuzkölln“: Die Gegend mit ihren unsanierten Altbauten, in denen lange Zeit niemand wohnen wollte, der es sich anderswo leisten konnte, wurde zum Szenebezirk. Mit den Künstlern, den Bars und den Yogastudios kamen auch jüdische Neu-Berliner – aus Israel, den USA und anderswo. Was lag also näher, als das Potenzial zu nutzen, das im direkten Umfeld der Synagoge schlummerte: Junge Juden aus aller Welt, mit den unterschiedlichsten Hintergründen: Religiös und unreligiös, Singles und Familien, Künstler und Startup-Gründer. Eine Einladung zum Schabbat-Abendessen im November 2012 war der Anfang, eine Facebook-Gruppe und eine selbstgestrickte Webseite der nächste Schritt, und nur wenig später war das Fraenkelufer in aller Munde.

Vormals vor den Blicken der Öffentlichkeit abgeschottet, wurde das Kreuzberger Gebetshaus attraktiv für Menschen, die sonst niemals einen Fuß in eine Synagoge gesetzt hätten. Ein Wandel, der neue Herausforderungen mit sich brachte. „Junge Menschen aus den verschiedensten Ländern mit der in die Jahre gekommenen Beterschaft zusammenzubringen – auch noch in einer traditionell-konservativen Synagoge – das ist schon eine spannende Aufgabe“, sagt Jonathan Marcus. Die Familie des Ur-Berliners betet schon seit vier Generationen am Fraenkelufer

und hat im Lauf der Jahrzehnte miterlebt, wie sich das Umfeld der Synagoge immer wieder gewandelt hat. Jonathan ist Mitbegründer der Beterinitiative „Freunde des Fraenkelufers“, die die aktuellen Veränderungen auf den Weg gebracht hat. Die hundertjährige Tradition des Gebetshauses ist ihm wichtig. Trotzdem lässt er den Ausspruch „Das haben wir doch schon immer so gemacht“ nicht als Argument gegen Wandel gelten, im Gegenteil: „Veränderung ist in der Synagoge Fraenkelufer schon

immer von den Beterinnen und Beter ausgegangen. Wichtig ist, dass dabei nichts überstürzt wird und dass auf die Interessen möglichst vieler Rücksicht genommen wird.“ Gespräche und Diskussionen gehören deshalb schon fast so zum wöchentlichen Ritual wie das Gebet am Schabbat.

Essen für die Beter – und die Polizei

Viel diskutiert wird auch über die Frage, wie viel Schutz die kleine jüdische Einrichtung am Kanal zwischen Kreuzberg und Neukölln benötigt. Im religiösen Alltag gehören die Sicherheitsmaßnahmen für die Beterinnen und Beter zum Normalzustand. Die Polizisten und privaten Wachleute werden freundlich



Die jüngste Gemeinde Berlins.

gegrüßt und bei Veranstaltungen auch mal mit Essen und warmen Getränken versorgt. Aufregend wird es immer dann, wenn neue Gesichter ins Fraenkelufer kommen, zum Beispiel als die Freunde des Fraenkelufers im vergangenen Winter einen gemeinsamen Kurs mit der Salaam-Schalom-Initiative in der Synagoge veranstalteten. Fast vierzig Teilnehmer – Juden, Muslime und Nicht-Religiöse – kamen dazu ans Fraenkelufer, um mit dem Rabbinerstudenten Armin Langer religiöse Quellen zu analysieren. „Wie koscher sind Muslime?“ hatte der Initiator von Salaam-Schalom den Kurs betitelt und damit großes Interesse hervorgerufen.

Junge Juden und Muslime, die anhand von Talmud- und Thora-Texten

und rabbinischen Abhandlungen über ihre Beziehung nachdenken, das war neu. Aktuelle Konflikte, sei es im Nahen Osten oder im Kiez um die Ecke, sollten bei den Diskussionen keine Rolle spielen. Zugleich berührte der Kurs natürlich Themen der Gegenwart und des Alltags. „Wie macht ihr das denn bei euch?“, „Wie betet ihr?“, oder „Wie ist das denn mit den Speiseregeln?“ Über solche Fragen kamen die Teilnehmer sich näher, lernte sich kennen, bauten Berührungsängste ab. „Ich wohne schon seit meiner Geburt direkt um die Ecke, und habe die Synagoge immer nur von außen gesehen“, äußerte sich eine der muslimischen Teilnehmerinnen nach dem Kurs. Die Einladung zu „Wie koscher sind Muslime?“ hat ihr zum ersten Mal die Türen zum jüdischen Gebetshaus geöffnet. Im Dezember gab es den Gegenbesuch in der Neuköllner Şehitlik-Moschee unter dem Motto „Wie halal sind Juden“. Für viele Teilnehmer war es das erste Mal, dass sie die prunkvolle Moschee am Columbiadamm betraten. Der nächste Austausch ist für Ende Mai geplant: Dann laden Salaam-Schalom und die Freunde des Fraenkelufers zu „Wie koscher sind Muslime – Teil 2“ in die Synagoge ein.

Nicht hinter verschlossenen Türen agieren

„Wir wollen gut mit unseren Nachbarn zusammenleben“, fasst William Glucroft, der ebenfalls mit den „Freunden des Fraenkelufers“ aktiv ist, den Grundgedanken zusammen. „Dazu gehört selbstverständlich, dass man sich mit ihnen austauscht und sie auch ins eigene Haus einlädt.“ Das ist auch ein Grund, warum engagierte Beter fast jede Woche ehrenamtlich Schülergruppen von überall her durch die Synagoge führen. Oder warum interessierte Gäste nach voriger Anmeldung auch an einem Schabbatgebet teilnehmen können. „Indem wir uns öffnen, zeigen wir der Außenwelt, dass in unseren Räumen nichts Geheimnisvolles stattfindet“, ergänzt Michael Joachim. Der ehemalige Synagogenvorstand weiß, dass man den Menschen nur die Angst vor dem Fremden nehmen kann, indem man es etwas weniger fremd macht. Deshalb unterstützt er es auch, dass die Betergemeinschaft sich an den religiösen Begegnungstagen in Kreuzberg beteiligt und sich an einem weltweiten jüdischen Freiwilligentag für soziale Einrichtungen im Kiez engagiert.

Auch wenn jede Aktivität am Fraenkelufer unter den strengen Augen der Sicherheitsleute erfolgt – was für die Beter längst Gewohnheit ist, sorgt bei anderen noch für Irritation. Ob die Wachleute denn vor der Tür stünden, weil es in Frankreich Angriffe auf jüdische Einrichtungen gegeben habe, fragt eine französische Touristin, die mit ihrem Mann das Samstagsgebet besucht. Sie reagiert erstaunt, als man ihr erklärt, das sei schon seit einem Vierteljahrhundert so.

Die Gäste des Purim-Fests haben Polizei und Sicherheit längst vergessen. Im Gebetsraum lärmt und tobt es: Jedes Mal, wenn in der Erzählung Esthers der Name Haman fällt, wird gerasselt, geklopft und gejohlt, um den Namen des Feindes zu übertönen. Danach, so das religiöse Gebot, soll man so ausgelassen feiern, dass man nicht mehr zwischen Gut und Böse unterscheiden kann. Eine Aufforderung, alte Feindbilder über Bord zu werfen? Vielleicht.

Die Autorin ist seit fünf Jahren Beterin in der Synagoge und Mitbegründerin der Initiative „Freunde des Fraenkelufers“. Die aus Reutlingen stammende Jüdin lebt mit ihrem Mann, einem Israeli, in Berlin-Neukölln.

Jüdische Kranken- und Altenpflege

Besondere Anforderungen an speziell geschultes Personal

Von Wolfgang Seibert

Es ist in jüdischen Gemeinden nicht anders als in der übrigen Gesellschaft: Die Menschen werden immer älter und damit oft auch pflegebedürftig. In jüdischen Familien ist es meist Tradition, dass pflegebedürftige Menschen von den Angehörigen gepflegt werden. Was aber, wenn dies, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich ist. Ein Pflegedienst, der alte und kranke Menschen versorgen kann, ist schnell gefunden, aber für sehr viele Juden ist es wichtig, dass sie auch nach jüdischen Traditionen gepflegt werden, sie benötigen eine „jüdische Pflege“, einen Pflegedienst, der sie nach ihren Vorstellungen, ihren Traditionen und nach jüdischen Grundsätzen pflegt.

Zu bemerken ist noch, dass es die ersten jüdischen Pflegedienste schon gab, als der Begriff häusliche Pflege meist noch die Pflege durch Angehörige war. Schon um 1920 entstanden, damals getragen von einigen jüdischen Gemeinden Gruppen, die sich um kranke, alte Menschen aus den Gemeinden kümmerte. Da es damals auch noch keine Pflegekassen gab, mussten die Kosten in den meisten Fällen von den Gemeinden getragen werden.

Die religiöse Grundlage jüdischer Pflege

Der Begriff „Bikkur Cholim“ spielt im jüdischen Leben allgemein eine große Rolle. Bikkur Cholim könnte man frei als „Krankenbesuch“ übersetzen. Es ist eine religiöse Pflicht, gegenüber Juden und Nichtjuden. Die Wahrnehmung von Verantwortung gegenüber einem kranken Menschen wird zu den verdienstvollen Handlungen gerechnet, deren religiös-moralische Verpflichtung aus dem Talmud abgeleitet wird. Hier wird als Beispiel angeführt, dass Gott selbst Abraham drei Tage nach seiner Beschneidung einen Krankenbesuch abgestattet habe. Kranken Menschen Trost und Hilfe zu spenden, ist ein wichtiges Gebot jüdischer Ethik. „Wer den Besuch eines Kranken unterlässt, ist gleichsam, als ob er eine Menschenseele getötet hätte“ (Rabbi Akiba). Als besonders verdienstvoll gilt der Krankenbesuch am Schabbat oder an Feiertagen. In einem solchen Fall ist es erlaubt, beim Besuch von Schwerkranken, die Schabbat-Vorschriften, z.B. das Arbeitsverbot, zu übertreten.

In vielen Gemeinden gibt es Gruppen, die diese Aufgabe erfüllen, die Gemeinden erteilen gerne Auskunft darüber, wie man Kontakt aufnehmen kann.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist hier bereits angesprochen worden, muss aber noch einmal betont werden: Jüdische Pflege richtet sich nicht nur an jüdische Pflegebedürftige, sondern an alle Menschen, die Pflege brauchen.

Was bedeutet jüdische Pflege?

Die meisten jüdischen Pflegedienste stehen vor dem Problem, dass nicht genügend jüdische Pflegekräfte zur Verfügung stehen und man deshalb auf nichtjüdische Pflegekräfte zurückgreifen muss. Diese Kräfte müssen natürlich in Grundsätzen der jüdischen Pflege eingearbeitet werden, auch viele jüdische Pflegekräfte kennen diese Grundsätze nicht so genau. Von der Schulung dieser Grundsätze profitieren also beide Seiten.

Was aber unterscheidet jüdische Pflege von „normaler“ Pflege? In erster Linie ist es die Zuwendung an den zu pflegen-

den Menschen. Das bedeutet, dass das Pflegepersonal sich Zeit nehmen muss für den Patienten, dass sie gut zuhören müssen und die Wünsche des Kunden respektieren und beachten müssen. Alleine dieser Punkt bedeutet einen höheren Zeitaufwand als der, den der Medizinische Dienst der Krankenkassen ansetzt und auch bezahlt. Auf die Frage, ob das automatisch höhere Kosten für den zu Pflegenden bedeutet, komme ich später zurück. Wichtig bei der jüdischen Pflege ist natürlich die genaue Kenntnis der Kaschrut, der jüdischen Speisegesetze. Das bedeutet nicht nur, dass man wissen muss, was gegessen und getrunken werden darf, sondern es betrifft auch den Einkauf von Lebensmitteln, der in den meisten Fällen vom Pflegedienst gemacht werden muss. Welche Lebensmittel im normalen Supermarkt sind koscher? Welche Lebensmittel müssen in einem



koscheren Geschäft eingekauft werden, oder über die jeweilige jüdische Gemeinde besorgt werden? Viele der Lebensmittel im Supermarkt sind koscher, es ist aber oft schwierig, nahezu unmöglich, das zu wissen. Hilfreich beim Einkauf ist dann die Koscher-Liste, die jedes Jahr von der Orthodoxen Rabbinerkonferenz neu erarbeitet und aufgelegt wird.

Oft ist es notwendig, jüdische Patienten zu Ärzten zu begleiten. Bei strenggläubigen Juden ist es oft so, dass sie Misstrauen gegenüber einigen Medikamenten haben. Als Beispiel sei hier die Frage angeführt, ob Insulin, das aus Schweinen hergestellt wird, koscher ist. Prinzipiell ist es so, dass alles, was Leben rettet, auch erlaubt ist. Oft wird es aber notwendig sein, einen Rabbiner zu Rate zu ziehen, um den Patienten Aufklärung zu geben, oder gemeinsam nach Alternativen zu suchen. In den größeren Städten gibt es meist auch jüdische Ärzte, die helfen können.

Natürlich ist es sehr wichtig jüdische Sitten und Gebräuche für Schabbat und Feiertag zu kennen. Es gibt einige jüdische Feiertage, an denen Fasten vorgeschrieben ist. Selbstverständlich sind kranke, alte und schwache Menschen von dieser Pflicht ausgenommen.

Eine besonders wichtige Aufgabe, aber auch eine für das Pflegepersonal sehr schöne, ist es, gemeinsam mit den Pflegebedürftigen die Kerzen für Schabbat oder die Feiertage zu entzünden. Wenn es notwendig ist, muss das Pflegepersonal auch die erforderlichen Segenssprüche, die Brachot, sprechen. Das sollte aber nur

jüdisches Pflegepersonal machen. Es ist ganz klar, dass dafür Personal gebraucht wird, das mit jüdischen Sitten und Gebräuchen vertraut ist und sie beherrscht. Die jüdischen Gemeinden sind sicher bereit, das Personal für diese Dinge zu schulen. Regelmäßig werden auch Kurse für Bikkur Cholim von der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland angeboten. Die jüdischen Gemeinden sind auch hier sicher bereit, bei vielen Dingen der Pflege beratend und helfend zur Seite zu stehen.

Wichtig ist auch den Patienten, wenn es gewünscht wird, dabei zu helfen am Schabbat oder den Feiertagen den Besuch der Synagoge zu ermöglichen. Auch hier kann man die jüdische Gemeinde bitten, beim Transport hin und zurück zu helfen. Dazu braucht man keine ausgebildeten Pflegefachkräfte. In den meisten Gemeinden gibt es eine Bikkur-Cholim-

den in Nürnberg, Frankfurt/Main, Köln, Hannover, Düsseldorf, München und Berlin unterhalten solche Heime, in denen streng nach jüdischen Grundsätzen gepflegt wird. Die meisten Heime besitzen auch eine eigene Synagoge und werden rabbinisch betreut, das Essen ist selbstverständlich koscher. Nähere Auskünfte kann man bei den entsprechenden Gemeinden erhalten.

Ist jüdische Pflege teurer als andere Pflege?

Jede Pflege hat ihren Preis. Die Beträge, die die Pflegekassen erstatten, reichen meist bei Weitem nicht aus. Jüdische Pflege ist sehr zeitaufwändig und intensiv. Eine Zuzahlung der Patienten zu den sogenannten Pflegeschleistungen (das ist das Geld, das die Pflegedienste von den Pflegekassen bekommen) ist oft notwendig. Je nach Aufwand kann diese Zuzahlung recht hoch ausfallen. Viele der Pflegebedürftigen können sich das aber einfach nicht leisten. Besonders betroffen dabei sind die Menschen, die die sogenannte „Grundsicherung im Alter“ bekommen, weil ihre Rente unter dem Existenzminimum liegt. Ein Schicksal, das heute immer mehr Rentnerinnen und Rentner erleiden. Die Sozialämter, die für die Auszahlung der Grundsicherung vornehmen, übernehmen die Mehrkosten nicht, weil es dafür keine Rechtsvorschriften gibt. Sollen deswegen aber jüdische Pflegebedürftige auf jüdische Pflege verzichten? Viele der jüdischen Pflegedienste verzichten deshalb auf die Zuzahlung, versuchen sie zu kompensieren durch den verstärkten Einsatz von Pflegehelfern. Dies kann aber nicht die richtige Lösung sein.

Es ist ein grundsätzliches Problem der Pflege in Deutschland, dass die Zahlungen der Pflegekassen nicht ausreichend sind, um eine gute Pflege zu gewährleisten. Auch Politiker aller Richtungen haben das erkannt, aber außer Sonntagsreden keine Lösungen angeboten. Auch die jüdischen Gemeinden in Deutschland sind nicht in der Lage hier zu helfen. Die Staatsverträge, die die staatliche Hilfe für die jüdischen Gemeinden regeln, sind oft nur so niedrig dotiert, dass sie kaum ausreichen, die Gemeinden am Leben zu erhalten. Die Bikkur-Cholim-Gruppen tun, was sie können, sie dürfen aber nicht dazu benutzt werden, jüdische Pflege vom Staat auf die Gemeinden zu verlagern.

Ich wünsche mir, dass die Politik dafür sorgt, dass Menschen wegen ihrer Mittellosigkeit auf eine Pflege gemäß ihren religiösen Überzeugungen nicht verzichten müssen. Eine Erhöhung der Vergütung für die Pflegedienste und die Heime, nicht nur der jüdischen, wäre sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung und würde es zumindest erleichtern, Menschen würdig zu pflegen.

Gruppe, die sicherlich solche Aufgaben übernehmen werden.

Jüdische Pflegedienste, Alten- und Pflegeheime

In vielen Städten Deutschlands gibt es entweder jüdische Pflegedienste oder Pflegedienste, die sehr eng mit den jeweiligen jüdischen Gemeinden zusammenarbeiten. Als Beispiel seien hier die Städte Frankfurt am Main, Berlin, München, Kiel und Pinneberg angeführt. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Gemeinden in Deutschland sind aber in der Lage, Pflegedienste zu empfehlen oder zu vermitteln.

Es ist zwar üblich in jüdischen Familien, kranke und alte Menschen in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung zu pflegen, aber oft ist eine Erkrankung so schwer, dass Heime in Anspruch genommen werden müssen. Die Gemein-

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 62 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Israel nimmt den Kampf gegen Krebs auf

Die Wissenschaftsnation Israel prescht voran

von Michael Selutin

Es gibt wohl kaum einen besseren Bereich für Israel, ein Segen für die Welt zu sein, als in der Medizin. Entwicklungen aus dem kleinen Land helfen mittlerweile Menschen weltweit mit verschiedensten Problemen, tragen zur Heilung und zur Stärkung des Wohlbefindens bei. Die vielleicht tödlichste Krankheit unserer Zeit ist der Krebs. In Deutschland ist Krebs nach Herz-Kreislauferkrankungen die zweithäufigste Todesursache. Gegen die vielen Formen, in denen sich die Krankheit äußert, ist noch kein absolutes Heilmittel gefunden worden.

Verschiedene Forschungsteams aus Israel wollen dieser Situation nun ein Ende bereiten und sind ihrem Bestreben bereits weit fortgeschritten. Universitäten und private Firmen arbeiten dabei Hand in Hand, nicht zuletzt weil man sich hier gut kennt und der Übergang von Forschung zu Wirtschaft in Israel fließend ist.

Die drei neuesten israelischen Entwicklungen, die Ärzten und Patienten helfen, dem Krebs Einhalt zu gebieten, lassen hoffen, dass sich Patienten bald nicht mehr wehrlos verschiedensten schmerzvollen Behandlungsmethoden ergeben müssen.

Stärken statt zerstören

Eine dieser Entwicklungen stellt die bisherige Krebsbehandlung auf den Kopf und verspricht, die Chemotherapie komplett abzulösen.

Die so genannte Immunotherapie zielt auf die Stärkung des Immunsystems ab, so dass dieses Krebszellen selbst zerstört. Das ist ein bemerkenswerter Sinneswandel in der medizinischen Gemeinschaft, die bisher auf Chemo- und Strahlentherapie setzte. Diese Behandlungsmethoden zerstören jedoch auch gesunde Zellen und schädigen Organe, von noch schlimmeren Nebenwirkungen ganz zu schweigen.

Das neue Medikament heißt „Keytruda“ und wurde in den USA und Großbritannien bereits zugelassen. Anstatt einen Tumor mit chemischen Mitteln zu zerstören, initiiert das neue Medikament sanfte und ausgeklügelte Manipulationen des natürlichen Immunsystems, welches dadurch veranlasst wird, Krebszellen selbst anzugreifen und zu zerstören. Wenn die neue Methode die in sie gesetzten hohen Erwartungen erfüllt, bedeutet das eine Revolution in der Onkologie.

Für das Entwicklerteam um Dr. Gal Markel im Sheba Ella Institut bei Tel Aviv steht außer Frage, dass der Immunotherapie im Bereich der Krebsbekämpfung die Zukunft gehört. Anders als herkömmliche Therapien behandelt sie nicht den Tumor, sondern die gesunden Zellen des Immunsystems, denn auch der gesunde Körper produziert fortwährend Krebszellen, die jedoch umgehend durch das Immunsystem zerstört werden. Der Körper ist also durchaus in der Lage, Krebszellen zu eliminieren, verliert aber diese Fähigkeit bei Krebspatienten aus bisher noch unbekanntem Grunde. Diese Fähigkeit soll durch die Immunotherapie wiedererlangt werden.

„Jede Sekunde produziert unser Körper defekte Zellen“, erklärt Markel. „Eine Aufgabe des Immunsystems ist, diese defekten Zellen zu finden und zu zerstören. Dieser Prozess findet in jedem von uns dauernd statt. Aus verschiedenen Gründen, sei es genetisch bedingt oder von der Umwelt initiiert, geht manchmal etwas schief und die unerwünschten Zellen können sich reproduzieren. Das Immunsystem passt sich



Kernspintomographie zur Krebs-Vorsorge

daraufhin den neuen, irregulären Zellen an und zerstört sie. Diese antworten wiederum, stellen sich auf die neue Abwehr ein und es entsteht eine Art Balance, in der ein Krebsgeschwür manchmal jahrelang unter der Oberfläche schlummert und nicht ausbricht. Wenn ich zum Beispiel sehe, dass eine Patientin einen Knoten in der Brust hat, weiß ich, dass die Krebszellen das Immunsystem bereits besiegt haben und die Balance außer Kraft gesetzt wurde.

Sobald dies passiert, beginnt der Krebs sich mit Höchsttempo auszubreiten. Mit dem neuen Medikament kann dieser Prozess jedoch wieder rückgängig gemacht werden. Das Immunsystem kann dazu angestachelt werden, die Krebszellen anzugreifen und zu zerstören. Patienten können nach einigen Wochen wieder ein normales Leben führen.“

Das Medikament wird von der Firma Merck vertrieben (in Deutschland unter dem Namen MSD Sharp & Dohme GmbH bekannt) und ist in den USA und in Großbritannien lediglich zur Behandlung von Patienten mit nicht resezierbarem oder metastasiertem Melanom und Tumorprogression zugelassen, weitere Anwendungsgebiete sind zwar möglich, aber müssen zuerst noch geprüft werden. Im Rest Europas muss man noch auf die Zulassung warten.

Neue Transportwege

Eine andere Entwicklung, die den Kampf gegen Krebs revolutionieren könnte, ist noch weit von der Marktzulassung entfernt, aber auch sie verspricht das Ende der traditionellen Chemotherapie, die den Patienten so viele Schäden zufügt. Ein Teil des Problems bei der Chemotherapie ist nämlich die Art der Verabreichung der Medizin, die bisher intravenös stattfindet. Ein Forschungsteam der Technion Universität in Haifa entwickelt nun eine Trägermethode, die stattdessen auf Porösem Silizium (abgekürzt pSi) basiert. Diese Nano-Siliziumträger würden das Medikament zum Tumor tragen und könnten oral eingenommen werden.

Das Geheimnis der porösen Nano-Siliziumträger liegt in ihrem großen Oberflächen-Volumen-Verhältnis im Bereich von bis zu 500 m²/cm³. Sie können dadurch große, oder viele Moleküle tragen, die mit dem Medikament besetzt sind. Zusätzlich

sind die Siliziumträger biologisch abbaubar, sie zerfallen nach ihrer Verwendung in harmlose Kieselsäuren und werden über Urin wieder ausgeschieden. Damit sind die Vorteile der Nanoträger noch nicht ausgeschöpft, denn sie sind darüber hinaus auch bio-kompatibel, sie werden also vom Körper nicht abgestoßen und erzeugen deswegen keine Gegenreaktion wie Entzündung oder Blutgerinnung. Weiterhin sind die Siliziumträger sehr vielseitig und können eingenommen, injiziert oder implantiert werden. Vorher können sie mit verschiedenen Dosierungen bestückt werden, die genau auf die Bedürfnisse des Patienten abgestimmt sind.

Diese Methode der Nano-Partikel bei der Einnahme von Medikamenten ist ein sehr eleganter Transportmechanismus, der beim Patienten weit weniger Schäden anrichtet als die Chemotherapie.

Diagnose in Minutenschnelle

Die Diagnostizierung von Krebs ist ein wichtiger Faktor für seine Bekämpfung und der Faktor Zeit ist von hoher Bedeutung, wenn man die Entwicklung von Tumorzellen aufhalten will. Dabei sind Patienten in Industrieländern solchen in Entwicklungsländern meilenweit voraus, da ihnen modernste Technologien und ein gut ausgebautes Netz an Fachkräften zur Verfügung stehen.

Ilan Landesman, der Gründer und Chef der israelischen Firma Biop Medical, hat nun ein Gerät zur Erkennung von Gebärmutterhalskrebs entwickelt, das besonders Frauen in der Dritten Welt helfen soll, diese tödliche Krankheit zu erkennen.

Gebärmutterhalskrebs ist weltweit die viertgrößte krebserzeugende Todesursache bei Frauen. Da der Zeitpunkt der Diagnose und der Zugang zu Diagnosewerkzeugen einen wichtigen Unterschied für die Überlebenschancen der Patientinnen machen, sind gerade Frauen in Entwicklungsländern einem enormen Risiko ausgesetzt.

Bisher testet man Frauen mit einem Pap-Abstrich (benannt nach dem griechischen Arzt George Papanicolaou), der Zellen des Gebärmutterhalses sammelt, die dann zur Analyse in ein Labor geschickt werden. Selbst in westlichen Großstädten liegt das Ergebnis erst nach einigen Wochen vor. Bei Verdacht wird bei der Patientin eine Kolposkopie durchgeführt, auf deren Er-

gebnisse wiederum einige Wochen gewartet werden muss. Ob es sich auch wirklich um Krebs handelt, ist selbst dann nicht klar und weitere Tests müssen durchgeführt werden.

All diese Prozeduren sind bereits für Patientinnen einer europäischen Großstadt sehr zeitaufwändig und bedürfen modernster Techniken. Für Frauen in Afrika zum Beispiel sind sie absolut außer Reichweite. Ilan Landesman hat nun ein Gerät entwickelt, das all diese Hürden beseitigt und dazu noch kostengünstig ist. Im Grunde handelt es sich beim Biop-Gerät um eine Kamera, die mit einem Cloud-System verbunden ist, das eine große Menge an ähnlichen Krebsfällen zum Vergleich bereit hat. Das hochauflösende optische System der Kamera sendet Bilder aus dem Gebärmutterhals an einen Server, der sie analysiert und mit anderen, ähnlichen Fällen des Krebsgeschwürs in verschiedenen Stadien seiner Entwicklung vergleicht.

Nach nur einigen Minuten schon sind die Resultate der Analyse wieder beim behandelnden Arzt, dem auch mitgeteilt wird, ob sich bei den von der Kamera aufgenommenen Zellen um normale oder krebsbefallene Zellen handelt. Nach Angaben von Biop Medical waren die Diagnosen bei Tests in Europa und den USA zu 90 Prozent treffsicher. Für die Analyse der Bilder wird eine Software der Firma IBM genutzt, die einen speziellen Algorithmus entwickelt hat, der die Daten jeder neuen Patientin in seine Datenbank aufnimmt und damit in seiner Diagnose immer ziel-sicherer wird.

Nur ein Bereich von vielen

Krebs ist eine sehr häufige und schwere Krankheit, aber trotzdem nur eine von vielen. Israelische Entwicklungen in der Medizin umfassen weit mehr Bereiche, und Forschungsteams aus verschiedenen Instituten arbeiten an Heilmitteln für alle denkbaren Krankheiten. Aber auch die Medizin ist nur ein Bereich von vielen, in dem sich Israel zu einem Segen für die Menschheit entwickelt. Die Landwirtschaft, die Müllentsorgung und -vermeidung, die Informationstechnologie und viele weitere Aspekte des Lebens werden durch israelische Erfindungen und Produkte verbessert oder erst möglich gemacht.

Die Sterbehilfe-Debatte betrifft auch jüdische Gemeinden

In Bielefeld will man einen jüdischen Blick auf das heikle Thema werfen



Von Dr. Stephan Probst

Viele Menschen werden durch die aktuelle Sterbehilfedebatte verunsichert und spüren Ängste, wenn sie an ihr eigenes Lebensende oder das ihrer Angehörigen denken. Diese durch die öffentliche Diskussion geweckten Ängste haben weniger mit der adäquaten Angst vor der Endlichkeit des Lebens und der Aussicht auf den Tod zu tun, als mit Vorstellungen von Leid, Autonomie- und Würdeverlust am Lebensende, die so gar nicht in unsere Zeit, in der wir scheinbar alles beherrschen können, hineinpassen wollen. Die sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft intensiv geführte Diskussion kann aber (und sollte auch unbedingt) eine Chance sein, jetzt zu definieren, was für uns und in unserer Zeit „Sterben in Würde“ heißt und zugleich die Bedingungen dafür zu schaffen, dass wir ohne Angst vor Würdeverlust dem Tod entgegensehen können. Statt unbegründete Ängste zu schüren, müssen solche genommen und Missverständnisse aufgeklärt werden. Andererseits muss klar benannt werden, was den Erhalt unserer Würde am Lebensende tatsächlich gefährden könnte und was wir dagegen tun können. Es muss also mit Missständen aufgeräumt werden. Antworten auf den in vielzitierten Umfragen scheinbar bewiesenen großen Bedarf an Möglichkeiten einer aktiven Sterbehilfe, fallen dann überraschend anders aus, wenn wir ernsthaft miteinander über Sterben und Tod sprechen und uns auf das Thema angemessen einlassen.

Der Bundestag hat sich vorgenommen, im kommenden Herbst über verschiedene fraktionsübergreifende Anträge abzustimmen, die die Suizidbeihilfe regeln sollen. Die politische Debatte wird inzwischen objektiver und differenzierter geführt, oft hört man auch den Verweis auf die christlich-jüdische Kultur und ihre Werte. Aber wie wird die Diskussion in den jüdischen Gemeinden und Familien geführt? Liegen in der gesellschaftlichen und politischen Debatte auch Chancen für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland?

In der öffentlichen Diskussion, in der jüdische Stimmen nur sehr vereinzelt zu hören sind und die nur zaghaft in der hiesigen jüdischen Gemeinschaft fortgeführt wird, gehen viele Begrifflichkeiten durcheinander und dadurch wird weit über das eigentliche, durch die Gesetzesinitiative des Gesundheitsministers Gröhe zu entscheidende Thema, nämlich die ärztliche Suizidassistentz hin-

aus diskutiert. Während in der breiten Gesellschaft die Begriffe aktive, passive und indirekte Sterbehilfe oder palliative Sedierung aus medizinischer, ethischer und juristischer Perspektive definiert und diskutiert werden, haben wir die Gelegenheit, an dieser Stelle einen jüdischen Beitrag hierzu zu geben. Ein jüdischer Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion könnte ein wunderbares Signal sein, dass das Judentum Teil der deutschen Gesellschaft ist und andererseits könnte es eine Entscheidungshilfe für all die sein, die im Judentum ihre religiöse und spirituelle Heimat sehen und Orientierung für eine eigene Meinung und Entscheidung zu und in diesen existenziellen Fragen suchen.

Der erste grundsätzliche Beitrag des Judentums zu dieser Diskussion ist die Klarstellung, dass Kranke, Leidende,

in seinen orthodoxesten Auslegungen den medizinischen Fortschritt nicht ab und fordert zum Erhalt des Lebens alles zu tun, was die moderne wissenschaftliche Medizin versprechen kann. Aber ab wann ist die Hoffnung, die die moderne Medizin machen kann, falsche Hoffnung? Wann ist Fortsetzung der medizinischen Maßnahmen aktives Verlängern von Schmerz und Leid anstelle gebotener Lebensverlängerung, also das, was die wissenschaftliche Medizin mit dem neuen Begriff „Futility“ bezeichnet?

Es gibt einen sanften Paradigmenwechsel in der heutigen Medizin, die sich zunehmend mit ihren eigenen Fehlentwicklungen beschäftigt, ihre eigenen Irrtümer erforscht und den natürlichen Tod mit beeindruckenden Beobachtungen wiederentdeckt. Es lohnt sich sehr, diese Erkenntnisse in halachische

Diese neuen Erkenntnisse müssen in jüdisch-medizinethische Empfehlungen einbezogen werden und mehr denn je ist der offene Dialog von Rabbinern, Angehörigen und Ärzten im Einzelfall, aber auch grundsätzlich für allgemeine Empfehlungen oder Orientierungshilfen notwendig.

Das Entscheidende bleibt immer das Gespräch im Einzelfall und das Finden des individuellen Weges für das Lebensende eines Menschen. Auch Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten sind hier nicht der Königsweg für alle Probleme, die sich am Lebensende auf-tun können. (Aber das Erstellen einer Patientenverfügung und das Bestimmen eines Vorsorgevollmachten kann ein wunderbarer Einstieg sein, über seine Vorstellungen vom eigenen Sterben nachzudenken und mit seinen Angehörigen darüber zu sprechen.) Genauso wenig hat die Palliativmedizin auf alle Situationen, die bei einem Menschen Gedanken an einen Suizid zur Verkürzung von Leid und Not entstehen lassen, eine Patentlösung im Repertoire. Aber der scheinbar so große Bedarf an Möglichkeiten einer aktiven Sterbehilfe, den uns viele Umfrageergebnisse suggerieren wollen, zeigt vielmehr, dass ein Bedarf an einer menschlichen Hilfe beim Sterben besteht. Diese Hilfe können Juden im Judentum finden, zumal wenn das Judentum der Lebenswirklichkeit gemäße Antworten gibt.

Der lange schon notwendige Dialog zwischen Ärzten, Rabbinern, Pflegekräften, Psychologen, Philosophen und Juristen über die Fragen am Lebensende, von Patientenverfügung bis Sterbehilfe aus der jüdischen Perspektive soll Ende Mai in einem mehrtägigen Symposium mit dem englischen Titel „End-of-Life: Jewish Perspectives“ in Bielefeld begonnen werden. Das Symposium soll Impulse für die weitere Diskussion in der jüdischen Gemeinschaft Deutschlands bringen und die oben geschilderte Anpassung der halachischen Einschätzung an die aktuelle medizinische Wissenschaft auf den Weg bringen. Eine Herausforderung wird es sein, wie mit den auch bei noch so guter palliativmedizinischer Versorgung und noch so achtsamen Umgang der Gesellschaft mit Leidenden und Sterbenskranken, seltenen, aber trotzdem noch auftretenden Situationen umzugehen ist, in denen Menschen keinen anderen Weg sehen, als den Wunsch nach Erlösung von einem qualvollen Lebensende im Suizid zu formulieren. Der Gedanke an Suizid darf nicht durch eine apodiktische Ablehnung tabuisiert werden. Dies würde die Kranken und Leidenden, die solche Wünsche spüren, nur wieder von einer Unterstützung und Hilfe ausgrenzen, die sie wahrscheinlich am dringendsten brauchen. Insofern ist es ganz nah an der bereits zitierten Lebenswirklichkeit, dass auf der Agenda einer multiprofessionellen jüdischen Fachtagung zu den Fragen am Lebensende auch das Thema „Sterbehilfe“ aufgeführt ist und diskutiert werden wird. Dem Symposium bleibt zu wünschen, dass es den jüdischen Positionen in der deutschen Sterbehilfedebatte eine Stimme geben wird und die Chance aufgreift, die die Diskussion dem deutschen Judentum geben kann. Vielleicht wird an dieser Stelle über den Verlauf der jüdischen Diskussion weiter berichtet werden können.

Der Autor ist Arzt und im Vorstand der Jüdischen Kultusgemeinde Bielefeld tätig.



Titelbild der Bielefelder Broschüre zur jüdischen Sterbehilfe.

Alte, Demente und Behinderte keine Last sind. Sinnerfüllung kann auch aus der Begegnung mit und durch die Fürsorge für diese Menschen entstehen und das allgegenwärtige „schöner, besser und leistungsfähiger“ verspricht eben nicht immer größeres Glück. Ein gesellschaftlicher Wandel in diesem Sinne könnte einige der oben angedeuteten Ängste nehmen. Vor allem die, die dadurch entstehen, dass die Vorstellung mit Verlust der Würde zu sterben daher kommt, dass man durch seine Hilflosigkeit der Gesellschaft oder Familie zur Last fällt und sich schlimmstenfalls zum „sozialverträglichen Frühableben“ gedrängt sieht.

Die Angst, anderen zur Last zu fallen ist vorhanden und nicht ganz unbegründet. Größer aber und weitaus bedeutsamer ist die Angst, einer unmenschlichen Apparatemedizin ausgeliefert zu sein. Einer Medizin, die wir uns selbst beschert haben, indem wir den Anspruch an sie stellen, sie könne das Leben jederzeit perfektionieren, ganz im Sinne von „schöner, besser und leistungsfähiger“.

Das Judentum stellt die Heiligkeit des Lebens nahezu über alles andere und die Halacha verbietet eindeutig jede Handlung, die das Leben verkürzt, jedoch widerspricht es ausdrücklich der jüdischen Auffassung, Schmerz und Leiden aktiv zu verlängern. Das Judentum lehnt auch

Entscheidungen am Lebensende mit einzubeziehen und so einem, von außen betrachtet, paradox erscheinenden jüdischen Missverständnis entgegenzuwirken: Je traditioneller oder konservativer die Halacha bei anstehenden Entscheidungen über apparativ-technische Maßnahmen in der Medizin ausgelegt wird, desto größer erscheint das Risiko, später dadurch einer unmenschlichen Apparatemedizin ausgeliefert zu sein.

Denn um auf keinen Fall leichtfertig mit der Leihgabe des Lebens umzugehen, riskiert man lieber, Würde am Lebensende zu verlieren oder wird mit gutgemeinter und überzeugter rabbinischer Autorität hin zu solchen Entscheidungen beraten.

Bezieht man aber Ergebnisse der aktuellen palliativmedizinischen Forschung in Entscheidungen über vermeintlich lebensverlängernde Maßnahmen am Lebensende, wie künstliche Ernährung, Flüssigkeits- und Sauerstoffgabe, Einleiten von heroischen Chemotherapien, Operationen oder Wiederbelebungsmaßnahmen usw. ein, erfährt man, dass es oft medizinisch definierte Kontraindikationen zu diesen Maßnahmen gibt. Untersuchungen zeigen, dass das Nichteinleiten dieser kontraindizierten, vermeintlich lebensverlängernden Maßnahmen nicht zu einem schnelleren Versterben der Betroffenen führt.

Die letzten Monate des Unabhängigkeitskrieges

Der vierte und letzte Teil von Karl Pfeifers israelischen Kriegserinnerungen

Von Karl Pfeifer

Als ich von meinem Urlaub im Frühherbst 1948 zurückkehrte, erhielt ich den Befehl, mich im Lager Beer Jaakov beim neu formierten neunten Palmach-Regiment zu melden, dessen Kommandant Chaim Bar-Lev später Generalstabschef und Minister werden sollte. Wieder kam ich zu einer Einheit, die der leichten Artillerie zugerechnet wurde.

Bis Sommer 1948 war die israelische Armee in schweren Waffen und Flugzeugen den arabischen Invasoren unterlegen, doch dann sollte sich die Lage langsam ändern. Die arabischen Armeen litten unter dem Embargo und hatten Schwierigkeiten mit dem Nachschub von Munition und Ersatzteilen. Wir hatten zuvor im Zweiten Regiment zwei 20-mm-Kanonen, die erst im April 1948 ins Land geflogen worden waren, und zwei im Land produzierte Mörser mit 10 Geschossen gehabt. Im Neunten Regiment hatte mein Zug 3-Inch-Mörser zu bedienen, und in meiner Gruppe bekam ich die schwerste Aufgabe: das 28 kg schwere Rohr zu schleppen.

Das Militärlager hatte alle Annehmlichkeiten eines ehemals britischen Lagers, es gab ein Schwimmbassin, ein Kino und selbstverständlich eine Kantine. Da ich ein „alter“ Soldat war, musste ich nicht die Ausbildung der soeben eingezogenen Soldaten mitmachen und verbrachte den Tag mit Lesen und dem Hören von Nachrichten. Zahal hatte zwar den Vormarsch der ägyptischen Armee noch vor dem letzten Waffenstillstand gestoppt, aber ein großer Teil des Negev war noch in ägyptischer Hand und die jüdischen Orte im Negev, die ein kompaktes Territorium bildeten, waren vom ägyptischen Militär umzingelt.

War Israel noch nach dem ersten Waffenstillstand interessiert, dass dieser verlängert werde, kehrte sich die Lage nach dem zweiten Waffenstillstand um. Israel wollte nun die Invasoren verjagen und die arabischen Führer dazu bringen, einem Frieden zuzustimmen. Beides war durch Diplomatie nicht zu erreichen. Die Lage war für den jüdischen Staat gefährlich – Amerikaner und Briten wollten den Teilungsplan der UNO vom 29. November 1947 ändern und Folke Bernadotte, der schwedische UNO-Vermittler, hatte bereits angefangen, diesen Plan in Rhodos zu entwerfen. Er konnte seine Arbeit nicht beenden, denn am 17. September 1948 wurde er von vier Mitgliedern der Lechi (Sterngruppe) in Westjerusalem ermordet. Der Bernadotte-Plan, sah vor den Negev (Trans-)Jordanien zukommen zu lassen und die jüdische Einwanderung zu begrenzen – was damals einer britischen Herrschaft gleichgekommen wäre. Die Briten hatten nämlich die Absicht, den Negev für ihre Militärbasen zu verwenden. Der Plan wurde daher nicht nur von Israel, sondern auch von Ägypten und dem Libanon abgelehnt.

Anfang Oktober 1948 traf die von David Ben Gurion geführte israelische Regierung die Entscheidung,

die ägyptische Armee anzugreifen und wir wurden auf eine unmittelbar bevorstehende Aktion vorbereitet. Allerdings wussten wir nicht, ob wir gegen die Ägypter oder die viel besser ausgebildete „Arabische Legion“ kämpfen sollten.

Noch vor dieser Aktion hielt der damals zur linkssozialistischen Mapam gehörende ehemalige Chef der Hagana, Mosche Sneh (er wurde später ein führendes Mitglied der israelischen Kommunistischen Partei), im Kino des Lagers vor unserem Regiment eine pathetische Rede, in der er uns darauf aufmerksam machte, dass wir unsere Waffen von den „sozialistischen Staaten“ erhielten und deswegen einen Eid ablegen sollten, diese Waffen nie gegen „die Welt von Morgen“ zu verwenden. Woran sich die meisten von uns auch hielten.

Die sozialistischen Staaten aber sollten bald ihre Politik wieder einmal radikal ändern und eine 180-Grad-Wendung vollziehen. Doch im Sommer und Herbst 1948 ergriffen die sowjetischen Diplomaten in der UNO noch für Israel das Wort. Am 18. August sprach im Sicherheitsrat für die UdSSR Jakov Malik und sagte: „[...] eine lang anhaltende Studie der Palästinafrage in den Vereinten Nationen gibt uns jeden Grund zu glauben, dass die Schuld und die Verantwortung für alle Entbehrungen und Leiden [der arabischen Flüchtlinge, Anm. K.P.] bei der Regierung des Vereinten Königreichs und den britischen militärischen Autoritäten im Nahen Osten liegen. Ein großer Teil der Verantwortung ist auch bei „einflussreichen Kreisen“ der USA. Wegen der „egoistischen Interessen“ der „Strategen“ des Vereinten Königreichs und der Ölgesellschaften der USA „wurden die Ruhe und friedfertige Arbeit von einer halben Million Arabern geopfert, die gezwungen wurden, ihre Heime als Ergebnis von aus dem Ausland aufgewiegelten Feindseligkeiten zu verlassen.“

Der sowjetukrainische UN-Delegierte Dimitri Manuilski schlug dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Herbst 1948 vor, mehr als 500.000 arabische Flüchtlinge aus Palästina in der Sowjetunion, in Zentralasien aufzunehmen und dort eine autonome arabische Gebiet zu schaffen, was den Druck, den es seither auf Israel gibt, reduziert hätte. Doch dieser Vorschlag wurde ad acta gelegt. Stalins Motiv, Israel zu unterstützen, war Unruhe im Nahen Osten zu schaffen und die Hoffnung Israel zu einem sowjetischen Satelliten machen zu können.

Ben Gurion dachte nicht daran sich mit der Sowjetunion zu verbünden und die Westorientierung Israels trug mit dazu bei, dass die Sowjetunion wieder einmal eine 180-Grad-Wendung gegen den Zionismus vollführte und eine antisemitische Kampagne gegen die Juden in der Sowjetunion begann.

Ende September 1948 bildete Mufti Amin el Hussein im von den Ägyptern besetzten Gazastreifen eine gesamt-palästinensische Regierung; offensichtlich ein Schritt gegen die vorgeschlagene „Fusion“ des arabischen Palästina mit Transjordanien, dessen König Abdullah ein vehementer Gegner des Mufti war. Die sowjetischen Diplomaten sprachen sich gegen die Einladung einer Delegation der vom Mufti angeführten Regierung bei der UNO aus. Die hebräischen Zeitungen berichteten über solche Ereignisse im Detail, so dass auch einfache Soldaten und Unteroffiziere gut informiert waren.

Wir erhielten eine vom legendären Partisanenführer und hebräischen Dichter Aba Kovner redigierte Frontzeitung (Dapei Krav), die vom 9. Juni 1948 bis 8. Mai 1949 31 mal herauskam. Kovner, der als Erster nach dem Krieg auch über mörderischen Antisemitismus einiger sowjetischen Partisaneneinheiten berichtete, pflegte – was paradox scheint – einen Stil, der an den der sowjetischen Politruks an den Fronten des Zweiten Weltkriegs erinnerte.

Am Nachmittag vor Jom Kippur (13. Oktober 1948) erhielten wir unsere eisernen Rationen. Dann wurden wir ins Kino befohlen, wo uns der Feldrabbiner sagte,

dass wir – wenn wir jetzt am Jom Kippur in den Kampf zögen – an diesem Fasttag essen sollten. Bei Einbruch der Dunkelheit packten wir unser Lastauto mit drei Mörsern, einer Menge Munition und fuhren gegen Süden. Im Orangenhain des Kibbutz Givat Brenner machten wir erste Station und erhielten frisch gepressten Orangensaft. In der Nacht brachen wir durch die ägyptischen Linien und hörten die Kanonen in der Ferne donnern. Das Neunte Regiment fuhr bis zum Kibbutz Gwulot, wo wir ein paar Tage blieben, und dann ging es am Abend des 20. Oktober los bis zu einem Hügel nördlich von Beersheva. Hier mussten wir für unsere Mörser eine Stellung bauen. Es war Knochenarbeit, denn dieser Hügel bestand hauptsächlich aus Felsen. Und wir mussten unsere Munition von der Straße auf den Hügel schleppen.

Im Morgengrauen des 21. Oktober, als drei unserer Regimenter die Stadt angriffen, begannen wir mit unseren Mörsern auf die Stadt zu schießen. Die Stadt wurde von einem regulären Regiment mit Artillerie und Mörsern und hunderten von nordafrikanischen, ägyptischen und palästinensischen Hilfskräften verteidigt. Drei unserer Bataillone stürmten die Stadt. Bereits am frühen Vormittag endete der Kampf. Mehr als 120 ägyptische Soldaten wurden gefangen genommen und 350 Zivilisten nach Gaza gebracht – die meisten der Einwohner waren schon in den Tagen zuvor, nachdem die Stadt von der israelischen Luftwaffe bombardiert worden war, nach Hebron geflohen. Unsere Einheit kam erst am Mittag in die eroberte Stadt, und meine Gruppe wurde in einer verlassenen Wohnung einquartiert.

Im Spätherbst 1948, mitten im Unabhängigkeitskrieg, gab das Israel Philharmonic Orchestra in Beersheva ein Freiluft-Konzert vor 5.000 Soldaten der israelischen Armee. Sie spielten das B-Dur-Klavierkonzert von Mozart mit dem damals noch nahezu unbekanntem Leonard Bernstein als Solist und Dirigent.

Der Sicherheitsrat der UNO ordnete am 22. Oktober einen Waffenstillstand in Palästina und den Rückzug der Israelis auf die Stellungen vom 14. Oktober an. Die Feuereinstellung trat daraufhin in Kraft, doch die von uns eroberten Gebiete blieben in unserer Hand. Heute erinnert ein von Dani Karavan geschaffenes Denkmal in Beersheva an die Negev-Brigade.

Auf die Eroberung von Beersheva folgten Tage des Ausruhens, und wir dachten schon, der Krieg werde bald vorüber sein. Doch es kam wieder mal ganz an-



Bernadotte-Plan, 1948
(Grau der angedachte Judenstaat)



Ägyptische Kriegsgefangene in Beersheva.

ders. David Ben Gurion und die Regierung entschieden sich, die ägyptische Armee in die Knie zu zwingen. Am 4. November 1948 forderte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Israel auf, die Truppen hinter die Linien vom 14. Oktober zu verlegen. Das war natürlich seltsam – hatten doch ägyptische Truppen Gebiete besetzt, die im Teilungsbeschluss Israel zugesprochen worden waren. Wir mussten also gegen die Ägypter kämpfen, um diese Gebiete zu erobern. Im Norden der Südfront in Faluja waren die Ägypter eingekesselt und hatten keine Chance, von dort auszubrechen. In dieser Lage forderte am 16. November der Sicherheitsrat Israelis und Araber auf, Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen.

Unser Neuntes Regiment bekam den Befehl, die vor-

gesehene Grenze in Richtung Ägypten zu überschreiten, und so fuhren wir in einer langen Lastwagen-Kolonne durch den Sand. Dort gab es damals keine asphaltierte Straße. Meine Einheit, mit drei 3-Inch-Minenwerfern ausgerüstet, befand sich auf einem Lastwagen, der von der Armee mitsamt seinem Chauffeur kurzfristig in Tel Aviv beschlagnahmt worden war. Zu unserem Pech konnten wir in einem Wadi nicht weiterfahren, und das Regiment ließ uns alleine zurück.

Ich erinnere mich nicht mehr daran, wie lange wir dort blieben, doch wir wurden herausgeholt und erreichten die Kolonne bald auf einer asphaltierten Straße im Sinai. Dann begann die Schlacht um Abu Agela.

Die Ägypter beschossen uns mit Kanonen. Vorne, in einem Jeep, stand der Regimentskommandeur, Haim Barlev (1924 in Wien geboren, wurde er später Generalstabschef, dann machte er politische Karriere und wurde Minister), der wie ein Verkehrspolizist die Lastwagen aufteilte. Wir fuhren trotz intensiven Beschusses in Richtung unseres Ziels. Als wir in Abu Agela ankamen, war das Militärlager bereits erobert. In diesem gab es ein Internierungslager für arabische Kommunisten (die wir aber nicht mehr sahen). Diese hatten sich in Gaza und anderswo gegen den Krieg ausgesprochen, gemäß der damaligen sowjetischen Linie. Dafür wurden sie von der ägyptischen Besatzungsmacht verfolgt.

Lediglich ein alter, zahnloser Fellache kam auf uns zu und wollte uns die Hand küssen. Auch er war interniert gewesen, beschwerte sich über das schlechte Essen und

sahen ein ägyptisches Halbkettenfahrzeug, das einen Volltreffer erhalten hatte. Im verbrannten Fahrzeug lagen die Leichen ägyptischer Soldaten. Sie waren angekettet und hatten deshalb nicht aus dem Fahrzeug fliehen können. Es war ein fürchterlicher Anblick. Wir schätzten uns glücklich, Soldaten einer Armee zu sein, für die eine derartige Maßnahme unvorstellbar war. Weiter ging es, bis vor Rafah, wo wir zunächst eine Stellung gerade unterhalb eines Hügels bezogen.

Die Armee war zwar professioneller geworden, und wir sollten warmes Essen sowie Wasser erhalten. Da sich die Küchenfahrzeuge jedoch nicht nach vorne wagten, meldeten Jaakov Lavie und ich uns freiwillig, um Essen und Wasser zu holen. Das war nicht ganz ungefährlich: Einer der Soldaten hatte sich aus seinem Schützenloch begeben, um seine Notdurft zu verrichten, und ein paar Splitter in seinen allerwertesten Körperteil bekommen. Sanitäter erschienen, ihn abzuholen, und in der ganzen Einheit herrschte Heiterkeit. Ein wenig beneideten wir ihn, denn nach ein, zwei Tagen im Spital durfte er nach Hause – auf Urlaub.

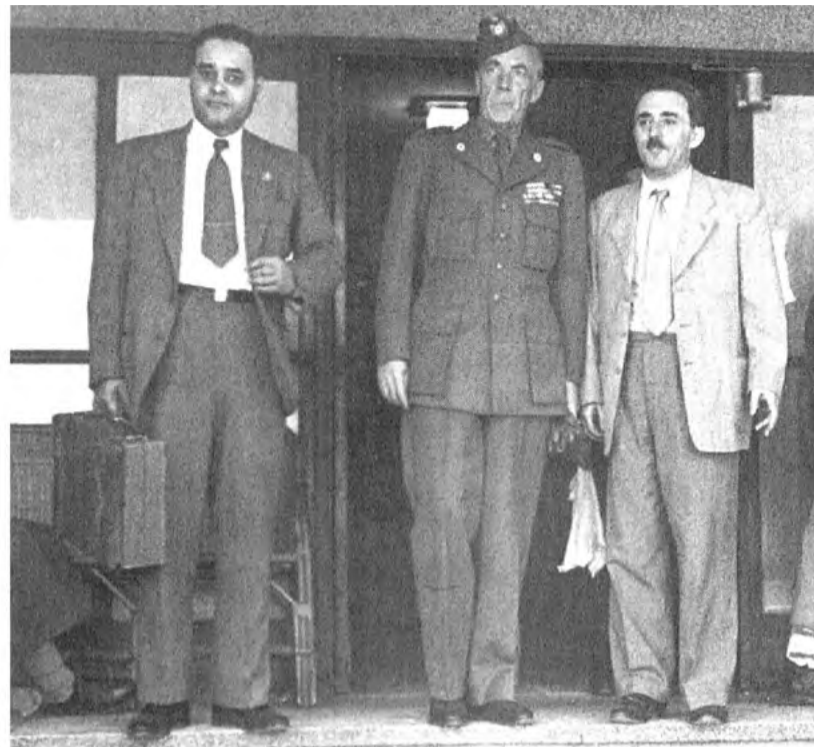
Wir aber blieben im Sand liegen.

An Waschen oder Rasieren war nicht zu denken. Die ägyptische Artillerie schoss auf uns, wir fühlten uns wie zwischen Hammer und Amboss. Wer sich zu tief eingrub, konnte von den Geschossen verschüttet werden, wer sich aber nicht genug eingrub, dem drohten Tod oder Verletzung. Wir hatten auch einige fromme Juden aus Südafrika bei uns. Als wir unter starken Beschuss kamen, legte einer dieser Freiwilligen Gebetsriemen und Gebetschal an und begann laut zu beten. Stehend. Er wurde von den Sanitätern nach hinten gebracht.

Zwei Mal im Monat erhielten wir die von Aba Kovner redigierte Frontzeitung, in der wir aufgerufen wurden, dem „imperialistischen Feind“ - den Briten und ihren ägyptischen Verbündeten - eine Niederlage zu bereiten. Und tatsächlich wurden dann ein paar britische Flugzeuge, als sie unsere Stellungen fotografierten, von unserer Luftwaffe abgeschossen. Uns aber wurde befohlen, aus dem nördlichen Teil des Sinai abzuziehen. Die USA hatten dies gefordert. Am 1. Januar 1949 beschloss dann noch eine ägyptische Flottille Tel Aviv, wurde aber von unserer Luftwaffe bald vertrieben.

Nach Ende des Mandats waren die Briten noch immer in Transjordanien und in Ägypten stationiert. Zwei Tage vor dem Waffenstillstand, am 6. Januar 1949, hatte Jizhak Rabin, damals stellvertretender Kommandant des Palmach, eine seltsame Erfahrung gemacht: Mitten in einem Sandsturm hörte er das Röhren von Flugzeugmotoren und sah dann zu seiner Überraschung Fallschirme, an denen Piloten herunterschwebten. Er setzte sich in seinen Jeep und hatte ein „bizarres Treffen“ mit einem britischen Luftwaffenoffizier, dessen Gesichtsausdruck eine Mischung aus Wut und Erstaunen war über das Benehmen der jüdischen „Eingeborenen“.

Zuvor hatte es einen kurzen Luftkampf gegeben, alle unsere Flugzeuge kehrten unversehrt zurück, während fünf britische Flugzeuge, die unsere Stellungen fotografiert hatten, abgeschossen wurden. Es war eine Blamage für die Royal Airforce gewesen. Rabin



Falke Bernadotte (Mitte) und Mosche Schertok, später Ministerpräsident Israels (rechts).



Der Autor in der Mitte, rechts Jigal Alon, später Außenminister von Israel.

war äußerst dankbar, als wir ihm Zigaretten und Essen schenkten. Einer unser Kameraden konnte Arabisch und fragte ihn: „Warum haben die Ägypter Dich interniert?“ Zu unserer Überraschung sagte er: „Wegen Kommunismus.“ - „Aber Du kannst doch nicht lesen?“ Der Fellache sagte, „Ja, deswegen wurde ich ja verhaftet.“ Er hatte mit einem Eselskarren Gemüse nach Gaza zum Markt gebracht und dort einige junge Männer Flugblätter verteilen gesehen. Er war hingegangen und hatte gesagt, er wolle diese Flugblätter in sein Dorf mitnehmen. In Wirklichkeit hatte er vor, sie zu einem anderen Zweck zu gebrauchen. Und tatsächlich, auf dem Weg zurück stellte er seinen Karren am Straßenrand ab, ging in die Hocke und legte den Haufen Flugblätter neben sich. Zu seinem Pech fuhr in diesem Augenblick ein Jeep der ägyptischen Militärpolizei vorbei. Die Polizisten schlugen dem Fellachen einige Zähne aus und brachten ihn nach Abu Agela ins Internierungslager.

Dann ging es wieder nach Beerschewa. Ein Offizier fragte, wer sich freiwillig zu einem halbtägigen Kurs melde, um eine 12-Pfund-Kanone bedienen zu lernen. Mein Freund Jaakov Lavie, der später Philosoph wurde und allzu früh verstarb, und ich meldeten uns. Ein Soldat, er hatte während des Zweiten Weltkriegs in der britischen Armee gedient, zeigte uns, wie man mit der Kanone schießt. Als wir baten, einen Schuss auf ein Ziel abgeben zu dürfen, teilte uns der Soldat mit, es gäbe für die zwei Kanonen (sie waren in Beerschewa erbeutet worden) nur 24 Schuss Munition. Wir sollten warten, bis wir auf ägyptische Panzer schießen könnten. Tatsächlich ging es damit bereits am Nachmittag los.

Jede Kanone bekam eine Mannschaft zur Bedienung. Einige Soldaten kamen noch mit uns. Wir bewegten uns auf der Straße Richtung Rafah (Rafiach): einmal fuhr unsere Gruppe nach vorne und bezog Stellung hinter einem Sandhügel, sodass die Kanone auf die Straße zielte, und einmal die andere Gruppe mit der Kanone. Am zweiten Tag hörten wir aus der Ferne einen Kanonenschuss und Maschinengewehrfeuer. Dann erhielten wir den Befehl, auf der Straße vorzurücken. Wir



Soldatinnen der Negev-Division.

ließ sich von jedem einzelnen Piloten den Hergang schildern, die sehr verschieden auf die Lage reagierten, einer entschuldigte sich, die anderen beschwerten sich, dass sie nur eine Luftaufklärung ohne Waffen und Munition betrieben hätten. Ihr Befehl lautete, Kämpfe zu vermeiden.

Die Operation Horev führte schließlich dazu, dass Ägypten als erster arabischer Staat um einen Waffenstillstand bat. Nach dem Ausscheiden Ägyptens befürchtete Transjordanien einen konzentrierten israelischen Angriff und auch von dieser Seite kamen positive Signale. Bereits am 29. Dezember 1948 telegraphierte Alec Kirkbride, der britische Botschafter in Amman, an Außenminister Bevin: „König Abdallah sollte erlaubt sein, die besten Bedingungen mit den Juden auszumachen ohne weitere Einschränkungen“. Die Briten hatten keine Lust, sich wegen des Negev mit den USA zu streiten, standen aber dem jungen Staat nach wie vor ablehnend gegenüber. Erst im Januar 1949 beschloss die britische Regierung, die in Zypern internierten illegalen jüdischen Einwanderer freizulassen und den jüdischen Staat anzuerkennen.

Nach Abschluss dieser Aktion erhielt am 1. Januar 1949 unsere Einheit den Befehl, aus dem nördlichen Sinai abzuziehen und nach Beerschewa zurückzukehren. In unserer Einheit herrschte darüber Empörung, denn wir wussten, dass dies nur geschah, weil die USA Druck auf Ben Gurion ausgeübt hatten.

Trotzdem war ich natürlich auch erleichtert. Die unmittlerbaren Kampfhandlungen waren für mich beendet und zum ersten Mal nach fast zwei Wochen konnte ich mich wieder duschen. Für uns ging so der Krieg zu Ende. Israel führte geheime Verhandlungen mit Jordanien, Syrien und Ägypten.

Letzteres verhandelte seit September 1948 in Paris mit Israel. Doch die ägyptische Forderung „Negev gegen Frieden“ wurde vom jüdischen Staat nicht akzeptiert. Am 24. Februar 1949 unterzeichneten Ägypten und Israel auf der Insel Rhodos den ersten Waffenstillstandsvertrag. Im Frühjahr und Sommer 1949 schlossen alle arabischen Nachbarstaaten ein Waffenstillstandsabkommen mit Israel. Seitdem hat der Staat Israel, ausgenommen zu Jordanien und Ägypten, keine anerkannten Staatsgrenzen, nur Waffenstillstandslinien.

Während des Unabhängigkeitskrieges fielen mehr als 6.000 Israelis, fast ein Prozent der damaligen Bevölkerung und 12.000 wurden schwer verletzt. Viele der jungen Männer, die gemeinsam mit mir kämpften, mussten ihr Leben lassen.

Der israelische Dichter Natan Altermann hat damals in einem Gedicht über die Staatswerdung Israels den gefallenen jungen Soldaten eine Stimme verliehen: „Wir sind das Silbertablett, auf dem euch der jüdische Staat serviert wurde.“ Ein solches Pathos war unserer Alltagssprache fremd.

Wir dachten damals, dass es nie wieder zum Krieg kommen könnte.

Auch Köln bekommt bald ein Jüdisches Museum

In Deutschland lebten Juden noch bevor Christen dort lebten

Von Claudia Trache

Die Geschichte der Stadt Köln reicht über 2000 Jahre zurück, d.h. es lebten auf dem heutigen deutschen Staatsgebiet schon Juden bevor Christen hier lebten. Um 83 n. Chr. wird Colonia Claudia Ara Agrippinensium, wie Köln damals hieß, zur Hauptstadt der römischen Provinz Niederrhein erhoben. An der rheinseitigen Stadtmauer entsteht der Palast des Statthalters, das Praetorium. 1953, bei Ausschachtungsarbeiten für den Spanischen Bau beim historischen Rathaus, wurden Fundamente des Praetoriums freigelegt. Jüngere umfangreiche Grabungen an gleicher Stelle förderten zahlreiche Spuren jüdischen Lebens zu Tage. Die lange Geschichte der jüdischen Gemeinde in Köln, der ältesten Deutschlands und der ältesten überhaupt nördlich der Alpen, wird künftig ausführlich im Jüdischen Museum, an dem gerade gebaut wird, zu erleben sein. Das Museumsensemble „Archäologische Zone und Jüdisches Museum“ wird zum einen in einer unterirdischen Landschaft die 2000-jährige Geschichte Kölns zeigen, von der Römerzeit über das mittelalterliche Rathaus und das jüdische Viertel bis hin zu Resten des neuzeitlichen Stadtviertels, das bis zum Zweiten Weltkrieg vor dem Rathaus existierte. Im darüber befindlichen Jüdischen Museum werden künftig zahlreiche Exponate der jüdischen Alltags- und Kulturgeschichte zu sehen sein.

Das Dekret von 321

Erste Belege für jüdisches Leben in Köln sind durch ein Dekret von Kaiser Konstantin aus dem Jahr 321 überliefert. Darin heißt es: „An den Rat der Stadt Köln. Allen Behörden gestatten wir durch allgemeines Gesetz, die Juden in den Stadtrat zu berufen. Damit ihnen aber eine gewisse Entschädigung für die frühere Regelung verbleibe, lassen Wir es zu, dass immer zwei oder drei das Vorrecht genießen sollen, durch keinerlei Berufung in Anspruch genommen zu werden.“ Mit der Machtübernahme durch die Franken in Köln wird das dortige jüdische Leben zunächst zerstört. Bis ins 11. Jahrhundert existieren keine schriftlichen Quellen, die Auskunft über jüdisches Leben geben könnten. Erst zwischen 1056 und 1075, der Amtszeit des Erzbischofs Anno II., gibt es wieder Verweise auf jüdisches Leben. In dieser Zeit gab es eine größere jüdische Gemeinde, die in einem eigenen Stadtviertel lebte. Schon zur damaligen Zeit hatte Köln eine herausragende Bedeutung als Handelsplatz, was auch verstärkt Juden von außerhalb dazu bewog in diese Stadt am Rhein zu ziehen. Die Existenz einer Synagoge wird seit mindestens 1040 angenommen, die Kölner Jahrbücher gehen sogar von deren Errichtung im Jahr 1012 aus. Damit ist sie die älteste Synagoge Deutschlands.

Ausgrabungen am historischen Ort

Reste dieser mittelalterlichen Synagoge sowie der Mikwe, dem jüdischen Ritualbad, wurden bereits 1953 bzw. 1956 bei den ersten Grabungen auf dem Kölner Rathausplatz freigelegt. Während umfangreicher Grabungsarbeiten in den Jahren 2007 bis 2012 wurden weitere bedeutende Hinweise zum jüdischen Leben im Köln der letzten Jahrhunderte entdeckt. Ziel ist es am historischen Ort ein Haus für jüdische Kultur und Geschichte zu

schaffen. Bereits seit den 1950er Jahren wird in Köln über ein Jüdisches Museum nachgedacht. Inzwischen sind die Planungen für das Gesamtprojekt „Archäologische Zone und Jüdisches Museum“ sehr konkret. „Die Ausgrabungen sind abgeschlossen und das Grabungsgelände mit Sand aufgefüllt, damit die Pfeiler für die freitragende Konstruktion des Museums gesetzt werden können“, berichtet



Innenansicht der Synagoge Roonstraße

Dr. Helmut Fußbroich, Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur. Wenn alles planmäßig verläuft, so ist mit der Fertigstellung des Museums für Ende 2018 zu rechnen.

Dann wird auch die historische Mikwe direkt vom Museum aus zu besichtigen sein. Das Ritualbad, das mitten im Ausgrabungsgelände liegt, wurde nach 1096 umgebaut und konnte in gut erhaltener Form bereits seit ihrer Wiederentdeckung, unter einem Glasdach geschützt, besichtigt werden. Durch die Grabungsarbeiten in diesem Jahrtausend konnte das mittelalterliche jüdische Viertel rekonstruiert werden, das sich zwischen der heutigen Judengasse, Obermarspforten, Unter Goldschmied und Enggasse herausgebildet hatte. Neben der Synagoge und der Mikwe konnte die Existenz einer Frauensynagoge (seit ca. 1281), eines Warmbades, eines Hospitals, einer Bäckerei und verschiedener Bürgerhäuser nachgewiesen werden. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts leben in diesem Viertel 700 bis 750 Juden in etwa 75 Häusern.

Das Zusammenleben zwischen Juden und Christen gestaltete sich in den verschiedenen Jahrhunderten mal mehr und mal weniger harmonisch. Zu Beginn des zweiten Kreuzzuges 1146 nahmen König Konrad III. und Erzbischof Arnold von Köln ihre Schutzverpflichtungen gegenüber den Juden sehr ernst, sodass die Verluste an Menschenleben im Vergleich zum ersten Kreuzzug gering waren. Dennoch verlor sich bis 1300 das harmonische Verhältnis. Ein weiterer Einschnitt stellte für die Kölner Juden das Jahr 1349 dar. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten die Brunnen vergiftet und damit die Pest-Epidemie ausgelöst. In Folge dessen wurde das Judenviertel überfallen und Einwohner ermordet. Die genaue Opferzahl ist nicht überliefert. Erst 1372 durften sich Juden wieder in Köln ansiedeln. Sie sollten den zum Erliegen gekommenen Handel wiederbeleben. Sie erhielten die Synagoge zurück und erwarben Häuser im einstigen Judenviertel. Obwohl die Stadt Köln das Bleiberecht der Juden immer wieder verlängerte, waren damit auch verschiedene Repressalien, wie eine Kleiderordnung oder das Verbot für Juden sich unter der Rathauhalle aufzuhalten, verbunden.

Viele Jahre setzte sich der Erzbischof erfolgreich für das Bleiberecht der Juden

ein. Doch im August 1424 vertrieb der Rat der Stadt letztlich doch die zehn noch verbliebenen Familien aus Köln. Mit der Vertreibung der Juden aus Köln begann die jüdische Geschichte von Deutz, wohin die meisten Kölner Juden flohen. Dort lebten sie unter dem Schutz von Erzbischof Dietrich von Moers. Vorübergehend wurde Deutz Sitz der jüdischen Hauptgemeinde des Erzstiftes Köln, deren

Rabbiner sich „Landesrabbiner von Cöln“ nennen durfte. Für die Deutzer Gemeinde ist seit dem 16. Jahrhundert eine Synagoge belegt, die im Winter 1784 durch den „großen Eisgang“ (ein extrem kalter Winter) zerstört wurde. Zwei Jahre später baute man an gleicher Stelle ein neues Gotteshaus, bei dessen Abriss 1915 die dazugehörige Mikwe unterhalb des Gemeindehauses entdeckt wurde. Bis Ende des 18. Jahrhunderts durften sich Juden in Köln nur in Ausnahmefällen bei Tag und unter begleiteter Aufsicht aufhalten.

Emanzipation der Juden

Eine einschneidende Änderung ihrer Lebensverhältnisse erlebten die Juden durch die Französische Revolution und die Eroberungskriege Napoleons. Ende 1797 erhielten Juden und Christen wieder die gleichen Rechte. Kommissar Francois Joseph Rudler verfügte nach seiner Ankunft kurz und bündig: „Alles, was nach Sklaverei schmecke, ist abgeschafft.“ (Auf der anderen Seite der Welt führte Napoleon allerdings die für Schwarze abgeschaffte Sklaverei wieder ein!) Damit begann eine neue Ära des jüdischen Lebens in Köln. Auch wenn Napoleons „Schändliches Dekret“ vom 17. März 1808 die vollständige



Die prächtige Fassade der Synagoge Roonstraße

Gleichberechtigung wieder einschränkte, waren die Juden dennoch seit der Römerzeit wieder als Bürger der Stadt Köln anerkannt. Ab ca. 1800 engagierten sich einige jüdische Persönlichkeiten in Köln, die weit über die Stadtgrenzen hinaus Bekanntheit erlangten. Zu ihnen zählte Salomon Oppenheim, der bereits 1810 sein Bankhaus als zweitgrößtes in der Stadt etablieren konnte. Er war seit 1808 der höchstbesteuerte Jude der Stadt und wurde 1822 als erster Jude Mitglied der Kölner Handelskammer. Dessen Söhne, Simon und Abraham, wurden nicht nur erfolgreiche Bankiers sondern setzten sich auch auf politischer Ebene für die vollständige Gleichberechtigung der Juden ein. Abraham Oppenheim finanzierte den Bau der Synagoge in der Glockengasse und beteiligte sich an der Gründung verschiedener Muse-

en in Köln. Auf künstlerischem Gebiet erreichte zu etwa der gleichen Zeit die Familie Offenbach große Bedeutung. Isaac ben Juda Eberst, 1779 in Offenbach geboren, kam 1802 als Sänger, Komponist, Spielmann und Unterhalter nach Deutz, war als Vorsänger in der Deutzer Synagoge tätig und gab Musikunterricht. Bald wurde er nur noch der „Offenbacher“ genannt. Von seinen acht Kindern, die alle musikalisch waren, erlangte der 1819 geborene Jakob Offenbach als Jacques Offenbach Weltruhm. Er komponierte bereits mit sechs Jahren. Sein Vater schickte ihn nach Paris, wo er sich zu einem weltberühmten Komponisten entwickelte. Jacques Offenbach konvertierte im August 1844 zum christlichen Glauben. Seine Taufe war eine Bedingung, die die Brauteltern an ihn stellten, um Marie Manuela Hermine de Alcain heiraten zu dürfen. Während der Pariser Revolution 1848 flüchtete er mit seiner Familie nach Köln, wo er während der 600-Jahr-Feier des Kölner Doms als Cellist auftrat und Lieder für das Jubiläum komponierte. Der aus dem posenschen Birnbaum an der Warthe stammende Kaufmann Leonhard Tietz eröffnete 1891 zunächst ein kleineres Geschäft in Köln, 1902 wurde ein Warenhaus in einem prunkvollen Passagenbau an der Hohen Straße eingeweiht. Bereits 1895 verlegte Tietz die Zentrale seines Unternehmens nach Köln. In der NS-Zeit wurde das Unternehmen „arisiert“ und in „Westdeutsche Kaufhof A.G.“ umbenannt.

Vernichtung und Neubeginn

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die jüdische Gemeinde in Köln von 150 Mitgliedern 1815, über 1.300 im Jahr 1850 bis auf 8.000 im 1895. Die 1861 geweihte Synagoge in der Glockenstraße, war für die wachsende Mitgliederzahl bald zu klein. Daher wurde 1895 bis 1899 an der Roonstraße die noch heute genutzte Synagoge errichtet. Nach dem Ersten Weltkrieg lebten in Köln etwa 16.000 Juden, darunter 4.000 aus Polen und Russland. In den 1920er Jahren gestaltete sich das Leben zwischen Juden und Christen erneut harmonisch. Insgesamt gab es in Köln sieben Synagogen, darunter die orthodoxe Synagoge an der St. Aperi-Strasse

(1884) und die Ehrenfelder Synagoge an der Körnerstraße (1927), die während der Reichskristallnacht am 9. November 1938 alle zerstört bzw. verwüstet wurden.

1945 gründeten die wenigen überlebenden Juden in Köln eine neue Gemeinde. Die wieder aufgebaute Synagoge an der Roonstraße (im heutigen Ausgehviertel um die Zulpicher Straße) wurde im September 1959 geweiht. Heute wird sie von der Synagogen-Gemeinde Köln genutzt. Mit dem Zuzug russischsprachiger Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion seit Anfang der 1990er Jahre wuchs die Gemeinde von 1.000 auf rund 4.500 Mitglieder. Die Synagogen-Gemeinde begrüßt die Initiative ein Jüdisches Museum zu schaffen, um so die historische Bedeutung Kölns für die Entwicklung des Judentums in Deutschland noch deutlicher hervorzuheben.

90 Prozent der Juden von Franzosen festgenommen

In Paris beleuchtet aktuell eine Ausstellung die französische Kollaboration ab 1940

Von Karl Pfeifer

70 Jahre sind vergangen, seitdem Frankreich befreit wurde. Nach der militärischen Niederlage Frankreichs im Juni 1940 hatte die Kollaborationsregierung unter Marschall Philippe Pétain die antisemitische Tradition Frankreichs, die katholische, sozialistische, rassistische und nationalistische Wurzeln hatte, weitergeführt. Sie erließ bereits im Oktober 1940 das „Statut des Juif“ und ergriff drakonische Maßnahmen, um jeden „jüdischen Einfluss“ im öffentlichen Leben auszuschalten und das jüdische Eigentum zu „arisieren“. Es handelte sich um eine Vermögensübertragung großen Ausmaßes, die rund 42.000 jüdische Geschäfte, Häuser und anderen Besitz betraf.

Die Vichy-Regierung ließ 76.000 ausländische und französische Juden in die Vernichtungslager deportieren. Dieses beispiellose Verbrechen hätte ohne die volle Kooperation der französischen Polizei und Gendarmerie nicht vollbracht werden können, 90 Prozent der deportierten Juden wurden von ihnen festgenommen. Nirgendwo in Westeuropa gab es eine solche Mitarbeit der lokalen Verwaltung wie in Frankreich. Die von Pétain initiierte „Nationale Revolution“ schaffte das Emanzipationsdekret der französischen Revolution von 1791 ab und es wurden auf französischem Boden Konzentrationslager geschaffen, in denen tausende Juden gefangen gehalten wurden. Viele starben an Krankheiten oder verhungerten noch bevor sie deportiert werden konnten.

Die französische Bürokratie führte detaillierte Judenrollen durch, stempelte in Personalausweise „Juif“ und in den Medien kam es zu einer schrecklichen, hysterischen Verleumdungs- und Stigmatisierungskampagne gegen Juden.

Dies war bis Anfang der 1970er Jahre ein Tabu, ein schmerzliches Thema, das die offizielle Geschichtsschilderung, die nur die Résistance hervorhob, als Geschichtsklitterung bloßgestellt hätte. Viele Franzosen versuchten die „vier düsteren Jahre“ aus der Erinnerung zu tilgen.

Marcel Ophüls' Film „Le chagrin et la pitié“, diese wegweisende Chronik einer französischen Stadt unter deutscher Besatzung versetzte Anfang der 1970er Jahre die politische Klasse Frankreichs in helle Aufregung und führte zu einem zehn Jahre dauernden Ausstrahlungsboykott im Fernsehen.

1971 zeigte lediglich ein Kino in Paris diesen Film, womit Ophüls ungewollt einen Generalangriff auf die damalige politische Lebenslüge Frankreichs startete, den Mythos des im Widerstand vereinten französischen Volkes. Ophüls verband die Tugenden des investigativen Journalismus mit der Kunst des großen Kinos.

Seit dieser Zeit kamen viele historische Werke über das Vichy-Regime und dessen rechtsextremistische Parteien sowie über die Rolle des französischen Staates während des Holocausts heraus.

Die Pariser Ausstellung, die auch vom Verteidigungsministerium unterstützt wird, macht aufmerksam auf viele bis jetzt unbekanntes Dokumente, die aus französischen und ausländischen Archiven sowie aus privaten Sammlungen stammen. Zum Beispiel

ein Bild, das Staatspräsident Philippe Pétain, Ministerpräsident Pierre Laval und den Generalinspekteur der Polizei René Bousquet zeigt, wie sie gerade aus dem Hotel De Sévigné in Vichy schreiten. Am Rücken des Bildes sieht man



den Stempel der deutschen und französischen Zensur mit dem Datum 3. Juli 1942. Die drei Personen kamen gerade aus der Sitzung des Ministerrates, der nach einem Bericht von Laval beschlossen hatte, dass der französische Staat die Veld'Hiv' Razzia durchführen wird, die dann am 16. und 17. Juli ausschließlich von der französischen Polizei vor-

tagelang ohne Nahrung, Wasser und sanitäre Einrichtungen dort interniert. An anderen Orten wurden Eltern von ihren Kindern getrennt, in Viehwagen verladen und in das Durchgangslager Drancy am Rand von Paris verschleppt.

Der Ministerrat beschloss auch die Deportation der Juden aus dem damals noch nicht besetzten Teil Frankreichs.

Das konnte geschehen, weil sich die Besatzungspolitik in Frankreich änderte. Heydrichs Vertreter, SS- und Polizeiführer Carl-Albrecht Oberg und SS-Obersturmführer Helmut Knochen hatten der französischen Polizei Autonomie zugesichert, was ein Risiko war, jedoch große Vorteile für die Nazis brachte. Denn die Bevölkerung hatte gegen französische Polizisten, die in Paris auf Judenjagd gingen, weniger einzuwenden.

Im August 1948 verteidigte sich Bousquet mit der Behauptung, die Autonomie der französischen Polizei „bedeutete die Verteidigung französischer Interessen“ und kompromittierte damit

die französische Polizei und Gendarmerie, die im Interesse einer scheinbaren Souveränität hemmungslos den Interessen der Besatzer dienten. Die französische Polizei unter René Bousquet traf eine Übereinkunft mit der SS, die ihr einen hohen Grad an Autonomie sicherte; dafür verpflichtete sie sich die „Feinde des Deutschen Reichs“ zu bekämpfen.

Im Herbst 1941 blieben lediglich 2.900 deutsche Polizisten in Frankreich, weniger als in den kleinen Niederlanden. Die Nazis brauchten die Polizisten nötiger in Polen und in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, außerdem konnten die französischen „Ordnungskräfte“ die Jagd auf Juden erfolgreicher durchführen.

Bousquet war derjenige, der die Verhaftung der Juden auch im damals nicht besetzten Gebiet vorschlug. Am 18. August 1942 gab er den Präfekten mit einem geheimen Telegramm die Anweisung ohne weiteres Kinder zu deportieren.

1949 wurde Bousquet zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, doch dieses Urteil wurde mit der Begründung aufgehoben, er habe ab 1943 dem Widerstand geholfen. Nachdem er sich an die politische Linke anschloss und Freund von François Mitterand wurde,

der selbst ja auch Vichy diente bevor er sich der Résistance anschloss, machte Bousquet eine glänzende Karriere in der Wirtschaft. Erst 1991 erneuerte die Staatsanwaltschaft die Untersuchung gegen ihn wegen Verbrechen gegen die Menschenrechte. Doch bevor sein Prozess begonnen hätte, wurde er von Christian Didier, einem Geistesgestörten, an der Tür seiner Wohnung erschossen.

Wie viele Franzosen unterstützten die Kollaboration? Allein die rechtsextremistischen Parteien hatten ungefähr 100.000 Mitglieder. Die Ausstellung zeigt aber eindeutig, dass sowohl die Kollaboration als auch die Résistance ein Minderheitenprogramm war. Die meisten Franzosen wählten die Anpassung oder den passiven Widerstand, d.h. sie beschwerten sich anlässlich des Schlangestehens, Hausfrauen protestierten gegen leere Geschäfte, es gab



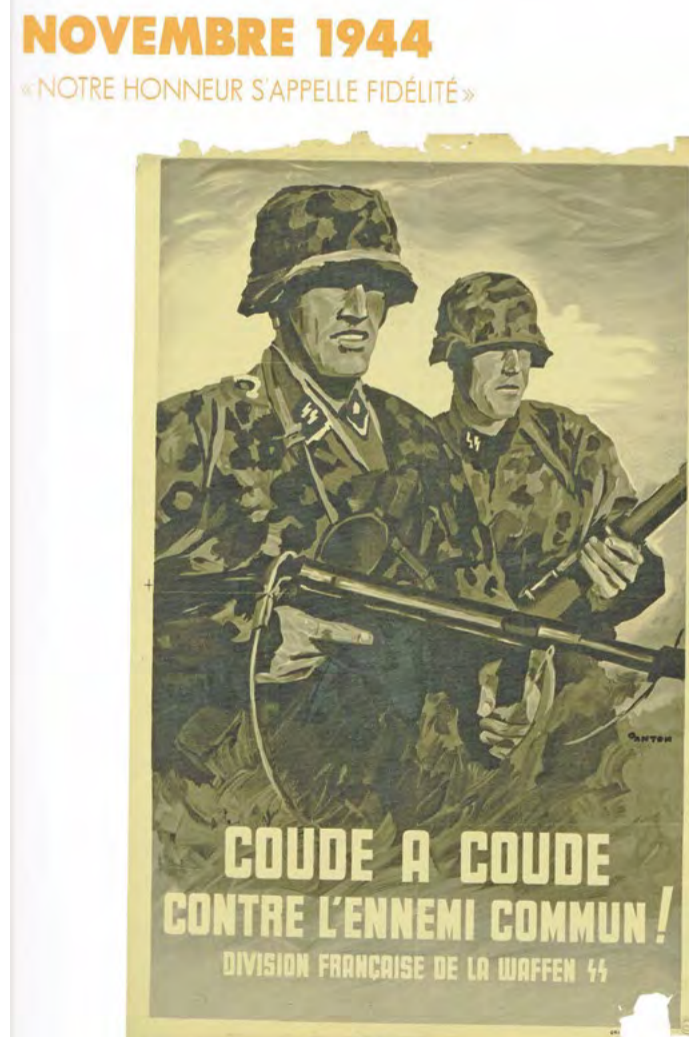
Bousquet und die Mitterands.

auch Streiks für höheren Lohn und viele hörten BBC, um an echte Informationen zu gelangen. Es gab tapfere Franzosen, die Juden und abgeschossene alliierte Piloten versteckten oder ihnen halfen aus Frankreich nach Spanien zu flüchten.

Ohne deutschen Druck errichtete allerdings die Vichy-Regierung das „Commissariat général aux questions juives“ (CGQJ), und die „Police aux questions juives“ (PQJ). Dazu meldeten sich antisemitische Franzosen, aber auch viele Polizisten, die als willige Diener Juden verhafteten.

Nach der Befreiung mussten Polizisten vor „Säuberungskommissionen“ erscheinen und wie anderswo haben viele sich auf ihre Befehle und auf Zwang berufen. In diesen Kommissionen waren auch Kommunisten vertreten. Polizisten, die Kommunisten verhafteten, beriefen sich auf die von Ministerpräsident Daladier am 26. September 1939 erlassene Verordnung, welche die kommunistische Partei verbot. Damals war die KPF Anhängerin des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und verurteilte den „imperialistischen“ Krieg, sie rief ihre Anhänger auf, die Kriegsanstrengung zu sabotieren und aus der französischen Armee zu desertieren. Nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand wurden die meisten Kommunisten aus den Internierungslagern entlassen.

Die Lage änderte sich radikal nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Vichy machte die „jüdischen und fremden“ Kommunisten verantwortlich für die französische Niederlage und viele der von der französischen Polizei erneut verhafteten Kommunisten wurden hingerichtet oder in deutsche Konzentrationslager verschleppt. Die Polizei diente fast bis zum letzten Moment der Besatzung. Erst in letzter Minute schloss sich die Pariser Polizei dem Widerstand an.



Französische SS-Truppen kämpften noch im Mai 1945 gegen die Russen.

genommen wurde. 12.884 ausländische Juden, darunter 4000 Kinder wurden mit städtischen Autobussen in die Arena des Vélodromed'Hiver gebracht und

„Er war die HAPAG und die HAPAG war er“

Der Jude Albert Ballin war der größte Reeder der Welt und wollte mit dem Kaiserreich sterben

Von Claudia Trache

Er war ein Visionär, mit einem Gespür für wirtschaftliche Entwicklungen. Aus der jüdischen Unterschicht Hamburgs stammend arbeitete sich Albert Ballin mit Geschick und dem Glück des Tüchtigen nach oben. Als Generaldirektor der HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) entwickelte er die Hamburger Reederei bis zum Ersten Weltkrieg zur größten Reederei der Welt. Er erfand die moderne Kreuzfahrt. Das Auswanderungsgeschäft entwickelte er weiter, führte auf den Schiffen Zwischendecks ein, ließ Auswanderungshallen bauen, um die hygienischen Bedingungen aber auch die Sicherheit der Passagiere zu verbessern. Sein Unternehmen besaß als eines der ersten eine Presseabteilung („Literarisches Büro“), womit er geschickt die Öffentlichkeit mit Informationen versorgte. Er bewunderte Kaiser Wilhelm II., verkehrte mit ihm einige Jahre auch privat. Albert Ballin versuchte auch Einfluss auf die Politik zu nehmen, pflegte gute Kontakte zu Reichskanzler Bernhard von Bülow. Seine Versuche zwischen Deutschland und England zu vermitteln, scheiterten. Der Erste Weltkrieg vernichtete die HAPAG und damit das Lebenswerk Ballins.

Mit Glück und Gespür zu ersten Erfolgen

Geboren wurde Albert Ballin am 15. August 1857 in Hamburg als Sohn eines aus Dänemark eingewanderten Juden. Er war der Jüngste von acht Geschwistern und vier Halbgeschwistern. Sein Vater Samuel Joel (Joseph) Ballin kam Anfang der 1830er Jahre nach Hamburg und versuchte sich zunächst recht erfolgreich als Textilunternehmer. Sowohl damit als auch mit einer Kohlenfirma ging er jedoch Bankrott. 1852 gründete er mit seinem Partner Samuel Moritz Hirsch die unabhängige Auswanderer-Agentur „Morris & Co.“. Auch wenn die Zahl der Auswanderer seit 1850 stieg, hatten es die Agenturen schwer sich gegen die Reedereien zu behaupten. So verlegten sie sich auf die indirekte Auswanderung, indem sie Auswanderern von Hamburg aus die Möglichkeit boten auf britischen Schiffen über England nach Amerika zu gelangen. Albert Ballin ist unmittelbar am Hamburger Hafen aufgewachsen, wurde durch dieses Milieu von klein auf geprägt. Die Schule verließ er bereits mit 15 Jahren und trat in das väterliche Geschäft ein. 1874 starb der Vater, ein Jahr darauf erhielten Albert und sein älterer Bruder Joseph Prokura. Zunächst von einem Teilhaber unterstützt, führte Albert Ballin bereits 1877 die Firma alleine und wurde zwei Jahre später Mitinhaber. Um seine Gewinne zu steigern, war er bemüht in das direkte Auswanderergeschäft mittels einer eigenen Passagierlinie einzusteigen. 1881 konnte er den jungen Reeder Edward Carr, Neffe des Hamburger Großreeders Robert M. Sloman, von seinem Vorhaben zu überzeugen. Durch den Umbau der Frachter wurde mehr Platz geschaffen Auswanderer aufzunehmen. Diesen konnte gleichzeitig mehr Komfort während der Überfahrt geboten werden. Das Geschäft mit der Carr-Linie wurde ein Erfolg. Albert Ballin gelang es in einem Preiskampf den großen Konkurrenten HAPAG unter Druck zu setzen. Glück für ihn waren die wieder steigenden Auswandererzahlen in den 1880er



Albert Ballin – Gigant der Meere

Jahren. Zum einen verbesserte sich die wirtschaftliche Lage in Amerika. Zum anderen wanderten in dieser Zeit zahlreiche russische Juden aus, um Pogromen und Verfolgung zu entgehen. 1886, die Carr-Linie schloss sich inzwischen mit der Sloman-Linie zur Union-Linie zusammen, einigten sich beide Konkurrenten. HAPAG übernahm die Leitung des Passagedienstes beider Linien und Albert Ballin wurde dessen Leiter. Nun war er mitten drin in der guten ehrbaren Hamburger Gesellschaft. Bereits im Oktober 1882 war er finanziell in der Lage das Hamburger Bürgerrecht zu erwerben. Im darauffolgenden Jahr heiratete er Marianne Rauert, Tochter eines christlichen Tuchhändlers. Nach protestantischem Ritual getraut, konvertierte Albert Ballin dennoch nie zum christlichen Glauben.

Ballin führt die HAPAG an die Spitze

Als er 1888 in den Vorstand der HAPAG berufen wurde, trat Albert Ballin als Teilhaber aus dem väterlichen Geschäft Morris & Co. aus. Ein Jahr zuvor führte er bereits für die HAPAG die Schnelllinie Hamburg-New York ein. Von nun an setzte er alles daran das Unternehmen voranzubringen. Dafür arbeitete er bis zu 16 Stunden am Tag, an sieben Tagen in der Woche. Routineabläufe waren ihm zuwider. Er bevorzugte oft unkonventionelle Methoden. Ein enger Mitarbeiter Ballins, Erich Murken, schreibt: „Ballin war ein vorwiegend synthetischer Kopf. Die psychologische Analyse war in ihm stärker entwickelt als die rechnerische Analyse. Er war mehr ein Meister verwickelter Situationen als komplizierter Berechnungen und Statistiken.“

Er entwickelte das Auswanderungsgeschäft in vielerlei Weise weiter. Bis 1917 entstanden auf der Veddel (Hamburger Hafenbezirk) mehr als 30 Pavillons für bis zu 55.000 wartende Menschen, die von 180 HAPAG-Angestellten, darunter 23 Dolmetschern, betreut wurden. Für die damalige Zeit hatte diese Anlage Vorbildcharakter. Die sanitären Verhältnisse wurden verbessert. Vier festangestellte Ärzte überwachten den Gesundheitszustand der Auswanderer. Damit zog Ballin Konsequenzen aus der Cholera-

Epidemie von 1892 und verringerte die Gefahr, dass erkrankte Passagiere von Amerika auf seine Kosten zurückgeschickt wurden. Auch wenn Ballin nicht als besonders religiös bekannt war und nur selten die Synagoge besuchte, so zeigte er sich beim Ausbau seiner Auswandererstadt diesbezüglich sehr sensibel. Neben einer Kirche mit protestantischem und katholischem Kirchenraum, ließ er auch eine Synagoge bauen sowie separate Küchen für die Zubereitung koscherer Speisen einrichten. Albert Ballin investierte ebenfalls in den Schiffsbau, um gegen den Bremer Konkurrenten Lloyd standzuhalten. 1889 wurden zwei Doppelschrauben-Schnelldampfer in Betrieb genommen. Die „Auguste Victoria“ brach gleich bei ihrer Jungfernfahrt den Rekord auf der Strecke Southampton-New York. Um die kostspieligen Schiffe auch im Winter rentabel zu nutzen, startete Ballin im Januar 1891 die erste Kreuzfahrt. So entwickelte sich die HAPAG von der Reederei zum Tourismusanbieter. Bei allem Engagement für den Tourismus und das Auswanderungsgeschäft blieb für Ballin der Schwerpunkt dennoch das Frachtgeschäft. Im Verlaufe der Jahre nahm die HAPAG elf neue Routen auf und vermehrte die Zahl ihrer Schiffe auf den bereits existierenden Strecken. 1899 wurde Ballin zum Generaldirektor ernannt.

Albert Ballin und der Kaiser

Albert Ballin, der eine große Bewunderung für Kaiser Wilhelm II. hegte, traf diesen erstmals bei der Jungfernfahrt der „Auguste Victoria“. Seit dem Jahresdiner der HAPAG 1899 entwickelte sich eine Art Freundschaft zwischen beiden Persönlichkeiten. Albert Ballin war einer der „Kaiserjuden“ und für den Kaiser insbesondere in Wirtschafts- und Schiffahrtsfragen eine wichtige Informationsquelle. Die gesellschaftlichen Ereignisse, die Ballin regelmäßig in seiner 1908 erbauten Villa ausrichtete, dienten auch dazu den Einfluss der Geschäftswelt auf die Politik zu stärken. Ebenfalls in engem Kontakt mit Reichskanzler Bernhard von Bülow, hatte Albert Ballin dennoch kaum wirklichen Einfluss auf die Politik des Kaiserreiches. Er war ein Gegner von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Wer bereits an Streiks teilgenommen hatte, wurde gar nicht erst eingestellt. So war das Verhältnis zwischen HAPAG-Führung und Arbeiterschaft stets schwierig. Dennoch setzte sich Ballin gleich zu Beginn seiner Tätigkeit bei der HAPAG für die Verbesserung der Kranken- und Altersversorgung der Angestellten ein. „Wir sahen uns veranlasst, mit Beginn des gegenwärtigen Jahres eine Invaliden-, Wittwen- und Waisen-Pensions-Casse für Angestellte unserer Gesellschaft zu errichten und haben (...) damit eine Einrichtung ins Leben gerufen, welche nicht nur eine langentbehrte Wohlthat für die Angestellten ist, sondern auch unserer

Gesellschaft nur zum Nutzen gereichen kann“ (Johannes Gerhardt „Albert Ballin“), wurde im Jahresbericht von 1887 vermerkt. Überhaupt war die Arbeiterbewegung damals in keinem Land der Welt so stark wie in Deutschland, und so wurden hier auch viele soziale Errungenschaften wie die Krankenkasse von den Herrschenden erfunden, um den Unzufriedenen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rückte auf internationaler Ebene das Flottenwetttrüben zwischen Deutschland und England in den Blickpunkt. Albert Ballin, der bereits zu Beginn seiner unternehmerischen Tätigkeit ausführliche Reisen unternahm, lernte die englische Sprache in ihren verschiedenen Facetten kennen, aber auch englische Verhandlungsgewohnheiten. Seine Kontakte nutzend versuchte er bereits 1908 in halbamtlichen Gesprächen mit Sir Ernest Cassel, bedeutender Banker Englands und privater Finanzberater des englischen Königs, zwischen beiden Seiten zu vermitteln. In den folgenden Jahren unternahm er weitere Gespräche aus eigenem Antrieb. Doch im Juli 1914, als sich die Situation weiter verschärfte, wandte sich das Auswärtige Amt ganz offiziell an Albert Ballin mit der Bitte zu vermitteln, um ein britisch-russisches Flottenabkommen zu verhindern. Bei seiner Reise nach London führte er Gespräche mit hochrangigen englischen Regierungsmitgliedern, traf unter anderem auch Winston Churchill. Mit der Überzeugung, England würde sich im Kriegsfall neutral verhalten, kehrte er nach Deutschland zurück. Diese Fehleinschätzung belastete den Patrioten Ballin sehr. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die damit verbundene Sperrung der Nordsee für deutsche Schiffe durch England, bedeutete den Untergang seines Lebenswerkes, der HAPAG. Während des Krieges setzte er die Struktur der HAPAG dafür ein, die Einfuhr von Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung zu organisieren. Dazu gründete er im August 1914 die Reichseinkaufsgesellschaft, die später als staatliche Handelsgesellschaft „Zentral-Einkaufsgesellschaft“ nach Berlin verlegt wurde. Bereits während des Krieges von verschiedenen Drogen abhängig, nahm er am 8. November 1918 eine sehr hohe Dosis von Beruhigungsmitteln. Die Ärzte konnten ihn nicht mehr retten. Albert Ballin verstarb 61-jährig am 9. November 1918 in Hamburg. Man sagt, er habe sich aus patriotischer Verzweiflung über den für Deutschland und seinen Kaiser verlorenen Krieg das Leben genommen.

Sein soziales Engagement war diskret, aber nicht unbedeutend. Als Kuratoriumsmitglied setzte er sich unter anderem für die Hamburger Wissenschaftsstiftung ein und ermöglichte durch seine finanzielle Unterstützung die Anfänge der heutigen Max-Planck-Gesellschaft. Ihm zu Ehren wurde der Hamburger Alsterdamm in Ballindamm umbenannt. In seiner Villa an der Feldbrunnenstraße hat seit 1978 das UNESCO „Institute for Lifelong Learning“ seinen Sitz. Seit 2007 zeigt das Museum Ballinstadt die Geschichte der Auswanderung nach Amerika über Hamburg von 1850 bis 1938 und das Wirken Albert Ballins. Dafür wurden drei Auswanderungshallen an der ursprünglichen Stelle originalgetreu wieder aufgebaut.

Leo Pinsker – vergessen im Schatten von Theodor Herzl

Der Zionismus hat viele Väter

Von Tom Brenner

Der Arzt, der kein Jurist werden durfte

Leo Pinsker wurde 1821 in Tomaszow im heutigen Polen (damals Russland) geboren. Sein Vater war der bekannte Sprachgelehrte Simcha Pinsker, der die erste säkulare Privatschule für Juden in Odessa gründete. Zuerst studierte er an der Universität in Odessa Jura. Als er aber realisierte, dass es als Jude zu dieser Zeit nicht möglich war in diesem Bereich Fuß zu fassen, wechselte er an die Moskauer Universität. Hier absolvierte er ein Medizinstudium und praktizierte ab 1849 in seinem Heimatort Odessa als Arzt. Gegen Ende des Krimkrieges (1854-1856) leistete er einen selbstlosen Dienst in der Kranken- und Verwundetenpflege. Pinsker war Mitgründer der ersten russisch-jüdischen Wochenzeitung „Rassvet“. Ebenfalls für die russischsprachige Wochenzeitung „Den“ steuerte er Artikel bei, in denen er sich ganz klar für eine Assimilation der Juden in Russland aussprach.

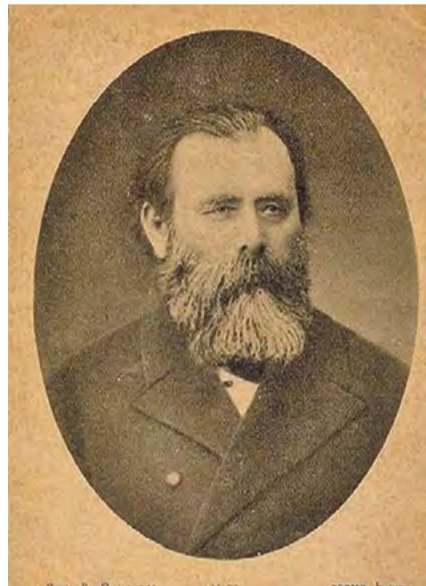
Odessa war bekannt für einen aufgeklärten jüdischen Lebensraum. Pinsker war zu dem noch ein, seinerzeit seltener, assimilierter Jude. Er ließ sein traditionelles jüdisches Leben samt Thora und Talmud hinter sich und orientierte sich an den Normen, die von seiner nicht-jüdischen Umgebung vorgegeben wurden. Dies war auch der Grund für die Mitgründung der Filiale der „Gesellschaft zur Verbreitung der Aufklärung unter den Juden“ in Odessa 1867. Dieser Odessaer Zweig war besonders radikal, was die Russifikation anging. Doch seine positive Einstellung zur Akkulturation änderte sich, als während der Osterfeiertage im Jahr 1871 in Odessa ein Pogrom angezettelt wurde und die Behörden über zwei Tage nicht eingriffen.

Zu dieser Zeit gab es in Russland zwei Gruppen von Juden mit unterschiedlichen Lösungsansätzen der Judenfrage. Zum einen die, die an die Assimilation glaubten und der Überzeugung waren der Antisemitismus lässt sich durch Aufklärung überwinden. Zum anderen die, die der Meinung waren, dass der Hass den Juden gegenüber unausrottbar ist und diese einer eigenen Nation bedürfen. Doch der eigentliche Wandel seiner Einstellung waren die Pogrome im Jahr 1881, nach der Ermordung des Zaren Alexanders II.

In der folgenden Regierungszeit des Zaren Alexander III. (1881-1894) war es Juden nur noch gestattet sich an der russischen Westgrenze, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer anzusiedeln. Die Zahlen von 1897 zeigen, dass im Zarenreich 5,2 Millionen Juden lebten – etwa die Hälfte der jüdischen Weltbevölkerung! Speziell in Odessa lebten 150.000. Der Zar meinte die große jüdische Gefahr müsse gebannt werden. Denn sie hätten zu viel Einfluss in der Wirtschaft und die russische Bevölkerung zu viel Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die Folge waren Pogrome in verschiedenen großen russischen Städten. Somit trat Pinsker im April auch aus der „Gesellschaft zur Verbreitung der Aufklärung unter den Juden“ aus. Im Jahr 1882 war für ihn klar: die Assimilation ist gescheitert, die Juden müssen sich selbst emanzipieren.

Im gleichen Jahr besuchte er aufgrund eines Kuraufenthaltes Italien,

Wien, London, Paris und Berlin. Hier führte er Gespräche mit Juden, um ihnen seine Idee schmackhaft zu machen. In Wien sprach er mit dem berühmten Prediger Adolf Jellinek, dieser aber hatte wie viele assimilierte Juden Angst durch diese Gesinnung die staatsbürgerliche Stellung zu gefährden. Volle Unterstützung fand er nur in London bei Arthur Cohen, dem Vorsitzenden der „Board of Deputies of British Jews“, einer Gesamtvertretung der englischen Juden. Daraufhin veröffentlichte er seine Broschüre „Autoemancipation. Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden“. Inspiriert von diesem Werk gründeten Emanuel Mandelstamm, Hermann Schapira, Moses Lilienblum und Leo Pinsker 1883 ein Zentralkomitee, das als Dach-



verband der Chibbat-Zion-Vereine gelten sollte.

Die erste Konferenz in diesem Rahmen war vom 6. bis 10. November 1884 in Kattowitz. Es wurde eine Mischung von Jiddisch und Deutsch gesprochen. Die Kernaussage Pinskers war die Rückführung des jüdischen Volkes nach Palästina zum Ackerbau. Erst im Zuge dieser Konferenz wendete sich Pinsker zum Zionismus, zur Zeit seiner Mahnschrift war er eher als Territorialist einzuordnen. Denn es war ihm nicht wichtig, wo eine neue jüdische Nation geschaffen wird, Hauptsache für ihn war, dass überhaupt eine geschaffen wird. Das Resultat dieser Konferenz war die Bereitstellung von Geldern für sein Vorhaben, die Versendung eines Delegierten nach Konstantinopel, um mit dem Sultan über Gebiete zu verhandeln und die Wahl eines Montefiore-Verbandes zur Förderung des Ackerbaus unter den Juden und zur Unterstützung der jüdischen Kolonisten in Palästina. Doch dieser spaltete sich aufgrund von Interessenkonflikten bald. Die dreigeteilte Spaltung gliederte sich wie folgt: Eine rein nationale Einstellung unter Pinsker und Lilienblum, eine orthodoxe unter Rabbiner Samuel Mohilemer und eine geistig-kulturelle Prägung unter Ascher Ginzberg. Auf der 1889 in Wilna folgenden Konferenz des Zentralkomitees erklärte Pinsker seinen Rücktritt und gestand sich das Scheitern seines Planes ein. Erst im Jahr 1890 wurde die „Gesellschaft zur Unterstützung jüdischer Ackerbauern und Handwerker in Palästina und Syrien“ von der russischen Regierung legalisiert. Sie wählten Pinsker wieder zum Vorsitzenden. 1891 starb Leo Pinsker in Odessa. Seine Überreste wurden

1934 ausgegraben, nach Jerusalem gebracht und in der Höhle von Nicanor auf dem Skopusberg beerdigt.

Eine verfrühte Idee

„Autoemancipation. Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden“ ist wohl die bekannteste Literatur aus der Feder Leo Pinskers. Diese Broschüre war eigentlich für westeuropäische Juden gedacht. Sie wurde anonym auf Deutsch verfasst, denn Pinsker konnte Russisch nur mittelmäßig, Hebräisch gar nicht und Jiddisch lehnte er als „Jargonsprache“ ab. In Deutschland fiel die Reaktion leider nicht so aus, wie es sich Leo Pinsker wünschte.

Ein in Berlin lebender Jude schrieb 1883 in einem Brief an Isaak Rülff: Autoemancipation sei für den deutschen Geschmack zu materialistisch und zu wenig religiös. 1884 wurde das Werk dann doch noch ins Hebräische übersetzt. Diese hebräische Fassung erschien allerdings nur unvollständig und gestückelt in der Zeitschrift „Hamaqid“. Besser als bei der deutschen Leserschaft kam „Autoemancipation“ bei den jüdischen Schriftstellern in Russland an. Egal in welcher Sprache man diese Broschüre liest, es war revolutionär. Bis zu dem Zeitpunkt der Veröffentlichung war man landläufig der Meinung man könne den Antisemitismus durch geduldige Aufklärungsarbeit abschwächen oder sogar ganz eliminieren. Er geht bei diesem Werk wohl seines Berufes wegen, wie ein Arzt vor. Er analysiert zu erst die Problematik, den Antisemitismus mit einer Charakterisierung der Juden. Darauf folgt dann eine Therapie, also die Schaffung eines Staates.

Im Folgenden eine Zusammenfassung: Zu Beginn seines Mahnrufs sagt er die Juden seien nicht assimilierbar. „Die Juden bilden im Schoße der Völker, unter denen sie leben, tatsächlich ein heterogenes Element, welches von keiner Nation assimiliert zu werden vermag...“. Es werde niemals eine wahre Gleichberechtigung geben, höchstens eine durch das Gesetz bestimmte. Danach äußert er die Kernaussage, dass die Juden eine Nation brauchen. Dass sie noch keine haben, liege aber einzig und alleine am eigenen Mangel an nationaler Selbstständigkeit. Im Folgenden sagt er, das Vergessen der jüdischen Nation sei geschichtlich begründet, aber die Nation müsse geistig weiterleben. Das große Problem sei, dass die „Judo-phobie“ über Jahrhunderte gewachsen sei und sich in der ganzen Menschheit etabliert habe. Es werde eine ganze Nation für Einzelvergehen verantwortlich gemacht. Man müsse sie vernichten, weil sie „...Jesus gekreuzigt, Christenblut getrunken, Brunnen vergiftet, Wucher getrieben, den Bauer exploitiert usw...“ haben. Auch wenn die Völker so unterschiedlich sind, „...in ihrem Widerwillen gegen die Juden reichen sie sich die Hände...“. Er gibt aber ebenfalls an, die Juden wollen auch nicht von anderen geschützt werden. „Als Jude geplündert sein oder als Jude beschützt werden zu müssen, ist gleich beschämend...“. Was nun als Hürde noch bevorsteht, ist, dass das jüdische Volk keine Nation habe, in der sie sich verschanzen könne. Aber um dies erreichen zu können, müsse sich der Jude ändern, denn zurzeit ist es so: „Wenn

wir misshandelt, beraubt, geplündert, geschändet werden, dann wagen wir es nicht uns zu verteidigen und, was noch schlimmer ist, fast finden wir es so in der Ordnung“. Aber es wäre auch egal was die Juden machen, sie würden niemals Einheimische werden.

Im Anschluss erläutert er, wie seine Idee konkrete Gestalt annehmen könne. Man müsse aus den bereits bestehenden Allianzen einen Nationalkongress gründen, an dem alle Gruppierungen teilhaben. Dieser müsse dann ein Territorium suchen, die Beschaffenheit des Landes prüfen und dann die einzelnen Teile verkaufen oder eine entgeltlose Verteilung an Mittellose durchführen. Die Zuflucht solle in erster Linie nichtassimilierten Juden zugute kommen. Des Weiteren bringt er bei, dass das Geld von den verkauften Gebieten der Gemeinschaft zufließen solle und diese solle damit dann ärmeren Juden eine Emigration ermöglichen. Aber er macht auch hier wieder deutlich: „Dieser Landstrich könnte entweder in Nordamerika ein kleines Territorium oder in der asiatischen Türkei...“ sein. Im Anschluss veranschaulicht er beide Gebiete. Würde die Wahl auf Palästina oder Syrien fallen, so könne man durch Arbeit daraus ein recht fruchtbares Land schaffen und die Preise würden in Zukunft steigen. Sollte die Wahl aber auf Nordamerika fallen, so müsse man sich sehr beeilen, denn es würden viele Menschen dorthin emigrieren. Zum Abschluss spornt er den Leser noch einmal an: „Jetzt oder nie!“ sei unsere Losung. Wehe unsern Nachkommen, wehe dem Andenken unserer jüdischen Zeitgenossen, wenn wir diesen Moment versäumen!“.

Die von Pinsker als erbliche Angstneurose deklarierte Judenfeindschaft ist heute umstritten, denn eine Phobie ist keine Psychose, gibt Psychoanalytiker Rudolph M. Löwenstein bekannt. Man darf auch die Vererbung der „Judo-phobie“ nicht wörtlich nehmen. Er hat wohl nicht an eine Vererbung im genetischen Sinne, sondern eher, dass Gewohnheiten durch Traditionen über Generationen vermittelt werden, gedacht. Pinsker war der heutige Begriff von der „kollektiven Psychopathie“ nicht geläufig. Er hat die Schrift wohl anonym verfasst, weil er Angst vor der Zensur und der Polizeiwillkür in Russland hatte. Leo Pinsker selbst hatte aber nie die Schriften von Hirsch Kalischer oder Moses Hess gelesen.

Meinungen

Selbst Albert Einstein vertrat noch 1929 die Meinung Pinskers: „[Zionismus ist] ein Nationalismus, der nicht nach Macht, sondern nach Würde und Gesundung strebt. Wenn wir nicht unter intoleranten, engherzigen und gewalttätigen Menschen leben müssten, wäre ich der erste, der jeden Nationalismus zugunsten des universalen Menschentums verwerfen würde.“

Aber Pinsker selbst merkte, dass er mit seinem Werk nicht dort ankam, wo er es sich erhofft hatte. Dies erläutert er in einem Brief an Max Bodenheimer: „Leider befürchte ich, dass es ihrem Plan, dank der Ungunst unseres jüdischen Schicksals ganz so ergehen wird wie dem meinigen vor etwa neun Jahren (Die Autoemancipation, Berlin), lassen sie sich aber nicht einschüchtern. Wenn ich zu früh ankam, so sehen Sie zu, dass Sie nicht vielleicht zu spät kommen.“

Jewiki – Chronik übers Judentum im Internet

Das größte deutschsprachige Lexikon zum Judentum

Von Angelika Wohofsky

„Wenn du etwas nicht weißt, dann schlag im Lexikon nach“, pflegte mein Opa zu sagen. Ein solcher Rat war freilich nur in Zeiten vor dem Internet gültig. Heute heißt es: Schau bei Google oder Wikipedia nach!



Michael Kühntopf von Jewiki

Für beinahe alles gibt nämlich das Internet Auskunft. Auch zum Judentum kann ein eigenes Wiki befragt werden: Jewiki gibt es seit März 2011.

Das Jewiki gilt als größtes deutschsprachige Wiki zum Thema Judentum und versteht sich als „Universalzyklopädie“ mit rund 70.000 Artikeln und 8.300 Bilddateien. Es wurde bereits über elf Millionen Mal aufgerufen.

Steigt man über die Seite „Themenportal“ ein, bekommt man schnell einen Überblick, was Jewiki alles kann. Die Schwerpunkte dieses Online-Lexikons zum Judentum liegen dabei auf jüdischer Geschichte, Geografie, Technik, Religion und Kultur.

Man erfährt aber auch etwas über jüdische Persönlichkeiten aus Sport, Wissenschaft, Politik, über Suizidenten, Konvertiten, jüdische Mafiosi, Kriminelle und Extremisten. Auch über Synagogen, Friedhöfe, Kibbuzim, Konzentrationslager, Ghettos, den Zionismus und verbrannte Bücher erteilt das Jewiki Auskunft. Selbst wenn man Autobahnen und Schnellstraßen in Israel sucht, oder sich einfach nur für Latkes oder Tscholent interessiert – auf Jewiki wird man fündig werden. Ein Blick auf die Seite „Listen“ hilft außerdem bei der Orientierung zu den Inhalten dieser Webseite.

Besonders umfassend fallen die Jahresartikel aus, welche sämtliche Ereignisse aus jüdischer Sicht in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft sowie jüdische Presseerzeugnisse des betreffenden Jahres und Buch-Neuerscheinungen jüdischer Autorinnen und Autoren auflisten. Die im Jewiki verfügbaren Informationen zum haredischen, also konservativsten Judentum gelten als die umfangreichsten, die im Internet verfügbar sind.

Große Leistungen gehören erzählt

Jewiki wurde von Dr. Michael Kühntopf am 16. März 2011 gegründet. Trotz anfänglicher Bedenken, ob

denn so eine Plattform nicht dem Antisemitismus Vorschub leiste, gibt es „ein jüdisches Volk, eine jüdische Identität, ein jüdisches Kontinuum“, über das man berichten kann, „ebenso wie man über Franzosen, Deutsche, Polen, Argentinier oder sonst ein Volk berichten darf“, schreibt Kühntopf über die Motive

zur Gründung dieser Online-Chronik auf Jewiki. Schließlich hätten Jüdinnen und Juden große Leistungen zu allen Zeiten erbracht, die erzählt gehören, meint der Jewiki-Gründer.

Als Vorläufer von Jewiki kann man die jüdische Chronik mit dem Titel „Juden, Juden, Juden“, die Kühntopf in drei Bänden in den Vorjahren dieser Online-Enzyklopädie veröffentlichte, verstehen. Danach folgte der Aufbau des Jewiki, auf dem die Arbeit zu dieser Chronik weiter fortgesetzt wird. Die Printausgabe der Chronik ging in die Online-Enzyklopädie ein. Sie setzt auch das fort, was auf dem Klappentext der ersten drei Bände steht: Jewiki beschreibt das „pralle jüdische Leben“. Große Aufmerksamkeit wird bei der Bearbeitung der Artikel der Online-Enzyklopädie auf Primärquellen gelegt, was das fachliche Gewicht von Jewiki untermauert.

„Ein höchst gebildeter Mann“

Über den Autor Michael Kühntopf lässt sich sagen: Er ist ein „enzyklopädischer Monomane“, die Enzyklopädie ist seine Welt. Wenn ein solcher von Deutschland

also in die Schweiz übersiedelt, kann dabei nur ein „Schweizer Wörterbuch“ herauskommen. So schrieb der „Bremgarter Bezirksanzeiger“ bei Erscheinen dieses Lexikons: „Lexikon, Sprachwörterbuch und Mundartwörterbuch – ein hilfreiches Buch für alle Deutschen in der Schweiz und eine aufschlussreiche, oft amüsante Lektüre für alle anderen Bewohner des großen Kantons“. Kühntopf erklärt den Schweizern ihre Schweiz. Er sammelt Daten und legt sie an, macht sie verfügbar, und dabei Widersprüche sichtbar. Genauso wie er in diesem Buch die Eigenheiten der Schweizer beschreibt, so bietet er auch im Jewiki die volle Bandbreite jüdischen Lebens, jüdischer Persönlichkeiten, jüdischer Geschichte und jüdischer Widersprüchlichkeiten.

Privates Engagement

Jewiki versteht sich selbst als nicht kommerziell, als weltanschaulich neutral und unabhängig. Kühntopf verweist auf der Jewiki-Hauptseite auch darauf, dass „keinerlei Relevanzhürden“ für Inhalte bestehen. Soll heißen, „Namen, Daten, Fakten, genealogische Hinweise und Querverbindungen sind erwünscht und hier am richtigen Ort“.

Das Wiki über das Judentum finanziert sich aus privaten Spenden und zu geringen Teilen aus Werbung. Jewiki wird auch von Institutionen und Unternehmen unterstützt. Diese Unterstützung legt Jewiki offen. Es steht

hauptsächlich privates Engagement hinter dieser Enzyklopädie zum Judentum. Hauptautor ist Michael Kühntopf. Eine Mitarbeit durch weitere Autorinnen und Autoren ist willkommen.

www.jewiki.net

Discover the real Japanese
KOBE BEEF

beef bar
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO – FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030 - 20 67 93 01

Templer-Dorf wird zum Szene-Treff

2000 ausgewanderte Reform-Christen hinterließen eine funktionierende Infrastruktur im Heiligen Land

Heike Linde-Lembke

Zeid Zwika ist glücklich, wenn er Gäste durch das kleine Museum führen kann, in dessen Kellergeschoss ein alter Waschbecken neben einem steinernen Waschbecken steht, darüber Schilder von Persil und Lux, und wenn er die Fotografien zeigt, die an den Wänden des Museums im Erdgeschoss hängen, Fotografien mit Kindern in einer kleinen Badeanstalt, mit einem Männer-Fahrradclub.

Zeid Zwika zeigt das Templer-Dorf Sarona, heute ein Stadtteil im Osten von Tel Aviv, das nach mehr als 15-jähriger Restaurierungsarbeit mittlerweile zum In-Viertel der Tel Aviver wird. Die christlichen Templer taufen ihr Dorf Sarona nach der Küstenregion Sharon. Es war die erste landwirtschaftliche Siedlung der Templer im Nahen Osten, und sie bauten ihre Straßen und Häuser nach dem Grundriss eines gleichschenkligen Kreuzes mit einem Gemeinschaftshaus in der Mitte. Als Vorbild diente ihnen Kornthal bei Stuttgart.

In die 37 historischen, restaurierten Templer-Häuser mit ihren schrägen, mit hellroten Pfannen gedeckten Dächern und den Holz-Fensterluken rechts und links der frisch geputzten Sprossen-



Templer-Kinder in Haifa.

fenster sind heute Galerien, Cafés, Restaurants und Weinstuben, Schmuck-, Mode- und Spielzeugläden, Bio- und andere Parfümerien mit hochwertigen und ausgefallenen Angeboten eingezogen, darunter internationale Modemarken. Hauptsache, die Mieter und Pächter sind zahlungskräftig und locken solvente Kunden an, denn das großzügige, parkähnliche Areal mit pittoresker Teichlandschaft und Kinderspielflächen muss gepflegt und unterhalten werden.

Wer heute hierher kommt, sucht das Besondere in einer heimeligen Atmosphäre, sucht eine Ruhe-Oase im temporeichen Tel Aviv, denn die Häuser der evangelikalen Templer atmen immer noch deutsche Gemütlichkeit.

1868 sind die ersten schwäbischen Pietisten ausgewandert in die Region am Mittelmeer, über die damals noch die Türken herrschten. Die Kleriker waren auf der Suche nach einem selbstbestimmten Leben. Am 25. Oktober 1898 allerdings kam ein Fürst auch zu ihnen, Kaiser Wilhelm II. stattete Haifa auf seiner Reise nach Jerusalem einen Besuch ab, und nach ihm nannten die Templer auch ihr Dorf 15 Kilometer neben Jaffa Wilhelma, heute Bnei Atarot. In Jerusalem traf Deutschlands Kaiser Isaels Erfinder Theodor Herzl, der ihm die deutsche Schirmherrschaft für den jüdischen Staat anbot.

Insgesamt zogen bis 1914 mehr als 2.000 Templer in ihr Gelobtes Land. Sie siedelten in Sarona, als es Tel Aviv noch

gar nicht gab, sie siedelten in Jerusalem, in Haifa, gründeten Waldheim und Bethlehem, heute Beit Lehem Ha Glilit, im Carmel-Gebirge oberhalb von Haifa, und Wilhelma neben Jaffa. Sie bauten in dem Land zwischen Mittelmeer und Jordan eine funktionierende Infrastruktur auf, mit Dörfern und Straßen, Feldern und Weinbergen.

1869 gründeten Christoff Hoffmann und Georg David Hardegg, Vorsteher der christlichen Reformen, die Templer-Kolonien Haifa und Jaffa. Ernst und bedeutungsschwer grüßen die Herren von ihren Fotografien im kleinen Museum in Sarona.

Auch viele ledige Frauen zog es auf der Suche nach einem Einkommen und einem gesicherten Leben aus Deutschland in die neuen Templer-Dörfer. Sie heirateten und gründeten neue Familien.

Doch die frommen Templer liebten trotz ihres Erfolgs im Gelobten Land auch immer noch ihre alte Heimat, und so brachten Besucher in den späten 1930er Jahren aus ihrer ehemaligen Heimat die ersten Hakenkreuzfahnen mit, (naiv wie viele Auslandsdeutsche) voll begeistert von Adolf Hitler und seinem „Tausendjährigen Reich“. Bereits 1938 war etwa ein Drittel der Templer im britischen Mandatsgebiet Mitglied in Hitlers NSDAP.

Sie hissten die Fahnen, hängten sie aus ihren Fenstern, und zogen sich damit den Zorn der britischen Besatzer und ihrer jüdischen Nachbarn zu, darunter auch Isidor Mamlock, den jüdischen Apotheker von Sarona, in dessen Haus Itzhak Rabin einmal residierte.

Isidor Mamlocks Sohn, Jonathan Mamlock, hat noch versucht, die Apotheke, vor der zwei prachtvolle Zypressen standen, zu erhalten – vergeblich. Gegenüber der Apotheke lag eine Bierstube. „Ich habe heute noch den Geschmack nach sauren Gurken im Mund, die ich dort immer gegessen habe“, sagte Jonathan Mamlock 2007 zur Autorin. Neben der Bierstube war eine Kegelbahn eingerichtet, und auch der junge Jonathan schob dort so manche ruhige Kugel.

2008 wurde die Mamlock-Apotheke abgerissen. Der Berliner Isidor Mamlock hat die Naturheilkunde ins Bauerndorf Sarona gebracht, und sein Sohn Jonathan ist mit dem Templer-Kindern aufgewachsen. Er starb im September 2014.

Auch Kobi Fleischmann, der Besucher gern durch das heute wunderschöne Templer-Dorf Waldheim mit seinem romantischen Weinstuben und Garten-Restaurants führt, hat vor zehn Jahren eine Hakenkreuzfahne entdeckt und zeigt sie herum, zornig wie Zeid Zwika über diesen Kulturbruch der frommen Männer und Frauen aus dem Schwabenlände. Waldheim liegt in einer ländlichen Idylle oberhalb von Haifa im Carmel-Gebirge Richtung Galiläa.

1939 internierten die britischen Machthaber viele Templer wegen ihrer NS-Gesinnung in Sarona und ihren anderen Kolonien. Einige der Templer wurden nach Zypern, die meisten 1941 direkt nach Australien deportiert. Sie kehrten nie zurück.

Ihre Häuser, ihre Dörfer verfielen, ihre Felder und Weinberge überwuch-



Templer-Siedlung in Haifa. Ein biblischer Spruch über der Tür.

te die üppige Natur. Bis mit der zweiten Jahrtausendwende auch eine Wende im Bewusstsein der Israelis eintrat, und sie sich auf die Geschichte ihres Landes besannen.

Wer hat diese Häuser gebaut? Woher kamen die biblischen Inschriften über den Türen wie „Wohl denen, die das Gebot halten, und thun immerdar recht“? Die meisten dieser Supra-Porta-Sprüche gibt es im Templer-Viertel in Haifa unterhalb der Bahai-Gärten.

War das Templer-Viertel in Haifa das erste Vorzeige-Projekt in Sachen Restaurierung der israelischen Vergangenheit, so folgten rasch Waldheim und Sarona.

Das indes war mit einigen Hürden verbunden, denn nach David Ben-Gurions Staats-Proklamation am 15. Mai 1948 bezog das Verteidigungsministerium mit der IDF, der Israelischen Defence Force, dem Militär, Stellung am östlichen Rand von Tel Aviv, dort, wo noch Reste von Sarona standen.

Vorher war die Hagana, Vorläufer der IDF, in Sarona eingezogen. Fotos im Museum zeigen Ben-Gurion am Schreibtisch eines Templer-Hauses. Israels Staatsgründer nannte Sarona Kirija, als er Israel vorübergehend ausgerechnet von dem einst deutschen Dorf lenkte, bis er seinen Regierungssitz in Jerusalem einrichtete.

Dem alten Templer-Dorf drohte immer mehr die Abrissbirne, denn das Areal weckte das Begehren von Investoren mit Wolkenkratzer-Ambitionen. 1999 sollte der alte unterirdische Weinkeller der Templer-Winzergenossenschaft, an dessen Wand noch „Deutsche Winzergenossenschaft“ auf Deutsch und Arabisch steht, abgebrochen werden. „Sarona Gold“ und die „Perle von Jericho“ reiften hier zu mehr oder weniger süßigen Tropfen heran. Auch eine alte Ölpressen, in der auch Weizen und Flachs gemahlen wurde, ist noch erhalten.

Nach dem Ende der Templer wurde der Weinkeller zum Hauptquartier des israelischen Auslands-Geheimdienstes Mossad. Ein Sendemast ist aus der Zeit als Reliquie stehen geblieben. Auch die

ersten Flugzeuge der israelischen Luftwaffe wurden in dem Keller gebaut.

Der Denkmalschutz stoppte den Abriss, und heute hat Ran Schmueli, ein israelischer Top-Koch, in dem langen Keller sein Edel-Restaurant eingerichtet.

Der Denkmalschutz hatte für Investoren wie für die Fans des Templer-Dorfes gleichermaßen ein Rettungsrezept in der Schublade. Wie schon bei der Restaurierung der Häuser am Rothschild-Boulevard mitten in Tel Aviv durften die Investoren ihre Hochhäuser hinter dem historischen Areal nur bauen, wenn sie sich verpflichteten, die Restaurierung der historischen Substanz zu finanzieren. Das Konzept funktioniert auch in Sarona. 120 Millionen Euro kostet es israelische Unternehmen und den Staat, um das doch so deutsche Dorf dem völligen Ruin zu entreißen und wieder aufzubauen.

„Fünf Häuser wurden sogar Millimeter um Millimeter auf Rollen versetzt, damit die Straße nach Ramat Gan verbreitert werden konnte“, sagt Zeid Zwika und zeigt in einem Zimmer des Museums auf Reste einer alten Wandmalerei direkt auf dem Putz, so, wie es Ende des 19. Jahrhunderts Brauch war, die Wände mit Hilfe von Schablonen zu dekorieren, mit Ranken und Löwenköpfen, Weinlaub und Blumenknospen. Darunter ist blaue Wandmalerei zu sehen, die einige Jahrzehnte später entstand, moderner und weniger verschnörkelt.

Die Fußböden bestehen entweder aus rustikalem Holz oder aus kunstvoll verlegten Fliesen mit den puristischen Mustern der 1900er bis 1920er Jahre.

Wer das kleine Museum mit den liebevoll restaurierten Möbeln, mit Kachelofen, Klavier und Schreibtisch besichtigt, erhält einen Eindruck, wie sie lebten, die Templer, fromme und fleißige Leute alleamt. Bis ein Teil von ihnen der falschen Gesinnung anheim fiel, sie deportiert wurden und in Vergessenheit gerieten.



Fuhrwerk der Templer in Sarona/Tel Aviv.

Doch auch jetzt bleibt die Zeit in Sarona nicht stehen. Weitere Wolkenkratzer mit Apartments, Ateliers, Büros und einem Luxus-Hotel hinter dem Dorf sind im Bau, und mit dem „Sarona-Market“ wartet ein elitäres Einkaufszentrum auf seine Einweihung. Dort gibt es dann auch bestimmt die heißgeliebte Erdfrucht in allen Variationen, die Kartoffel, die die Templer mit in ihr Gelobtes Land brachten.

Neueste Flug-Informationen: Tel Aviv ist näher gerückt. Die Germania Fluggesellschaft fliegt jetzt direkt von Hamburg und Karlsruhe nach Tel Aviv, unter anderem montags um 11.20 Uhr ab Hamburg Flughafen, nonstop zum Flughafen Ben Gurion bei Tel Aviv. Mehr Infos gibt es unter www.flygermania.de im Internet.

Der nie „abzuwaschende Jude“

Rolf Hosfeld porträtiert den jüdischen Heinrich Heine

Von Joseph Heid

Heines wohl am meisten zitierter Satz, dass er um den Schlaf gebracht sei, wenn er an Deutschland denke, lässt sich leicht umkehren. Er selbst ist es, der bis in die Gegenwart mit seinen Schriften der Deutschen Schlaf stört. Und das liegt an seinem schier unerschöpflichen sprachlichen Repertoire, der wie keiner sonst die niederträchtigsten Gemeinheiten in geschliffene Formulierungen umzusetzen vermochte. Rolf Hosfeld hat eine Biographie über Heine vorgelegt, in der er Heine als ersten „wahrhaft europäisch denkenden Intellektuellen“ verortet, der nunmehr „unser Zeitgenosse“ geworden sei.

Alles, was die Literatur hergibt, er beherrscht es. Heine, der brillante Briefschreiber: Trotz seines jahrelangen Dahinsiechens verstand er es, alles fein abgestimmt auf die jeweiligen Adressaten zu formulieren, mal ironisch frech, witzig und polemisch, mal hintersinnig brillant, mal beleidigend ordinär, auch konnte er intrigant sein. Er bewahrte bis zuletzt eine sprachliche Leichtigkeit, in dem ihm Formulierungen über Thron und Altar, über Politik und Religion aus der Feder flossen, die so tafrisch sind, als seien sie soeben erst entstanden. Er hat nicht für schmeichelnde Briefempfänger und eine Leserschaft geschrieben und er war ganz und gar kein Opportunist. Kurz: Er hatte seinen eigenen Ton.

Heine war ein überzeugter Demokrat, ein radikaler Demokrat – als Dichter wie als Person. Seine Texte widerspiegeln einen Schriftsteller, der am Land und an der Religion seiner Herkunft litt, der zeitlebens an dem Axiom einer demokratischen Gesellschaft, in der die Gleichheit aller Bürger – namentlich der Juden – durch volle Bürgerrechte garantiert sein sollte, festhielt.

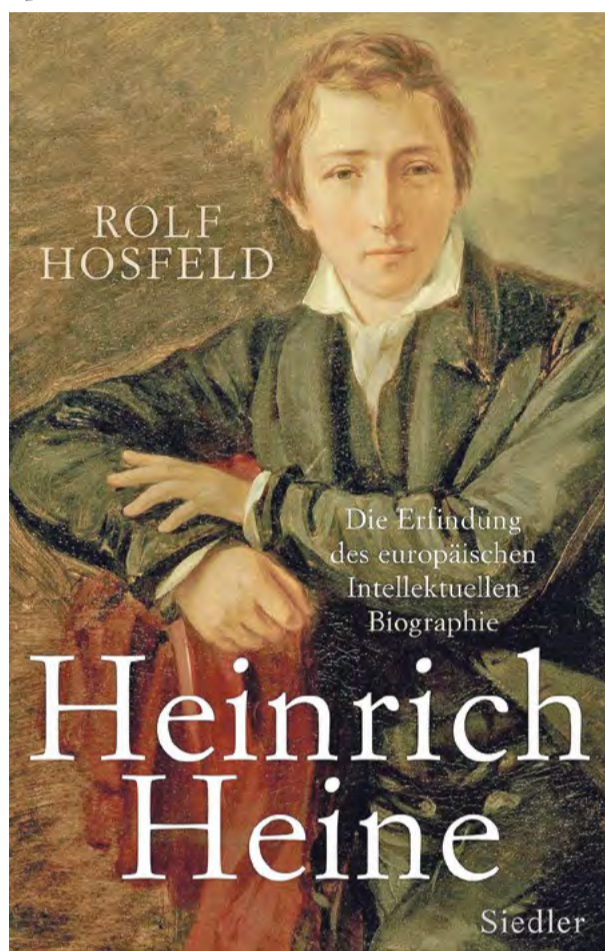
Vielleicht spüren die Schriften Heines, Briefe wie viele seiner Gedichte und Prosa, deswegen auch heute noch jenen funkelnden Witz, Ironie und Frivolität, weil sie nicht mit Blick und Absicht für die Nachwelt geschrieben sind.

In Hosfelds Biographie begegnet dem Leser der „jüdische“ Heine, der immer wieder, vor allem in seinen privaten, nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen Briefen an Familienangehörige, jiddische Elemente aufscheinen lässt und jüdische Bezüge herstellt.

Neugier und Interesse und Esprit und all das andere, was ihn aus der Masse der Schriftsteller heraushebt: – der Witz war Heines Waffe: „Ich arbeite nicht am Sabbat, dem siebenten Tage, wo Gott ruhet; ja aus Vorsicht, da man nicht mehr genau weiß, welcher dieser siebente Ruhetag war, tue ich oft die ganze Woche nichts“. Immer wieder zeigt sich Heine als Kenner der Bibel und ein Zitat aus dem Buch der Bücher ist besser als jedes Argument sonst. Besonders wenn es um sein Honorar geht, bekommt es sein Verleger zu spüren: Jeder Arbeiter sei seines Lohnes wert, hält er Julius Campe entgegen, und dann: „Sie sehen, ich bin nicht umsonst bibelfest“.

Heine war, seiner zugespitzten Formulierungen wegen, bei Freund und Feind bewundert oder gefürchtet. Er verstand es, in seiner hochgetriebenen Metaphorik seine nicht gerade wenigen Kontrahenten zu attackieren

und sprachlich aufs Korn zu nehmen. Und wenn ihm die gängige deutsche Sprache nicht ausreichte, seine rheto-



rischen Treffer zu setzen, dann wurde er wortschöpferisch. Welch ein grandioser Einfall, den Baron Rothschild, den Heine anzuschmorren suchte, „famillionär“ zu nennen, so als sei er seinesgleichen. Sein stinkreicher Onkel Salomon Heine, der den mittellosen Dichter mit regelmäßigen Zahlungen über Wasser hielt, musste sich vom frechen Nefen „Millionarr“ nennen lassen. Diese Wortbildungen ziehen ihre Komik aus der Verblüffung wie aus dem Verständnis des Wortes. Der Polemiker Karl Kraus, selbst ein Sprachkünstler und Meister der sprichwörtlichen Ausdrucksweise, hat sich 1910 in einer Sprachkritik über Heines Wortwitz geäußert. Heine, so Kraus, habe der deutschen Sprache „so sehr das Mieder gelockert“, das „alle Kommiss an ihren Brüsten fingern“ könnten. Und was das Feuilleton betreffe, ätzte Kraus, war dies eine „Franzosenkrankheit“, die Heine uns „eingeschleppt“ habe.

An Gegnern hat es Heine zeitlebens nicht gemangelt, doch er kannte seine Pappenheimer. Heinrich von Treitschke glaubte zwar in Heines Poesie auch „Geistreiches“ erkennen zu können, allerdings „ohne Tiefe“ und eine „Anmut des Lasters“. Heines Anmaßung, so viele seiner Kritiker, war der elegant-ironische Um-

gang mit dem deutschen Tiefsinn. Und der national-deutsche Historiker und Initiator des „modernen“ Antisemitismus, Treitschke, kannte auch die Quelle solchen Fehltritts: den „jüdischen Verstand“ des „Orientalen“ Heine, dem es an Kraft zur künstlerischen Komposition großen Stils gebrach.

Was gibt es an Heine noch zu entdecken, was die Literaturwissenschaft nicht längst ans Licht gebracht hat? Bei Hosfeld sind es die Details, die er zu Tage gefördert hat und wie Perlen an der Schnur aneinanderreicht. Bei Heine ist eben nichts unbedeutend. So wie er ein Virtuose der dichterischen kleinen Form ist, bei dem man gleichwohl angesichts ihrer Leichtigkeit die dahinterstehende Meisterschaft ganz vergisst, so verdichtet Hosfeld dank seiner immensen Literaturkenntnisse, Heinesche Petitesse in seinem gut komponierten Lebensbericht.

Spätestens seit den antisemitischen Hep-Hep-Unruhen von 1819, die seine Düsseldorfer Familie zur Flucht nach Hamburg zwang, war Heine bewusst, dass weder Konversion noch die Assimilation eine tragfähige Lösung seines Judenschmerzes und seiner Zugehörigkeit zur „Sippe der Gejagten“ sein konnten. Die deutschen Burschenschaftler hatten ihn aus ihren Reihen ausgeschlossen. Er musste unvorbereitet die Erfahrung machen, als Fremder im eigenen Land behandelt zu werden. Alles Deutsche, schreibt

er daraufhin einem Freund, wirke auf ihn wie „Brechtpulver“, und sogar die eigenen Gedichte ekelten ihn zuweilen an, wenn er sehe, dass sie auf Deutsch geschrieben seien. Dass Heine die antisemitischen Schmähungen nicht in demütiger Sklavenhaltung hinnahm, war ein Akt der Selbstachtung. Doch es dauerte, bis er wieder bei sich war.

Mit der Taufe hatte Heine formal zwar die Insignien der evangelischen Religion erhalten, aber bekehrte war er deswegen noch lange nicht. So musste er auch nicht zum Judentum zurückfinden – er hatte es nie verlassen. „Wie kann ich aus meiner Haut“, schrieb er 1839 an Heinrich Laube, „die aus Palästina stammt, und welche von Christen geerbt wird seit achtzehnhundert Jahren!“ Heines unumwundenes Ja zum Judentum hatte immer Bestand. Indes lässt auch Hosfeld Fragen unbeantwortet: Trotz massiver Empfehlungen von prominenter Seite wurde Heine nicht auf eine Professur in München berufen. Warum? War es der nie „abzuwaschende Jude“, der im erzkatholischen München die Besetzung eines Lehrstuhls mit einem gebürtigen Juden unmöglich machte? Nach seinem Übertritt hatte Heine erwartet, mit offenen Armen in die bürgerliche Welt aufgenommen zu werden und ein durch die Konversion verbrieftes Anrecht darauf zu haben. Das Entreebillet, das Heines mit seiner Taufe gelöst hatte, hatte in München freilich keine Gültigkeit. Am Ende seines Lebens resümiert er: „Hegel ist bei mir sehr heruntergekommen, und der alte Moses steht in floribus“. Mit unerträglichen Schmerzen in seiner Matratzengruft liegend fühlte er sich nur noch als „armer todkranker Jude“. Er verbrannte einige seiner Gedichte aus seiner früheren „blasphemischen Periode“ und schrieb im Nachwort zum „Romanzero“: „Ja, ich bin zurückgekehrt zu Gott, wie der verlorene Sohn“.

Hosfelds Biographie hebt sich aus der Vielzahl anderer Heine-Biographie, an denen es gewiss nicht mangelt, in Stil und der Breite seines zeitgeistlichen Ansatzes ab, sie besticht durch Gelehrsamkeit und Esprit, die dem Apostrophierten gefallen hätte. Hosfeld animiert seine Leser, sich mit Leben und Werk von Deutschlands erstem modern-postmodernen Dichter und größten Lyriker nach Goethe zu beschäftigen, denn schließlich entfalte sein Werk europäische Wirkung, auch über seine Zeit hinaus.

Modern war Heine auch in seinem Jüdischsein: Als Jude war er aus dem jüdischen Mittelalter in die Neuzeit getreten, lachend, wie Max Brod bemerkte, „ja einigermaßen leichtfertig“ und wusste doch die Kontinuität mit dem einst lebendigen Judentum in sich zu bewahren. Hier war Heine, der „geborene Feind aller positiven Religionen“, seinem Vorbild und „Unglaubensgenossen“ Baruch de Spinoza ganz nah, Anschluss an die europäische Kultur suchend, indem er sie gleichzeitig herausforderte. Nach der Hosfeldschen Lektüre lässt sich sagen: Heine zu lesen, ist immer noch eine Entdeckungsreise voller unerwarteter Überraschungen.

Rolf Hosfeld: Heinrich Heine. Die Erfindung des europäischen Intellektuellen. Biographie. Siedler Verlag, München, 512 S., 24,99 Euro



Der Mann von der Zahal

Begegnungen eines Israeli mit dem realen Sozialismus in der DDR

von Peter Jacobs

An einem Sommertag des Jahres 1987 stiftete ein Israeli, der seit gut 20 Jahren im Besitz eines DDR-Passes war, beim Wehrkreiskommando der Nationalen Volksarmee (NVA) in Berlin-Prenzlauer Berg Verwirrung. Mehr als zwei Jahrzehnte zuvor war er dank seiner blendenden körperlichen Konstitution als Basketballspieler für den Truppendienst tauglich befunden worden. Damals sollte er zu den Panzern, studierte aber gerade an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst und blieb verschont.

Nun aber wurde es beinahe doch noch ernst. Der vermeintlich Wehrpflichtige sollte zum Reservedienst eingezogen werden. Im Rekrutierungsbüro Prenzlauer Berg entspann sich folgender Dialog:

„Haben Sie noch Fragen?“
 „Ja“, antwortet der inzwischen fast 50-Jährige. „Wie verfahren Sie, wenn der Gemusterte bereits einen Wehrdienst abgeleistet hat?“
 „In welcher Einheit waren Sie?“
 „Nicht in der NVA.“
 „Waren Sie bei der Bundeswehr?“
 „Oh nein. Die ist mir zu reaktionär.“
 „In der Roten Armee?“
 „Nein, so fortschrittlich ist die auch wieder nicht.“

„In der Fremdenlegion?“
 „Nein, wo denken Sie hin, Genosse Offizier!“

„Nun sagen Sie's schon, bevor wir alle Armeen der Welt durchgehen.“

„Zahal“, antwortet der zu Musternde und setzt zur Erklärung schnell hinzu: „Das ist die israelische Armee.“

Die Verblüffung war groß. Ein solcher Fall war der NVA wohl noch nie vorgekommen. Eine Dienstvorschrift dafür gab es nicht. So endete die Musterung schließlich im Nebenzimmer, wo der Leiter des Wehrkreiskommandos den Exoten bei einer Flasche Kognak mit ungenierter Neugier befragte, wie es denn zu erklären sei, dass eine Panzereinheit der israelische Armee es schaffe, binnen zwölf Minuten abmarschbereit sei, während die Nationale Volksarmee das nicht einmal in einer Normzeit schaffe, die mehr als doppelt so lang währt.

Michael Guttman, von seinen Kameraden im Kibbuz und bei den Fallschirmjägern der Zahal einst nur Moische genannt, hat oft in seinem Leben Auskunft geben müssen über seine andere Heimat. Nun hat er einen biographischen Report geschrieben. Ein Gutteil handelt davon, wie er sich in die DDR verirrt. Mit jüdischer Chuzpe, schweigschem Humor und sehr viel Nachdenklichkeit erzählt er von seinen Begegnungen mit dem realen Sozialismus, der ihm so ganz anders entgegentrat, als die sozialistischen Ideale, die er aus seiner Jugendzeit im Kibbuz mitgebracht hatte. Es gab und gibt bisher wohl keinen anderen Autoren von israelischer Lebensprägung, der auf solche Weise sein Innenleben in der eingemauerten DDR geschildert hat.

Guttmanns Mutter war 1938 mit knapper Not nach England entkommen, wollte das Baby nachholen lassen, aber das gelang nicht mehr. Die katholische Großmutter versteckte ihn bei Verwandten in Mecklenburg und in Erfurt und rettete ihm so das Leben. Nach dem Krieg, kurz vor der Berlinblockade 1948, gelangte der Zehnjährige mit einem jüdischen Kindertransport nach Israel, wuchs auf in dem galiläischen Kibbuz Daphna und

nahm als Fallschirmjäger am Suezkrieg 1956 teil.

1959 kehrte er besuchsweise in seine Geburtsstadt Berlin zurück, um die Großmutter wiedersehen. Der 22-Jährige, der bis dahin noch kein eigenes Familienleben kennengelernt hatte, traf auf weitere Verwandtschaft: den Bruder seiner Mutter, der aus der englischen Emigration zurückgekehrt war und nun im Zentralkomitee der SED arbeitete. Michael Guttman beschreibt ihn als un-



nachgiebigen Kommunisten, feindselig gegen Israel, aber auch besorgt gegenüber ihm, dem Neffen, den er zum Bleiben überredet.

Guttman studierte, wurde Projektleiter im Rechenzentrum der Staatlichen Plankommission der DDR und war gefragt als Dolmetscher für Iwrith, von denen es zu dieser Zeit in diesem Land nur ganz wenige gab. Seinen Wirkungskreis kreuzten hohe Staats- und Parteifunktionäre der DDR, Führungspersonen der KP Israels, Aktivisten und Diplomaten der Palästinensischen Befreiungsorganisation.

Die DDR-Geschichte dieses Versprengten der Schoa ist prall gefüllt mit Anekdoten. Unbeschwert formuliert er in dem Buch seine Dankbarkeit gegenüber einem fachlich perfekten Vorgesetzten, der sich schließlich als hochkarätiger CIA-Agent erwies. Sachlich schildert er seine Konflikte mit dem ihm wohlwollenden, aber ideologisch bornierten Onkel im SED-Zentralkomitee. Mit gebotener kritischer Distanz berichtet er von den Begegnungen mit dem mittlerweile verwöhnten Buchenwald-Jungen Yerzy Zweig, dem die DDR nach dem aufsehenerregenden Film „Nackt unter Wölfen“ ein Studium als Kameramann spendierte. Humor blitzt immer wieder auf, wenn der Autor auf Anwerbeversuche der Stasi zu sprechen kommt. Er verschont auch nicht alte Freunde in Israel, die ihn später zu einem Mossad-Agenten hochstilieren wollen, der er gar nicht war.

„Seit ich aus Israel weg war“, seufzt Guttman „machte ich mir Gedanken darüber, was ich mir angetan hatte, dass ich in der Diaspora lebte. Der Charme der Deutschen hatte mich ja auch nicht überwältigt.“ Als Übersetzer beobachtete er, wie Genossen von der Kommunistischen Partei Israels DDR-Betriebe vorgeführt bekamen wie Potjomkinsche Dörfer. Während der von großem Propagandaaufwand begleiteten Weltfestspiele der Jugend 1973 war er als Betreuer der israelischen Delegation ein-

gesetzt. 400 Palästinenser waren auch gekommen, dazu etwa 1.000 jugendliche Delegierte aus arabischen Ländern. Auf der Ehrentribüne saß Yassir Arafat. Guttmanns delikate Aufgabe war es, die israelische Fahne zu verstecken, damit es bei der Stadionparade nicht zu einem Eklat kommt. Am Ende ließ man die Israelis gar nicht an der Hauptveranstaltung teilnehmen, sondern organisierte ihnen eine eigene Veranstaltung. Auch mit Palästinensern bekam es Guttman

direkt zu tun, darunter mit der zu dieser Zeit legendären Flugzeugführerin Leila Khaled, bei der er keine Spur von Nachdenklichkeit über die Folgen des Terrorismus feststellen konnte.

Bitter ist ihm die bisweilen offen israelfeindliche Propaganda in der DDR aufgestoßen, als 1967 der Sechstagekrieg losbrach: „Zum ersten Mal fühlte ich mich einsam und abgeschnitten“. Er hilft sich mit dem Abhören von BBC-Nachrichten und fertigt sich mithilfe seiner Frau auf Pergamentpapier eine Nahostkarte an, um den Frontverlauf zu verfolgen. Seine Gedanken sind bei seinen Freunden in Daphna und bei seinen Kameraden von der Zahal. Fortan nutzt er mehr und mehr seine Tätigkeit als Übersetzer und Betreuer für die persönliche Informationsbeschaffung. Den Kontakten mit Besuchern aus Israel dankt er schließlich, dass er sich eine gut bestückte Handbibliothek auch mit Publikationen in Englisch und Iwrith aufbauen kann.

Offenen Antisemitismus, wie das zu Lebzeiten Stalins drohte, hat Guttman in der DDR nicht wahrgenommen, eher gelegentliche subtile Vorurteile am Arbeitsplatz oder im privaten Umfeld. Seine Schwierigkeiten waren eher politischer Natur. Er eckte an, weil er 1968 seine Sympathie für den Prager Frühling nicht richtig verbergen konnte, und er musste bis in die 80er Jahre, fast bis zum Ende der DDR-Zeit, darum kämpfen, dass er zusammen mit seiner Frau seine Mutter in England besuchen durfte. Schließlich erlebt er die ökonomische und politische Erosion der DDR frühzeitig als Informatiker bei der Staatlichen Plankommission aus nächster Nähe und empfindet die Wende auch als eine ganz persönliche Befreiung.

Endlich erfüllt sich sein 30 Jahre lang gehegter Traum: die Wiederbegegnung mit dem Land seiner Jugend und seines Erwachsenwerdens. Und im vereinten Deutschland findet er endlich Zugang zu den Archiven, die er benötigt, um das Schicksal seines Vaters aufzuklä-

ren. Max Rosenbusch starb als einer der ersten deutschen Juden im Gas. In Bernburg, wo die SS 1942 Experimentiereinrichtungen für den späteren Massenmord in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern installiert hatte.

In seinem Buch setzt sich der Michael Guttman mit den politischen Themen auseinander, die ihn auf seinem Lebensweg begleitet haben: Rassismus und Fremdenhass, Träume vom Kibbuz-Sozialismus, Enttäuschungen über den Staatssozialismus, das Spannungsfeld Nahost in der Zeit des Kalten Krieges und aktuelle Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus. Und nicht zuletzt: Umgang mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und latenter heutiger Antisemitismus. Man muss nicht alle seine Ansichten darüber teilen, aber die Emotionen, die mitschwingen, verdienen Respekt. Denn er schreibt als einer, der durch seine Biographie den Ereignissen näher steht als der deutsche Durchschnittsbürger.

Das Buch:

Michael Guttman, Ein Israeli verirrt sich in die DDR. Beobachtungen eines Exoten, Nora-Verlag Berlin, 538 Seiten, 26,00 EUR kann auch mit persönlicher Widmung des Autors, direkt bezogen werden unter www.davka-israel.com



JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber:

J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag:

J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50

Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (s.akstinat@juedische-rundschau.de)

Administration: Michail Goldberg

Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin

• per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50

• per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung:

Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH

Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus

jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presses GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt. Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Zu guter Letzt

Amüsantes und Kurioses aus der Welt des Judentums



„Rabbi, gibt es ein absolut sicheres Mittel, dass eine Frau nicht schwanger wird?“
 „Ja, das gibt es. Einen Apfel essen.“
 „Wie? Vorher oder nachher?“
 „Anstatt.“

Ein schöner Sommermorgen. Ein Jude spaziert im Stadtpark, ein Hündchen läuft hinter ihm her.
 Da kommt ein Polizist und sagt streng: „Nehmt den Hund an die Leine! Sonst zahlt Ihr Strafe!“
 Der Jude geht wortlos weiter.
 Der Polizist wird böse: „Wenn Ihr nicht sofort den Hund an den Riemen nehmt, zahlt Ihr eine Geldbuße!“
 Der Jude geht weiter.
 Da zieht der Polizist sein Notizbuch hervor, schreibt etwas hinein und reicht das Blatt dem Juden mit dem Befehl: Drei Zloty!
 Der Jude bleibt stehen:
 „Warum soll ich zahlen? Das ist doch nicht mein Hund!“
 „So? Und warum läuft er Euch nach?“
 „Nu - Ihr lauft mir doch auch nach und seid nicht mein Hund!“

Zwei Juden gehen in eine Ausstellung impressionistischer Kunst. Vor einem der Gemälde bleiben sie stehen und diskutieren lange darüber, ob es nun ein Landschaftsbild oder ein Portrait sei.

Da sie sich nicht einigen können, gehen sie zurück zur Kasse, um einen Ausstellungskatalog zu kaufen. In demselben suchen sie das Bild. Es hat den Titel „Mandelbaum an der Riviera“. Sagt der eine Jude zum anderen: „Siehst Du, ich hab dir doch gleich gesagt, das ist ein Portrait!“

Anfang der 80er Jahre wuchs kein einziger Mangobaum in Israel – heute ist Israel der wichtigste Mango-Exporteur des Nahen Ostens.

In Ramala stehen zwei Herren in der Toilette, um ihr Geschäft zu verrichten. Da sagt der eine: „Sie sind zwischen 1956 und 1977 geboren, stimmt's?“
 „Ja, stimmt.“
 „Und sie kommen aus Aschdot Ja'akovlchud.“
 „Ja! Woher wissen Sie?“
 „Da kenn ich den Rabbiner. Der hat in 21 Jahren nie einen geraden Schnitt hinbekommen.“

Marktführer in den USA für Bademode ist die israelische Firma Gottex. Ihre Modelle trugen schon Prinzessin Diana und Elisabeth Taylor.

Die bedeutendste Sonnenbrillen-Marke Israels heißt „Carolina Lembke – Berlin“. In Berlin existiert diese Sonnenbrillen-Marke gar nicht!



Ein Jude und ein Offizier sitzen im Zug; der Jude isst einen Hering. „Sag, Jud, warum seid ihr so schlau?“ „Das ist ganz einfach, Herr Offizier, wenn wir einen Hering essen, verzehren wir auch die Gräten mit.“ Der Offizier kauft dem Juden für einen Taler die Gräten ab und würgt sie herunter. Nach einer Weile sagt er: „Jud, Du hast mich betrogen. Für einen Taler hätte ich mir drei ganze Heringe kaufen können!“ „Sehen Sie, Herr Offizier, es wirkt schon!“

Ein Rabbiner aus Kiryat Hadassa in West-Jerusalem ärgerte sich darüber, dass viele der Gläubigen ohne Käppi in die Synagoge kommen. Also schrieb er an den Eingang: „Das Betreten der Synagoge ohne Kippa ist ein dem Ehebruch vergleichbares Vergehen.“ Am nächsten Tag stand darunter: „Hab ich probiert. Kein Vergleich!“

Grüns ältester Sohn ist, um eine Katholikin heiraten zu können, zum christlichen Glauben konvertiert. Da einem frommen jüdischen Vater nichts Schlimmeres passieren kann, versinkt Grün in tiefe Depression und sperrt sich in seine Kammer. Dennoch geht die Tür auf und ein alter Mann mit weißem Bart tritt ein. Es ist Gott: „Warum weinst du, Grün?“ „Soll ich denn nicht weinen, mein Sohn hat sich taufen lassen!“ – „Aber Grün, meiner doch auch!“ – „Ja, und was soll ich jetzt machen?“ – „Mach's wie ich: Mach ein neues Testament!“

Unsere Kontaktadressen

- J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
- (030) 54 71 02 50 (Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)
- redaktion@juedische-rundschau.de
- (030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)
- www.juedische-rundschau.de
- www.facebook.com/jrundschau
- @jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

- Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von
- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
 - 73 € für zwei Jahre
 - 32 € für ein Jahr als Student (mit Nachweis).

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.